

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

364

Wien, am 1. Dezember 1934.

Der Josefstisch speist aus.

Die unter dem Ehrenschatze des Kardinals Dr. Innitzer und der Frau Bundeskanzler Herma von Schuschnigg unter der Leitung der Frau Bürgermeisterin Josefine Schmitz stehende Aktion "Josefstische" beginnt am 3. Dezember gleichzeitig mit der "Winterhilfe" ihre Tätigkeit. In den Dienst der Aktion haben sich alle Bezirksvorstehungen und Pfarrämter sowie Damen-Hilfskomitees in den einzelnen Bezirken in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt.

Die Abgabe der Speisen erfolgt vorläufig an folgenden Stellen:
2., Kleine Sperlgasse 10, 2., Grosse Mohrengasse 9 (Barmherzige Brüder), 3., Erdbergerlande 36, 3., Rennweg 44, 5., Margaretenstrasse 103, 6., Königsgasse 10, 7., Hermannsgasse 2, 8., Josefstädterstrasse 93 - 95, 9., Simon Denkgasse 9, 10., Leebgasse 100, 10., Inzersdorferstrasse 17, 11., Eucharistiner, Lauerberg, 10., Spinnerin 23, 10., Quellenstrasse 24, 10., Quellenstrasse 156, 13., Länzerstrasse 144, 13., Kienmayergasse (Schule), 13., Diesterweggasse 23, 13., Versorgungshaus Baumgarten, 14., Oelweingasse 7, 15., Hütteldorferstrasse 7 - 17, 15., Selzergasse 18, 16., Seitenberggasse 2, 16., Grundsteingasse 37, 16., Hyrtlsgasse 30, 17., Comeniusgasse 3, 17., Behringgasse 74, 18., Czartoryskischlüssel, 19., Vormosergasse 7, 19., Sollingergasse 24, 19., Karl Marxhof, Boschstrasse 1, Stiege 14, Parterre, 20., Greiseneckergasse 29, 20., Stromstrasse 74 (Winnarskyhof), 21., Gerichtsgasse 3, 21., Johann Laufnergasse 39 (Gasthaus Mikenda), 21., Kinzerplatz 10 (Knabenhort), 21., Deublergasse 29, 21., Leopoldauerplatz 12, 21., Kagranerplatz 47, 21., Gemeindegasse 5 und 21., Hirschstettenstrasse (Kloster).

Die vorgenannten Abgabestellen nehmen, wie schon erwähnt, am kommenden Montag ihre Tätigkeit auf. Ausser diesen werden noch andere Abgabestellen errichtet, die am nächsten Mittwoch eröffnet werden sollen. Die entsprechende Verlautbarung wird rechtzeitig erfolgen.

Da die der Aktion "Josefstische" zur Verfügung stehenden Mittel leider nicht ausreichen, alle Bedürftigen zu berücksichtigen, beschränkt sich die Aktion einstweilen auf die Inhaber von Fürsorgebüchern der Gruppe A, und zwar auf die Haushalte mit vier oder mehr Personen. Ein Ausbau dieser Aktion hat jedoch dringend notwendig, weshalb neuerlich die herzliche Bitte ergeht, dem Josefstisch Geld- und Naturalspenden zukommen zu lassen. Geldspenden auf das Konto A 9244 des Bankhauses Schelhammer & Schattera, Naturalspenden an das Caritasinstitut, Währingergürtel 104.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Zweite Ausgabe

Wien, am 1. Dezember 1934.

Der grosse Rout im Rathaus.

Zugunsten der Josefstisch-Aktion veranstalteten heute Bürgermeister Richard Schmitz und Frau Josefine Schmitz in allen Festsälen des Wiener Rathauses einen grossen Rout.

Die Feststiege wie die übrigen zu den Festräumen führenden Aufgänge wiesen reichen Blumenschmuck auf. In den Fensternischen und entlang der Gänge waren Palmen und Oleanderbäume aufgestellt, die mit dem übrigen reichen Blumenarrangements ein farbenprächtiges Bild boten. Der Festsaal und die anderen Säle waren ebenfalls mit Palmen, Blattpflanzen und Blumen reich geschmückt, ebenso die Turmnische des grossen Festsaales, vor der die Bühne für die auftretenden Künftler und Künstler aufgestellt war.

Nach 20 Uhr strömten schon die ersten Gäste in den grossen Festsaal. Die Damen in Abendtoilette, die Herrn in Festkleidung, die Soutanen der kirchlichen Würdenträger und die bunten Uniformen ergeben ein leuchtendes Bild. Als Bundespräsident Miklas und Frau um 21 Uhr im Saal erschienen, ertönte die Bundeshymne.

In der überaus dichten Menge der Festgäste, die der Riesensaal kaum fasste, hatten sich unter anderem eingefunden Kardinal Dr. Innitzer, Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und Frau mit den meisten Mitgliedern der Bundesregierung, das diplomatische Korps, die Generalität, die Vizebürgermeister Lahr, Dr. Kresse und Dr. Winter, die Bürgermeister Richard Schmitz beim Empfang der Gäste unterstützten, Bundeskommissär Oberst Adam, der Generalsekretär der Vaterländischen Front, mit den führenden Funktionären, Präsident der Bundesbahnen General Vaugoin, die Vorsitzenden der neuen Gesetzeskörperschaften mit fast sämtlichen Mitgliedern, zahlreichen hohe richterliche Funktionäre und Staatsanwälte, Magistratsdirektor Dr. Hiessmanseder mit den leitenden Beamten des Magistrates, ^{Polizeipräsident Dr. Skubl,} Ludwig mit den Herren des Bundespressdienstes und die prominentesten Vertreter der Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft.

Die Festakademie wurde mit einem Prolog eingeleitet, den Kammerschauspielerin Alma Seidler sprach. Die Conference besorgte Dr. Karl Denk. In dem erlesenen Festprogramm wirkten ausserdem mit: Violinvirtuossin Magda Hajos, Opernsänger Alexander Kirchner, Kammersängerin Gertrude Ringer, die Opernsänger Alexander Eved und Charles Kullmann, Hofschauspieler Otto Tressler, Louise Kartousch, Burgschauspielerin Blanka Glossy und das Trio der Zigeunerkapelle Patacky. Die Begleitung der Vorträge besorgten Professor Hans Altmann, Frau Luisse Dreyer-Zeidler, Bruno Seidlhofer und Max Januschke. Alle Darbietungen wurden mit stürmischen Beifall aufgenommen, ebenso die Vorträge des Konzertorchesters Ganglberger und der Zigeunerkapelle Pataky, die auch im Gemütlichen aufspielten.

Das Arrangements des Abends führte das Präsidialbüro der Stadt Wien unter der Leitung des Präsidialvorstandes Senatsrates Jiresch durch.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

366

Wien, am 3. Dezember 1934

Sehr geehrter Herr Kollege!

Uebermorgen, Mittwoch, um 19 Uhr spricht Bundeskanzler a.D. Dr. Ender im Pädagogischen Institut der Stadt Wien, Burggasse 12, über "Schule und neue Verfassung".

Ich erlaube mir, Sie im Auftrage des Stadtschulrates für Wien zu diesem interessanten Vortrag höflichst einzuladen. Diese Einladung gilt als Eintrittsausweis.

Mit kollegialem Gruss

F. X. Friedrich.

Mietzinszuschüsse der Stadt Wien.

Der Wiener Magistrat hat im vergangenen November an 321 Parteien in 63 Häusern rund 1.930 Schilling an Beiträgen zu den Kosten von Instandhaltungsarbeiten an Wohnhäusern bewilligt. Für die ersten elf Monate des heurigen Jahres hat der Magistrat an 2.975 Parteien in 496 Häusern Monatsbeiträge in der Gesamthöhe von rund 33.300 Schilling gewährt.

Danksagung.

Anlässlich meiner Bestellung zum Direktor der Wiener Urania sind mir zahlreiche Glückwünsche zugekommen. Ausserstande, für diese herzliche Anteilnahme jedem einzelnen zu danken, sage ich auf diesem Wege allen Gratulanten meinen innigsten Dank für die Glückwünsche und gebe hiebei der festen Ueberzeugung Ausdruck, dass sie unserem gemeinsamen Werke Segen bringen mögen. Ludwig Riedl.

Volkstümliche Musikurse der Jüdischen Kulturstelle.

Zur Verbreitung der musikalischen Bildung der jüdischen Bevölkerung Wiens hat die Jüdische Kulturstelle in der städtischen Hauptschule in der Sperlgasse Musikurse mit folgendem Programm eingerichtet: Violine, Klavier, Viloncello, Blasinstrumente, Volksinstrumente (Gitarre, Mandoline, Okarina), Gesang, Theorie, Musikgeschichte, Kindersingurse und einen Staatsprüfungskurs. Anmeldungen in der Jüdischen Kulturstelle, Aspernbrückenstrasse 2, täglich von 9 Uhr bis 17 Uhr, Fernruf R 48-2-91.

Uebersiedlung des Besonderen Stadtamtes III.

Das Besondere Stadtamt III (Gewerbe-, Markt- und Sanitätsrechtsangelegenheiten) hat seine neuen Räume im städtischen Amtshaus 6., Grabnerg. 6, 2. Stiege, 2. Stock, bezogen; Fernruf B 23-5-45. Vom Besonderen Stadtamt III werden die Amtshandlungen der I. Instanz in folgenden Angelegenheiten durchgeführt: Gewerbevereinigungen, Realgewerbe, Personentransporte, Anbieten persönlicher Dienste, Rauchfangkehrergewerbe, Pfandleihgewerbe, Leichenbestattungsunternehmungen, Lohnschlächtergewerbe und alle gewerberechtlichen Angelegenheiten, die sich auf eine Gewerbeausübung in der Grossmarkthalle, in den Viehmarkt- und Schlachthofanlagen in St. Marx sowie auf dem Naschmarkt beziehen, ferner Angelegenheiten betreffend die Zuweisung oder Entziehung von Ständen auf diesen Märkten oder in diesen Hallen, weiter Marken- und Musterschutzangelegenheiten und endlich Angelegenheiten der Anstalt Hebammen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

367

Wien, am 4. Dezember 1934

Aufnahme der Budgetberatungen im Wiener Haushaltausschuss.

Der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft begann heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz mit den Beratungen über den Voranschlag der Stadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1935, über den Rechnungsabschluss und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1933 und über die Berichte des Oesterreichischen Rechnungshofes und des Kontrollamtes der Stadt Wien zum Rechnungsabschluss und zu den Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1933. Zur Verhandlung gelangten die Gruppen Personalwesen, Finanzwesen und Wohlfahrtswesen. Den Bericht erstatten Obermagistratsrat Dr. Schindler für die Gruppe Personalwesen, Senatsrat Dr. Neumayer für das Finanzamt und Obersenatsrat Hofer für das Wohlfahrtsamt. An der Debatte beteiligten sich die Räte Dr. Alma Motzko, Dr. Schwarz, Dr. Hengl, Ing. Petravic, Lenhart und Dr. Foglar-Deinhardstein. Zur Gruppe Finanzwesen stellte Rat Dr. Alma Motzko den Antrag, den Bürgermeister zu ersuchen, mit dem Lande Niederösterreich Verhandlungen aufzunehmen, die darauf abzielen, die aus dem Trennungsgesetz Wien heute noch immer treffenden Lasten in einer den geänderten Verhältnissen Rechnung tragender Weise herabzusetzen. Der städtische Haushaltausschuss wird die Budgetberatungen übermorgen, Donnerstag, fortsetzen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 368
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 5. Dezember 1934.

Die städtischen Bäder am Feiertag.

Am kommenden Samstag (Feiertag) sind die städtischen Dampf-,
Wannen- und Brausebäder von 8 Uhr bis 13 Uhr und die Schwimmhallen im städti-
schen Amalienbad und im Jörgerbad von 8 Uhr bis 19 Uhr offen.

.....

Die Geschäftszeiten in Wien am 8. und 9. Dezember 1934.

Auf Grund der geltenden Vorschriften über die Geschäftszeiten
an Sonn- und Feiertagen und zweier am 5. Dezember 1934 vom Bürgermeister
Richard Schmitz erlassenen **Verordnungen**, die Ausnahmen für das Gewerbe der
Friseure und Raseure am Samstag, den 8. Dezember 1934, und für die Handels-
gewerbe am Sonntag, den 9. Dezember 1934, gestatten, gelten am Samstag, den 8.
Dezember 1934, und am Sonntag, den 9. Dezember 1934, in Wien folgende Geschäfts-
zeiten:

Am Samstag, den 8. Dezember 1934:

Kleinhandel mit Lebensmitteln von 8 Uhr bis 11 Uhr; Verschleiss
von Milch, ferner Fleischhauer, Fleischselcher, Pferdefleischhauer, Pferde-
fleischselcher und Wursterzeuger von 7 Uhr bis 11 Uhr.

Naturblumenbinder und -händler von 9 Uhr bis 13 Uhr.

Friseure und Raseure von 8 Uhr bis 14 Uhr.

Zuckerbäcker und Zuckerbäckerwarenverschleisser dürfen bis
20 Uhr offen halten.

Am Sonntag, den 9. Dezember 1934.

Kleinhandel mit Lebensmitteln und Kleinverschleiss der Lebens-
mittelerzeugungsgewerbe von 8 Uhr bis 11 Uhr; Verschleiss von Milch von 7
Uhr bis 11 Uhr.

Sonstiger Warenverschleiss im kleinen (ausgenommen Lebens-
mittel) von 10 Uhr bis 13 Uhr.

Spielwarenhandel von 10 Uhr bis 13 Uhr und von 15 Uhr bis
18 Uhr.

Naturblumenbinder und -händler von 9 Uhr bis 13 Uhr.

Zuckerbäcker und Zuckerbäckerwarenverschleisser dürfen bis
20 Uhr offen halten.

.....

Sonntagsfahrpreis am 8. Dezember auf Strassenbahn und Stadtbahn.

Am kommenden Samstag (Feiertag) gilt auf der Strassenbahn und
Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtschei-
ne, Wochenkarten, 20 Groschen-Teilstreckenfahrtscheine für Personen sowie
der Kleinzonentarif auf den Versuchsstrecken haben keine Gültigkeit. Hin-
gegen gelten die Sonn- und Feiertagsfahrtscheine im Tarifgebiet I und II
während der ganzen Betriebsdauer, nur muss die erste Fahrt bis 17 Uhr an-
getreten werden.

.....

Otto Krenn-stellvertretender Direktor der Urania.

Mit Beschluss der letzten Vorstandssitzung ist der verant-
wortliche Geschäftsführer und langjährige verdienstvolle Sekretär der
Wiener Urania Otto Krenn zum stellvertretenden Direktor des Institutes er-
nannt worden.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 368
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 5. Dezember 1934.

Die städtischen Bäder am Feiertag.

Am kommenden Samstag (Feiertag) sind die städtischen Dampf-,
Wannen- und Brausebäder von 8 Uhr bis 13 Uhr und die Schwimmhallen im städti-
schen Amalienbad und im Jörgerbad von 8 Uhr bis 19 Uhr offen.

.....

Die Geschäftszeiten in Wien am 8. und 9. Dezember 1934.

Auf Grund der geltenden Vorschriften über die Geschäftszeiten
an Sonn- und Feiertagen und zweier am 5. Dezember 1934 vom Bürgermeister
Richard Schmitz erlassenen Verordnungen, die Ausnahmen für das Gewerbe der
Friseure und Raseure am Samstag, den 8. Dezember 1934, und für die Handels-
gewerbe am Sonntag, den 9. Dezember 1934, gestatten, gelten am Samstag, den 8.
Dezember 1934, und am Sonntag, den 9. Dezember 1934, in Wien folgende Geschäfts-
zeiten:

Am Samstag, den 8. Dezember 1934:

Kleinhandel mit Lebensmitteln von 8 Uhr bis 11 Uhr; Verschleiss
von Milch, ferner Fleischhauer, Fleischselcher, Pferdefleischhauer, Pferde-
fleischselcher und Wursterzeuger von 7 Uhr bis 11 Uhr.

Naturblumenbinder und -händler von 9 Uhr bis 13 Uhr.

Friseure und Raseure von 8 Uhr bis 14 Uhr.

Zuckerbäcker und Zuckerbäckerwarenverschleisser dürfen bis
20 Uhr offen halten.

Am Sonntag, den 9. Dezember 1934.

Kleinhandel mit Lebensmitteln und Kleinverschleiss der Lebens-
mittelerzeugungsgewerbe von 8 Uhr bis 11 Uhr; Verschleiss von Milch von 7
Uhr bis 11 Uhr.

Sonstiger Warenverschleiss im kleinen (ausgenommen Lebens-
mittel) von 10 Uhr bis 13 Uhr.

Spielwarenhandel von 10 Uhr bis 13 Uhr und von 15 Uhr bis
18 Uhr.

Naturblumenbinder und -händler von 9 Uhr bis 13 Uhr.

Zuckerbäcker und Zuckerbäckerwarenverschleisser dürfen bis
20 Uhr offen halten.

.....

Sonntagsfahrpreis am 8. Dezember auf Strassenbahn und Stadtbahn.

Am kommenden Samstag (Feiertag) gilt auf der Strassenbahn und
Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtschei-
ne, Wochenkarten, 20 Groschen-Teilstreckenfahrtscheine für Personen sowie
der Kleinzonentarif auf den Versuchsstrecken haben keine Gültigkeit. Hin-
gegen gelten die Sonn- und Feiertagsfahrtscheine im Tarifgebiet I und II
während der ganzen Betriebsdauer, nur muss die erste Fahrt bis 17 Uhr an-
getreten werden.

.....

Otto Krenn-stellvertretender Direktor der Urania.

Mit Beschluss der letzten Vorstandssitzung ist der verant-
wortliche Geschäftsführer und langjährige verdienstvolle Sekretär der
Wiener Urania Otto Krenn zum stellvertretenden Direktor des Institutes er-
nannt worden.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 369
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 6. Dezember 1934

Die Erscheinung der künstlichen Radioaktivität.

Der Vorstand des I. chemischen Laboratoriums der Universität Wien Professor Dr. Hermann Mark teilt mit: Seit etwa 40 Jahren kennt man in der Chemie die radioaktiven Grundstoffe. Das sind Körper, die auf der Erde ausserordentlich selten und zudem noch in sehr verdünntem Zustand vorkommen und die Eigenschaft haben, unter Aussendung sehr energiereicher Strahlungen zu zerfallen. Die erste Fundstätte für die wichtigsten dieser Elemente - Radium, Polonium, Aktinium - war Joachimsthal in Böhmen, wo in grossen Mengen die sogenannte Pechblende gefunden wird, ein Uranerz, aus dem die reine Darstellung der ersten radioaktiven Elemente gelang. Neben ihrem grossen wissenschaftlichen Interesse erwiesen sich diese Stoffe auch für die Heilkunde von besonderer Bedeutung, da zum Teil durch wichtige Arbeiten österreichischer Aerzte festgestellt wurde, dass besondere Heilwirkungen mit Hilfe radioaktiver Präparate erzielt werden können, die auf anderem Wege nur schwer oder gar nicht sich einstellen.

Die Beschaffung starker radioaktiver Strahlenquellen war daher in der Folgezeit für alle grösseren Krankenhäuser ein notwendiges Gebot und erforderte bei der Seltenheit und schwierigen Isozierbarkeit der radioaktiven Stoffe meist ausserordentliche Geldmittel. Gegenwärtig kann man den Preis für ein Gramm Radium mit etwa 400.000 Schilling bemessen.

Im letzten Jahre ist es nun dem Ehepaar Joliot in Paris gelungen, auf künstlichem Wege aus leicht zugänglichen Stoffen, zum Beispiel aus Aluminium und anderen Leichtmetallen, Präparate herzustellen, die Strahlungen aussenden, die mit denen der natürlichen radioaktiven Stoffe ausserordentlich verwandt sind. Zum Teil allerdings erfolgt die Herstellung der künstlichen Radioaktivität durch Bestrahlung mit natürlichen aktiven Präparaten. Sie ist ein Sekundärprozess, ähnlich wie phosphoreszierende Gegenstände das bei Tag aufgenommene Licht in der Nacht zum Teil wieder abstrahlen. Es konnte aber festgestellt werden, dass auch durch Einwirkung hoher elektrischer Spannungen in geeigneter Weise aus leicht zugänglichen Metallen radioaktive Präparate hergestellt werden können, deren Wirksamkeit zwar noch nicht die der natürlichen Strahlen erreicht, die aber Strahlenquellen darstellen, die völlig unabhängig von den natürlichen aufgebaut worden sind.

Der gegenwärtige Stand unserer Kenntnisse macht es wahrscheinlich, dass man bald in der Lage sein wird, auf elektrischem Wege durch Verwendung höchster Spannungen (200 - 500.000 Volt) aus überall leicht zugänglichem Material intensiv strahlende Präparate herzustellen, deren Verwendung in der Medizin mit grösstem Interesse entgegesehen werden darf. Wieder einmal ist es hiedurch der vordringenden Wissenschaft gelungen, eine Eigenschaft der Materie, die auf wenige seltene Grundstoffe beschränkt zu sein schien, durch Anwendung geeigneter Verfahren in viel weitergehendem Masse zu erzeugen und dem Dienste der Menschheit nutzbar zu machen. (VBR.)

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

Spendet Bücher für die Arbeiter-Kinderbüchereien.

Der Volksbildungsreferent des Bürgermeisters der Stadt Wien richtet an alle Eltern die Bitte, die in Kasten und Laden ungenutzt liegenden Kinderbücher den Arbeiter-Kinderbüchereien zur Verfügung zu stellen und durch eine Postkarte an seine Adresse, I., Dr. Ignaz Seipelringl, die Abholung zu veranlassen. Die Bücher sollen den Kindern der Arbeitslosen Stunden des Vergessens drückender Not und des Aufgehens in einer schöneren Welt bereiten. Wie bedauerlich wäre es, wenn ausgelesene Kinderbücher, denen die Kinder, für die sie bestimmt waren, längst entwachsen sind, brachliegen, während sie hunderten freudlosen Kindern glückliche Stunden zu bereiten vermögen. Die Bücher sollen nicht als Spenden verteilt, sondern durch die Arbeiter-Kinderbüchereien allen Kindern zugänglich gemacht werden. An Eltern und Kinder ergeht deshalb der Aufruf, durch eine Gabe, die kaum ein Opfer bedeutet, ein bisschen Freude in das Leben armer Kinder zu tragen.

Aufführung einer Messe von Senatsrat Gschladt.

Uebermorgen, Samstag, wird um 10 Uhr vormittags in der Schönbrunner-Schlosskapelle die Messe in F - Dur für Soli, gemischten Chor und Orgel, eine Komposition von Senatsrat Rudolf Gschladt, aufgeführt. Leitung: Organistenkapellmeister Viktor Gomboz.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

370

II. Ausgabe

Wien, am 6. Dezember 1934

Die Budgetberatungen im Rathaus.

Der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft setzte heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz die Beratung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1935, über den Rechnungsabschluss und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1933 und über die hiezu erstatteten Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes der Stadt Wien fort. Zu dem schon der letzten Sitzung von Obersenatsrat Hofer erstatteten Referat über das Wohlfahrtsamt sprachen die Räte Dr. Alma Motzko, Dr. Foglar-Deinhardstein, Distler, Ing. Petravic, Dr. Hengl und Ing. Herrmann. Sodann berichtete Senatsrat Gschladt über die Gruppe "Wohnungswesen". Dazu nahmen die Räte Waldsam, Rechberger, Dr. Hengl, Dr. Alma Motzko, Ing. Petravic, Herrmann, Distler und Dr. Schwarz Stellung. Der städtische Haushaltausschuss wird die Verhandlungen nächste Woche fortsetzen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 371
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 7. Dezember 1934.

Strassensammlung für die Wiener Winterhilfe.

Am 14. und 15. Dezember findet wie in den vorangegangenen Jahren in Wien eine Strassensammlung für die Wiener Winterhilfe statt. Grosse Mittel sind notwendig, um allen, die durch die Wirtschaftskrise in bitterste Not geraten sind, über die schwerste Zeit des Jahres hinwegzuhelfen. Daher wird an alle Bewohner Wiens die Bitte gerichtet, der Aermsten unter den Armen nicht zu vergessen und anlässlich der Strassensammlung reichlich zu spenden.

Zur Durchführung der Sammlung sind über 4000 Sammler erforderlich. Die Geschäftsstelle der Wiener Winterhilfe richtet daher an alle, die bereit sind, an der Aktion tätig teilzunehmen, das Ersuchen, sich hierfür in den Kanzleien des Bezirksvorstehers ihres Wohnbezirkes sofort zu melden.

Erste Ausgabe von Lebensmittelanweisungen der Winterhilfe.

In der Zeit von Montag, den 10. Dezember, bis einschliesslich Samstag, den 22. Dezember, findet in den Fürsorgeämtern die erstmalige Ausgabe von Lebensmittelanweisungen der Wiener Winterhilfe statt. Bewerben können sich die Fürsorgebuchinhaber der Bewerbergruppen "A", "B" und "C". Jene Personen, die im Rahmen der Winterhilfe bereits Speiseanweisungen erhalten haben, kommen im Zuge dieser Lebensmittelausgabe nicht in Betracht.

Die Ausgabe der Anweisungen findet nach den Anfangsbuchstaben des Familiennamens an den folgenden Tagen im Fürsorgeamte des Wohnbezirkes während der Parteienstunden statt: A, C, D Montag, den 10. Dezember, E, F Dienstag, den 11. Dezember, B Mittwoch, den 12. Dezember, G, H Donnerstag, den 13. Dezember, I, J, K Montag, den 17. Dezember, L, M Dienstag, den 18. Dezember, N, O, P, Q, R Mittwoch, den 19. Dezember, S, Sch Donnerstag, den 20. Dezember, St, T, U, V Freitag, den 21. Dezember, und W, X, Y, Z Samstag, den 22. Dezember.

Mitzubringen sind das Fürsorgebuch, ein Personaldokument und der polizeiliche Meldenachweis. Die Anweisungen können in den Abgabestellen der Winterhilfe, die durch Tafeln gekennzeichnet sind, eingelöst werden.

35.500 Laib Ankerbrot für die Wiener Winterhilfe.

Die Arbeiterschaft und die Angestellten der Ankerbrotfabrik A.G. haben beschlossen, die Kosten für den Ankauf von 15.500 Laib Ankerbrot im Wege eines 18wöchentlichen Lohnabzuges von einem halben Prozent zugunsten der Wiener Winterhilfe aufzubringen. Das Unternehmen selbst stellt weitere 20.000 Laib Brot zur Verfügung. Der Wert dieser hochherzigen Gesamtspende, die von wahrer Hilfsbereitschaft zeigt, beträgt etwa 25.000 Schilling. Die Anweisungen zum Bezuges dieses Brotes werden durch die Bezirks-Jugendämter an kinderreiche bedürftige Familien ausgegeben. Sie können in jeder Verkaufsstelle der Ankerbrotfabrik eingelöst werden.

Die Grossmarkthalle Sonntag geschlossen.

Wie das Marktamt der Stadt Wien mitteilt, bleiben im Einvernehmen mit den Marktparteien die Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, und die Grossmarkthalle, Abteilung für Viktualien, am Sonntag geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweite Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

373

Wien, am 7. Dezember 1934

Josefstisch und Winterhilfe.

Die Josefstisch-Aktion, die nunmehr bezirksweise organisiert ist, hat dieser Tage neuerlich eine Reihe von Abgabestellen errichtet. Es sind dies die **Speiseabgabestellen** 2., Schüttauplatz 3-5, 11., Simmeringer Hauptstrasse 142, 12., Vierthalergasse 17, 12., Migazziplatz (Pfarrkanzlei), 12., Schedifkplatz 3, 12., Hasenhutgasse, 12., Schönbrunner Allee 66, 12., Hetzendorferstrasse 9, 12., Schallergasse 24, 12., Kastanien Allee 2, 16., Sandleitengasse 45, 14. Stiege, Tür 2, und 17., Rupertusplatz.

Die Leitung der Josefstisch-Aktion macht darauf aufmerksam, dass vorläufig ausschliesslich Bedürftige mit Fürsorgebuch Kategorie A berücksichtigt werden können.

Die Aktion Josefstische ist eine zusätzliche Einrichtung zur Wiener Winterhilfe. Durch die Teilnahme an dieser Aktion werden daher Ansprüche auf Speiseanweisungen oder Lebensmittelpakete der Wiener Winterhilfe in keiner Weise berührt.

Geldspenden auf Konto A 9244 des Bankhauses Schelhammer und Schattera, Naturalspenden an die Bezirksvorsteher oder an die Rathausverwaltung, Neues Rathaus.

.....

Plakatwettbewerb für den Wiener Fremdenverkehr.

Im Auftrage des Bürgermeisters Richard Schmitz veranstaltet demnächst die offizielle Wiener Fremdenverkehrsstelle einen allgemein offenen Wettbewerb zur Erlangung von Ideenentwürfen für Wiener Werbeplakate. Es handelt sich dabei um Entwürfe für je eine Wiener Ansicht im Frühling und im Winter, eine Wiener Volkstypen in einer zur Werbung für Wien geeigneten Form, die vier Jahreszeiten mit den für sie charakteristischen, für den Reiseverkehr bedeutungsvollen Betätigungen, Vergnügungen oder Sportausübungen in figuraler und architektonischer Kombination und allenfalls für ein allgemeines Werbeplakat für die Wiener Festwochen.

Die Plakate sind vorwiegend für die Verwendung im Ausland bestimmt. Sie sollen insbesondere in Reisebüros, in Hotels- und Verkehrsunternehmungen auf geraden Wandflächen angeschlagen oder in grösserem und kleinerem Format in Schaufenstern ausgehängt werden.

Eine Jury unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Major a. D. Lahr wird aus Vertretern der Künstlerschaft, der Fremdenwerbung und der interessierten Wirtschaftskreise gebildet werden und eine Anzahl von Entwürfen zum Ankauf bestimmen. Nach den zur Ausführung gewählten Ideenskizzen, die in einer Mindestgrösse von 23 cm Breite und 32 cm Höhe, bei Ausführung in grösserem Format im gleichen Verhältnis von Breite zur Höhe, einzureichen sein werden, werden die Originalentwürfe anzufertigen sein, für die gesondert Ausführungshonorare ausgesetzt sind.

Die genauen Wettbewerbsbestimmungen werden in der nächsten Zeit verlautbart und an Interessenten kostenlos ausgegeben. Die Fremdenverkehrsstelle in der Mariahilferstrasse 2 nimmt schon jetzt Ansuchen um Uebermittlung der Wettbewerbsbestimmungen entgegen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

374

III. Ausgabe.

Wien, am 7. Dezember 1934.

Assanierungsfonds bringt neuerlich 8 Millionen Schilling in Umlauf.

In der heutigen Sitzung des Kuratoriums für den Wiener Assanierungsfonds wurde unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Richard Schmitz eine Reihe von Assanierungsbauvorhaben im 1., 3., 6., 8. und 17. Bezirk in Behandlung genommen. Es handelt sich um voraussichtliche Fondsdarlehen im Gesamtbetrag von etwa 3 Millionen Schilling, die einem Bauaufwand von insgesamt 8 Millionen Schilling entsprechen. Ausserdem wurden auch Fondsdarlehen für den Bau einiger Familienhäuser genehmigt.

Mit dem Bau der in der letzten Kuratoriumssitzung genehmigten neun Familienhäuser wurde bereits begonnen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

375

Wien, am 10. Dezember 1934.

Ein Festtag in Eggenburg.

Seit dem Jahre 1887 besteht in der Stadt Eggenburg die bekannte Erziehungsanstalt für Knaben und Burschen, die einer besonderen Obhut anvertraut sein müssen. Ursprünglich formell gemeinsam, jedoch praktisch von Wien benützt, beherbergt die weitläufige Anstalt vom Schulzimmer angefangen bis zu den verschiedenen Werkstätten und dem grossen Oekonomiebetrieb alles, um ihren Zöglingen je nach ihrer Eigenart die notwendige Einordnung anzulernen und die entsprechenden Kenntnisse für den wirtschaftlichen Unterbau ihres weiteren Lebens zu vermitteln. Nach dem Kriege schlichen sich unter politischem Einfluss an der Anstalt Misstände ein, die ihr Erziehungsziel gefährdeten und den berechtigten Widerstand der Bevölkerung hervorriefen. Kein Wunder, dass auch die Anstaltskapelle, die bis nach Kriegsende benützt wurde, vernachlässigt und nur mehr ^{selten} als Gotteshaus der Zöglinge verwendet wurde.

Wie in so vielen Belangen hat die neue Wiener Stadtverwaltung auf Anordnung des Bürgermeisters Richard Schmitz auch in der Frage der allgemeinen und der religiösen Erziehung der Eggenburger Zöglinge Wandel geschaffen. Auch die Kapelle wurde wieder hergestellt und am Tage Maria Empfängnis dort ein feierlicher Gottesdienst abgehalten. An diesem Tage erschien Bürgermeister Richard Schmitz zur ^{der Anstalt} Inspizierung in Eggenburg.

Ganz Eggenburg war reich beflaggt und auf dem Hauptplatz versammelten sich die Honorationen der Stadt und die Bevölkerung, um den zur Feier erschienenen Wiener Bürgermeister den herzlichsten Empfang zu bereiten. Zum Empfang des Bürgermeisters hatten sich unter anderem eingefunden Bezirkshauptmann Hofrat Dr. Tinnus, der Bürgermeister von Eggenburg Schneider, der Eggenburger Gerichtsvorsteher Oberlandesgerichtsrat Clima, Stadtpfarrer geistl. Rat P. Pittl mit zahlreichen Redemptoristen des Eggenburger Klosters, der Bezirksführer der V. F. Dr. Ehrlich, Gendarmerieinspektor Hranetzky und viele andere. Ausserdem waren eine Formation des Eggenburger Heimatschutzes, das Eggenburger bürgerliche Schützenkorps und die Stadtkapelle zur Begrüssung des Bürgermeisters gestellt.

Als Bürgermeister Schmitz und Frau mit Magistratsdirektor Dr. Hiessmanseder, Obersenatsrat Hofer und den Obermagistratsräten Schramm und Dr. Rieder auf dem Festplatz eintraf, erschollen Hochrufe und die Kapelle intonierte die Bundeshymne. Bürgermeister Schneider begrüßte den ersten Bürger Wiens namens der Eggenburger Stadtvertretung, worauf Bürgermeister Schmitz für den herzlichen Empfang dankte und der Verbundenheit Wiens mit Niederösterreich im allgemeinen und mit der Stadt Eggenburg im besonderen Ausdruck gab. Nach Vorstellung der Persönlichkeiten defilierten die ausgerückten Formationen vor dem Bürgermeister und den Festgästen.

Nach der Begrüssung auf dem Hauptplatz begaben sich der Bürgermeister und die Festgäste in die kürzlich renovierte Anstaltskapelle, um gemeinsam mit den Anstaltszöglingen der vom Anstaltsseelsorger Pater Rauschal zelebrierten Festmesse beizuwohnen. Nach dem Gottesdienst fand die Begrüssung des Bürgermeisters im Festsaal der Anstalt statt. Das Zöglingssorchester brachte ein Musikstück zum Vortrag, worauf Anstaltsdirektor Wais dem Bürgermeister und den Festgästen den Willkommgruss entbot. Hierauf sprachen ein Schulknabe ein Festgedicht und drei Jugendliche den Rütli-schwur auf Oesterreich. Unter stürmischen Beifall betrat nun Bürgermeister

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

Schmitz die Rednertribüne. In herzlicher Ansprache wendete sich der Bürgermeister insbesondere an die Jugend, der er in beredten Worten die Aufgaben vor Augen hielt, die ihrer am Neuaufbau Oesterreichs harret. "Ihr sollt die Eggenburger Anstalt", sagte der Bürgermeister am Schlusse seiner Rede, "gegen alle Schwächen des Lebens gefeit verlassen, um später als Männer allen Aufgaben gewachsen zu sein, als Männer, die fest auf dem Boden ihres gelernten Berufes stehen und mit Liebe und Stolz zu Wien und Oesterreich!" Mit der Absingung der Bundeshymne wurde die erhebende Feier geschlossen.

Der Bürgermeister besichtigte sodann eingehend alle Einrichtungen der Anstalt, in der gegenwärtig 77 Schulknaben und 127 Burschen untergebracht sind. Auf dem Rundgang zog der Bürgermeister wiederholt Zöglinge ins Gespräch und liess sich von ihrer über Ihr Schicksal berichten.

----- Turmbauten für Wintersportler.

Eine neuartige Type von Hotelbauten wurde in Sestrieres in den italienischen Alpen errichtet, wo für eine grosse Zahl von Wintersportlern zweckentsprechende und erschwingliche Unterkünfte geschaffen werden sollten. Zunächst wurde ein Unterkunftsbaus aus Eisenbeton für 160 Sportler geplant, in dem jedem Gast ein kleiner Schlafräum nach Art einer einbettigen Schiffskabine zur Verfügung stehen sollte. Um an den Fundamenten in Fels zu sparen, eine kleine Dachfläche zu erhalten und die Heizung sowie die sanitären Einrichtungen konzentrieren zu können, gelangte man zu einer Raumentwicklung in die Höhe statt in die Breite, Je 16 solcher Schlafräume wurden als Einheit zusammengefasst und auf je einem Gang einer Schraubenlinie angeordnet. Das Untergeschoss enthält die Wirtschaftsräume und darüber sind die 160 Schlafräume in 10 Schraubenwindungen angeordnet. Das Gebäude bildet einen Turm von 38 Metern Höhe und von 18 Metern Durchmesser. Die Schraube windet sich an der Innenseite eines kreisrunden Hofes empor und bildet den Zugang zu den Zimmern; der Turm entbehrt daher jeglicher Treppe, doch sind die Stockwerke auch durch einen Lift zu erreichen. Durch diese Bauart ergab sich eine Ersparnis von 600 Quadratmetern Ausspanfläche, was bei dem herrschenden Klima aus heizungstechnischen Gründen sehr wertvoll ist. Im Kellergeschoss sind Bäder und Duschen untergebracht sowie ein grosser Aufbewahrungsraum für die Skier. Die Rampe hat eine Gesamtlänge von 300 Metern. Zu oberst befindet sich ein ringförmiger Aufenthaltsraum mit grossen Fensteröffnungen, das Dach ist ebenfalls zugänglich und bildet eine offene Aussichtsterrasse. Alle Räume und der Schraubengang erhielten einen Bodenbelag von Kautschuk. Die äussere Erscheinung dieses Turmbaues fügt sich trefflich in die Landschaft ein. Der Erfolg, den dieses eigenartige Hotel hatte, führte alsbald zum Bau eines zweiten ähnlichen Gebäudes mit einer Schraube, die bereits 15 Windungen aufweist.
(VBR.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

376

Wien, am 11. Dezember 1934

Die Budgetverhandlungen im Rathaus.

Der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft setzte heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz die Beratung über den Voranschlag der Stadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1935, über den Rechnungsabschluss und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1933 und über die hiezu erstatteten Berichte des Oesterreichischen Rechnungshofes und des Kontrollrates der Stadt Wien fort. Zur Verhandlung gelangte die Gruppe "Technische Angelegenheiten"; Berichterstatter war Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil. Das Kapitel wurde eingehend besprochen; an der Debatte beteiligten sich die Räte Prof. Ing. Herrmann, Dr. Hengl, Ing. Frisch, Dr. Foglar-Deinhardstein, Rechberger, Deinhard, Ing. Petravic, Dr. Alma Motzko, Langer und Waldsam. Ueber die Gruppe "Ernährungs- und Wirtschaftswesen" referierte Senatsrat Dr. Fenzl. Dazu sprachen die Räte Ing. Hengl, der beantragte, eine neue Post "Landeskulturförderung" zu eröffnen und mit dem Betrag von 30.000 Schilling zu dotieren, und Dr. Alma Motzko. Der städtische Haushaltausschuss wird seine Verhandlungen morgen, Mittwoch, fortsetzen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

377

Wien, am 12. Dezember 1934.

Herausgabe eines Handbuches der Stadt Wien.

Nach einer Pause von mehr als einem Jahrzehnt erscheint im Jahre 1935 unter dem Titel "Handbuch der bundesunmittelbaren Stadt Wien" wieder der ehemalige Kommunalkalender. Der amtliche Teil wird vom Magistrat redigiert. Der reichhaltige Inhalt bürgt dafür, dass das Handbuch ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle sein wird, die mit der Stadtverwaltung irgendwie zu tun haben.

Herausgeber und Verleger des neuen Kommunalkalenders ist der Deutsche Verlag für Jugend und Volk, Dr. Ignaz Seipelring 1.

Fahrpreisermässigung der Strassenbahn im Tarifgebiet II.

Die Strassenbahndirektion teilt mit: Bisher wurden im Tarifgebiet II nur an Sonn- und Feiertagen Fahrscheine für die Hin- und Rückfahrt ausgegeben, die spätestens bis 17 Uhr gelöst werden mussten. Vom 16. Dezember an werden Hin- und Rückfahrscheine für das Tarifgebiet II nunmehr auch für die Werktage vom Schaffner verkauft. Die Rückfahrt muss am gleichen Tage wie die Hinfahrt zurückgelegt werden; die Hinfahrt kann aber zu jeder beliebigen Stunde angetreten werden. Diese Fahrscheine sind um 6 bis 25 Prozent billiger wie die bisherigen Hin- und Rückfahrscheine und kosten 30 Groschen, 60 Groschen, 80 Groschen, 1 Schilling oder 1'20 Schilling für 1, 2, 3, 4 oder 5 Teilstrecken.

Vom gleichen Tage an werden die Sammelkarten für 12 Fahrten im Tarifgebiet II aufgelassen. Nichtbenützte oder nur teilweise benützte Sammelkarten werden in der Direktion der städtischen Strassenbahnen, Favoritenstrasse 11, vom 17. Dezember bis 15. Jänner zurückgekauft.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

378

Wien, am 12. Dezember 1934

Die Budgetverhandlungen im städt. Haushaltausschuss.

Der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft setzte heute die Budgetverhandlungen fort. Als letzte Gruppe gelangte das Kapitel "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten" zur Verhandlung; Berichterstatter war Senatsrat Dr. Fenzl. In der Debatte sprachen die Räte Dr. Hengl und Distler. Sodann genehmigte der Haushaltausschuss den Voranschlag der Stadt Wien für 1935 und den Rechnungsabschluss für 1933 einschliesslich der Magistratsanträge, den Antrag Dr. Motzko zur Gruppe II sowie in der Fassung des Magistrates den Antrag Dr. Hengl zur Gruppe VI und nahm die Berichte des Rechnungshofes und des Kontrollamtes zur Kenntnis.

Hierauf trat der Haushaltausschuss in die Beratung über die Wirtschaftspläne für 1935 und die Bilanzen für 1933 der städtischen Unternehmungen ein. Direktor Ing. Menzel berichtete über die Gaswerke und Elektrizitätswerke. Dazu sprachen die Räte Dr. Hengl, Frisch, Petravic, Dr. Foglar-Deinhardstein und Waldsam. Ueber die Strassenbahnen referierte Direktor Ing. Werner. An der Debatte beteiligten sich die Räte Ing. Herrmann, Gräf, Frisch, Dr. Schwarz, Waldsam und Ing. Petravic. Die Wirtschaftspläne und Bilanzen der drei Unternehmungen wurden genehmigt. Die Verhandlungen werden morgen, Donnerstag, fortgesetzt und beendet.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

379

Wien, am 13. Dezember 1934.

Die Budgetverhandlungen im städt. Haushaltausschuss.

Der Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft setzte heute die **Verhandlungen über die Wirtschaftspläne 1935** und die Bilanzen 1933 der städtischen Unternehmungen fort. Zur Verhandlung gelangte zunächst die Leichenbestattung; Berichterstatter war Direktor Ingenieur Raschendorfer. Hiezu sprach Rat Dr. Hengl. Sodann referierte Direktor Pikolon über die Ankündigungs-Unternehmung "Gewista". An der Debatte beteiligten sich die Räte Dr. Alma Motzko und Dr. Hengl. Den Abschluss der Verhandlungen bildete der Bericht des Direktors Stanka über das städtische Brauhaus. Hiezu sprachen die Räte Dr. Hengl, Dr. Foglar-Deinhardstein, Distler, Dr. Schwarz und Ingenieur Petravic. Die Wirtschaftspläne und die Bilanzen dieser drei städtischen Unternehmungen wurden genehmigt. Bürgermeister Richard Schmitz, unter dessen Vorsitz die Verhandlungen geführt wurden, dankte sodann allen Referenten und den Debatterednern für die geleistete Arbeit, worauf Rat Dr. Hengl im Namen des Haushaltausschusses dem Bürgermeister anlässlich seines Geburtstages die herzlichsten Glückwünsche entbot. Die Budgetverhandlungen im städtischen Haushaltausschuss sind somit abgeschlossen. Die Wiener Bürgerschaft beginnt nunmehr am nächsten Dienstag mit der Beratung über den Voranschlag der Stadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1935, über den Rechnungsabschluss und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1933 und über die hiezu erstatteten Berichte des **Oesterreichischen Rechnungshofes** und des Kontrollamtes der Stadt Wien.

Die Strassensammlung für die Wiener Winterhilfe.

Morgen, Freitag, ist der erste Tag der Strassensammlung für die Wiener Winterhilfe. Grosse Mittel sind notwendig, um allen, die durch die Wirtschaftskrise in bitterste Not geraten sind, über die schwerste Zeit des Jahres hinwegzuhelfen. Daher wird an alle Bewohner Wiens die Bitte gerichtet, der Aermsten unter den Armen nicht zu vergessen und anlässlich der Strassensammlung reichlich zu spenden.

Vizebürgermeister Dr. Winter über die Lage des Proletariats.

Vizebürgermeister Dr. Winter spricht heute abends auf Einladung der Katholischen Akademikergemeinschaft der Pfarre Mauer bei Wien über "Die Lage des Proletariats von heute und unsere Aufgaben".

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

380

II. Ausgabe.

Wien, am 13. Dezember 1934.

Kundgebung für Bürgermeister Schmitz.

Anlässlich des 49. Geburtstages des Bürgermeisters Richard Schmitz fand heute abends im Arkadenhof des neuen Wiener Rathauses eine Huldigungsfeier statt, die sich zu einer machtvollen Kundgebung für den Bürgermeister gestaltete. Im Arkadenhof hatten Aufstellung genommen je eine Kompagnie der Ostmärkischen Sturmscharen, des Heimatschutzes, des Freiheitsbundes und der christlich-deutschen Turner, Abordnungen des Freiwilligen Arbeitsdienstes und der Aktion "Jugend in Not", St. Georgs Pfadfinder, die gleich den anderen brennende Fackeln trugen. Ausserdem waren erschienen die Staatssekretäre Baron Hammerstein und Dr. Pernter, Polizeivizepräsident Dr. Presser, in Vertretung des Präsidenten des Rechnungshofes Dr. Ender, Ministerialrat Huber, Magistratsdirektor Dr. Hiessmanseder mit den leitenden Beamten des Magistrates und den Direktoren der städtischen Unternehmungen, die Räte der Stadt Wien, die Funktionäre der Dienststellenorganisation der Vaterländischen Front unter Führung des Obermagistrates Schinnell und starke Abordnungen der städtischen Beamtenschaft, der Angestellten und der Arbeiter.

Vor der Rednertribüne hatten die Fahnen Träger der einzelnen Abordnungen Aufstellung genommen. Als Bürgermeister Richard Schmitz in Begleitung seiner Familie und des Vorstandes des Präsidialbüros Senatsrat Jirech, eingeholt von den Vizebürgermeistern Lahr und Dr. Kresse, im Arkadenhof erschien, ertönten von der Loggia Fanfarenklänge, die von Mitgliedern der Kapelle der städtischen Feuerwehr intoniert wurden. Die Musikkapelle der städtischen Strassenbahnen brachte hierauf die Festouvertüre von Suppe zu Gehör. Nun bestieg Vizebürgermeister Major a. D. Lahr die Rednertribüne. In herzlicher Ansprache betonte Vizebürgermeister Lahr, dass der 49. Geburtstag des Bürgermeisters für ihn der erste Geburtstag sei, den er im Wiener Rathaus feiert. "Vor zehn Monaten", sagte der Redner, "hast Du, lieber Freund, unter dem Donner der Geschütze in das Wiener Rathaus Deinen Einzug gehalten. Wir haben nun diese schwere Zeit hinter uns. In dieser Zeit hat unser Bürgermeister **Vieles** und **Grosses** vollbracht. Mit Dir ist der Geist der Erneuerung wieder in Wien eingezogen, Vorher bist Du viele Jahre hindurch als Vizekanzler und Minister auf einsamen Sockel gestanden, von dem Du nunmehr in das Zweimillionenvolk unserer geliebten Stadt Wien und damit in unsere Herzen herabgestiegen ^{bist.} Während früher Programme und Parteien herrschten, Parteien, die sich gegenüber dem Staat und ihrer Verantwortung oft in ein Spiel der Kräfte einliessen, hast Du die schwere Last der ungeheuren Verantwortung in wahrer christlicher Demut auf Deine Schultern genommen. Unter Deiner Führung hat die Stadt Wien wieder ihre alte internationale Geltung erlangt, ist in alle Gemeindestuben der vaterländische Geist eingezogen und schreitet das Aufbauwerk mit kräftigen Schritten vorwärts. Wir wünschen Dir, lieber Herr Bürgermeister, noch recht viele glückliche Geburtstagsfeiern und wünschen Dir insbesondere die Kraft, auch fürderhin den Schild und das Schwert zu schmieden, damit unserer geliebten Vaterstadt Wien eine frohe und glückliche Zukunft erblühe. Vizebürgermeister Lahr schloss seine Rede mit einem Heil auf den Bürgermeister, in das die vielen hunderte von Festgästen brausend einstimmten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

Nun betrat, stürmisch begrüsst, Bürgermeister Schmitz die Rednertribüne. Der Bürgermeister dankte zunächst für die ihm unerwartet bereitete Kundgebung und sagte, sie erfülle ihn mit besonderer Freude, weil sich darin der Geist bekundet, der das gewaltige Heer der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter beseelt und davon zeugt, dass sie alle im gleichen Takt marschieren, dass sie alle mit dem gleichen Wollen und Fühlen erfüllt sind wie die Führung der Stadt und ihr Bürgermeister. "Die Worte, die Vizebürgermeister Lahr hier gesprochen hat, beweisen, wie sehr die führenden Männer der Verwaltung sich verstehen und wie tief sie durch die echte, gute, alte Kameradschaft, dieser wundervollen Tugend altösterreichischer Soldatentum, verbunden sind. Dieser mein Geburtstag wird in seiner Bedeutung kaum mehr wiederkehren. Denn er fällt in eine Zeit, in der wir mit rüstiger Kraft am Beginn der neuen Ordnung, des Wiederaufstieges unseres geliebten Vaterlandes Oesterreich und unserer heissgeliebten Heimatstadt Wien stehen. Was in den letzten zwölf Monaten vor sich gegangen ist, gehört wahrhaft der Geschichte an. Nunmehr haben wir eine schöne und grosse Aufgabe zu erfüllen. Nach all dem, was wie ein dunkler Traum hinter uns liegt, müssen wir wie Brüder zusammenstehen und zusammenhelfen, damit unseren Kindern eine glückliche Zukunft beschieden sei. Wir alle sind verbunden durch die gemeinsame Mission, unserem Wiener Volk zu dienen, die Stadt Wien glücklicher und zukunftsfröher zu machen und ihr das Ansehen und den Glanz zu verleihen, der dieser wunderschönen deutschen Stadt am Donaustrand zukommt. Wir müssen der Welt zeigen, welches geistiges und sittliches Zentrum die Stadt Wien ist, wieviel an erhabener Wissenschaft und schöner Kunst in ihren Mauern wohnt. In diesem Sinne grüsse ich sie alle, die heute hier erschienen sind, auf das herzlichste und schliesse mit dem Rufe: Unser Oesterreich und unsere geliebte Stadt Wien leben hoch!" Den Worten des Bürgermeisters folgten stürmischer Beifall und Hochrufe.

Ein Chor des Männergesangsvereines der Angestellten der städtischen Gaswerke sang zum Abschluss der Feier Beethovens "Die Himmel rühmen". Unter Musikklängen der Kapelle der städtischen Strassenbahnen defilierten sodann die ausgerückten Formationen und Deputationen vor dem Bürgermeister und den Festgästen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

381

Wien, am 14. Dezember 1934.

Autobusverkehr am silbernen und goldenen Sonntag.

Am silbernen und goldenen Sonntag verkehren in der Zeit von 8 Uhr 30 bis 19 Uhr die drei innerstädtischen Linien I (Schottentor-Stephansplatz-Wollzeile), II (Schwedenplatz-Stephansplatz-Karlsplatz) und III (Bellaria-Stephansplatz-Börse). In den Nachmittagsstunden wird die Linie II durch die Sonntagslinie SI (Hietzing-Stephansplatz-Praterstern) ersetzt. Auf den übrigen Autobus-Taglinien ist der Verkehr eingestellt.

Entfallende Sprechstunden.

Wegen dienstlicher Verhinderung entfallen bis auf weiteres die Sprechstunden bei Vizebürgermeister Major a. D. Lahr wie auch die Vorgesprachen in dessen Büro im Neuen Rathaus. Der nächste Sprechtag ist am 10. Jänner 1935.

Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 28 (31) vergibt die Erd- und Baumeisterarbeiten für die Sohleninstandsetzung im Floridsdorfer Sammelkanal an der oberen alten Donau von Orientierungsnummer 133 bis 161; Ambotsverhandlung 20. Dezember, 10 Uhr, Hermannsgasse 24.

Eröffnung eines Kinderlesesaales.

Am nächsten Mittwoch um 17 Uhr 30 findet die Eröffnung des Kinderlesesaales der Kinderbücherei in der Paulinengasse 9 statt, der Kardinal Erzbischof Dr. Innitzer und eine Reihe anderer Persönlichkeiten beiwohnen werden. Zum Empfang der Gäste wird ein kleines Weihnachtsspiel aufgeführt und werden Kinderlieder vorgetragen.

Verkehrsregelung.

Das Besondere Stadtamt II hat im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion das Befahren der Rudolf Goldscheidgasse und der noch unbenannten Verbindungsstrasse zwischen der Rudolf Goldscheidgasse und der Steinmüllergasse im 17. Bezirk für Fahrzeuge und Fahrräder verboten. Die Zuführung von Gegenständen, die für den Betrieb der Landwirtschaft oder zur Versorgung der Haushalte der Anrainer notwendig und auf Kleinfuhrwerken verladen sind, ist nur in der Goldscheidgasse mit der Zufahrt aus der Rosenackergasse gestattet. Ausgenommen von dem Verbot sind im öffentlichen Interesse verkehrende Fahrzeuge sowie Fahrzeuge, deren sich Aerzte und Hebammen bei Hilfeleistungen bedienen, und Personenfahrzeuge, die in der Rudolf Goldscheidgasse oder in der noch unbenannten Verbindungsstrasse wohnenden Personen gehören, die sich mit einer Bewilligung des Besonderen Stadtamtes II ausweisen müssen. Diese Bewilligung ist bei der Magistratsabteilung 39 anzusprechen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 382
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe

Wien, am 14. Dezember 1934.

Bürgermeister Schmitz beglückwünscht goldene Hochzeiter.

Bürgermeister Richard Schmitz besuchte heute aus Anlass der goldenen Hochzeit das Ehepaar Dr. Oskar und Adrienne Luxardo, kommerzieller Direktor der Südbahn i. R., 3., Untere Viaduktgasse 51, um dem Jubelpaar zu seinem Gedenktage persönlich seine Glückwünsche auszusprechen und die Ehrengaben der Stadt Wien zu überreichen.

Einstellung des Strassenbahnverkehrs in der Felberstrasse.

Wegen der Beförderung einer Lokomotive der Bundesbahnen in das Technische Museum wird am kommenden Montag der Betrieb der Linie M (51) von 19 Uhr 30 bis Betriebsschluss eingestellt. Während dieser Zeit werden die Züge der Linie M in beiden Fahrtrichtungen über den äusseren Teil der Mariahilferstrasse geführt. In der Felberstrasse wird zwischen der Störungsstelle und der Schweglerstrasse ein Pendelverkehr eingerichtet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

383

Wien, am 15. Dezember 1934.

Geld- und Sachspenden für die Wiener Winterhilfe.

Der Aufruf des Bürgermeisters, für die Wiener Winterhilfe zu spenden, hat bereits viele Mitbürger der Stadt veranlasst, namhafte Geld- und Sachspenden der Aktion zuzuwenden. Bis jetzt ist an Geldspenden ein Betrag von 147.000 Schilling eingegangen, darunter 25.000 Schilling von der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien, 20.000 Schilling von der I. Oesterreichischen Sparkasse, je 2.000 Schilling von den Firmen Blum-Haas A.G. und "Universale" Bau A.G. Redlich & Berger, je 1.000 Schilling spendeten Brevillier & Co.-Urban & So., Kom. Rat Gröger Guido, Harlander Baumwollspinnerei, Oesterr. Heilmittelstelle A.G., Ing. Franz Katlein, Klinger Heinrich, Leipnik-Lundenburger Zuckerfabrik A.G., Graf Heinrich Lützow, Oesterr. Saurer-Werke, Teerag-Asdag, Vacuum-Oil Comp. und "Gesiba", 550 Schilling Buchhandlung Morawa & Co., je 500 Schilling Ditmar R. Gebr. Brüner A.G., Int. Getreide-Handels A.G., Gyimes Wilhelm, I. Oesterr. Maschinglasindustrie A.G., Perlmoser Zementfabrik, Siemens & Halske, Vereinigte Autogengaswerke und Veräinismolkerei XVI., je 458 Schilling die Firma Johann Fröhlich und deren Arbeiterschaft.

An Sache Spenden haben der Wiener Winterhilfe bisher zur Verfügung gestellt Graf Gesellschaft, Stadlau, 200 Kilogramm Suppen, Julius Maggi G.m.b.H. 200 Kilogramm Suppen Konserven, F.M. Hämmerle 1.777 Meter Baumwollstoff, Heller & Askonas 200 Paar Schafwollstrümpfe und 200 Paar Schafwollhandschuhe, A. Herzmanzky 10 Ballen Barchent, Franz Hopfgartner 2 Ballen dunkelblauen Mantelstoff, Hutter & Schrantz A.G. 250 Meter Cheviot, Lemmermeyer Fanni A.G. 30 Pullover und 60 Paar Socken, Gebrüder Sannwald 1.014 Meter imprägnierten wetterfesten Jackenstoff, Chell-Floridsdorfer Mineralöl-Fabrik 1 Waggon Petroleum, Lederer & Nessenyi, I. Floridsdorfer Tonwarenfabrik 5000 Kilogramm Steinkohle und Watte-Wattelin & Verbandstoff Fabrik G.m.b.H. 51 Kilogramm Watte.

Weitere Geldspenden für die "Wiener Winterhilfe" wollen auf das Postsparkassenkonto D 1679 eingezahlt werden. Posterlagscheine sind in allen Trafiken kostenlos erhältlich. Sachspenden wollen an die Geschäftsstelle in der Rathausstrasse 9 übermittelt werden.

Spendet für die Josefstische!

Die unter dem Ehrenschatze des Kardinals Dr. Innitzer und der Frau Bundeskanzler Herma von Schuschnigg unter der Leitung der Frau Bürgermeister Josefina Schmitz stehende Aktion "Josefstische" richtet an alle Wienerinnen und Wiener die Bitte, die Aktion durch Geld- oder Sachspenden zu unterstützen. Wer einem Notleidenden für einen Monat ein warmes Mittagessen sichern will, soll für seinen Schützling beim zuständigen Pfarramt 9 Schilling erlegen. Werden nur 6 Schilling bezahlt, hat der betreffende Arme pro Mittagessen 10 Groschen zu entrichten. Geldspenden werden auf das Konto A 9244 des Bankhauses Schelhammer & Schatte-ra, Naturalspenden an die Bezirksvorsteher und an die Rathausverwaltung im Neuen Rathaus erbeten.

Fälschung von Hundemarken.

In den äusseren Bezirken Wiens werden Parteien von einem Betrüger gefälschte Hundemarken zum Preise von 5 Schilling angeboten. Die polizeiliche Anzeige ist bereits erstattet worden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass Hundemarken nur an den Kassen der Bezirkshauptmannschaften, ausgegeben werden. Geeignete Angaben zur Ausforschung des Täters sind beim nächsten Polizei-Kommissariat zu erstatten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

384

Wien, am 17. Dezember 1934

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich beehre mich, Ihnen die Einladung der Frau Bürgermeister
Josefine Schmitz zu übermitteln, an der

P r e s s e b e s i c h t i g u n g

zweier Küchen der **Josefstische** übermorgen, Mittwoch, teilzunehmen.

Zusammenkunft und Abfahrt der Kollegen Kommunalberichter-
statter 11 Uhr 30 Rathauseingang Lichtenfelsgasse.

Um die notwendige Anzahl von Kraftwagenplätzen zur Verfügung
stellen zu können, ersuche ich Sie, sehr geehrter Herr Kollege, Ihre Teilnahme
meinem Büro sofort anzuzeigen.

Mit kollegialem Gruss

F.X.Friedrich

.....
Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 34 (27b) vergibt die laufenden
Ueberprüfungen elektrisch betriebener Aufzüge in städtischen Gebäuden für
das Verwaltungsjahr 1935; Anbotsverhandlung 28. Dezember, 9 Uhr. Die Ausschrei-
bungsbeihilfe können in der genannten Magistratsabteilung während der ge-
wöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden. Die Anbote sind in der in den Be-
dingnissen vorgeschriebenen Form zu überreichen.

.....
Sehr geehrter Herr Kollege!

Auf Einladung des Zentralverbandes der Hausbesitzer hat Vize-
bürgermeister Major a. D. Lahr dort am 12. Dezember über "Wohnungsfragen" ge-
sprochen. Das scheinbar vom genannten Verband **versendete** Communiqué ist in
der Frage des Mieterschutzes sehr einseitig zusammengestellt worden und hat
so zu missverständlichen Auffassungen geführt.

Mit Rücksicht darauf bitte ich Sie, die **Ausführungen des Herrn**
Vizebürgermeisters, wie sie im nachstehenden Wortlaut authentisch wiederge-
geben sind, in Ihrem geschätzten Blatt zu veröffentlichen.

Mit kollegialem Gruss

F.X.Friedrich

.....
Vizebürgermeister Lahr über den Mieterschutz.

Auf Einladung des Zentralverbandes der Hausbesitzer sprach
kürzlich dort Vizebürgermeister Major Lahr unter anderem auch über den Mie-
terschutz. Der Redner führte darüber folgendes aus:

"Die heissumstrittensten Fragen der Wohnfürsorge werden immer
das Mieterschutzgesetz auf der einen und die Beseitigung des Wohnungs-
mangels auf der anderen Seite bleiben, solange nicht ein normaler Wohnungs-
markt geschaffen wird. Das Mieterschutzgesetz ist ein Bundesgesetz, weshalb
hierüber nur im Wege einer allgemeinen Betrachtung gesprochen werden kann.

Die Frage eines den sozialen Verhältnissen Rechnung tragenden,
aber auch den Hausbesitz wieder zu einem volkswirtschaftlichen Faktor machen-
den Abbaues des Mieterschutzgesetzes wird für den privaten Hausbesitz immer
das Kennproblem sein, nmsomehr, als auf diesem Gebiete die verworrensten
Zustände eingetreten sind, als es Mieter mit und Mieter ohne Schutz gibt
und für ein und dieselbe Wohnungsqualität grundverschiedene Zinse bezahlt
werden. Diese Zustände sind in solcher Form nur für einen Teil der Bevöl-
kerung gerechtfertigt, in vielen Fällen aber eine bloss auf dem Rücken der
Hausbesitzer ausgetragene Nutzniessung seitens besitzender Klassen. Die Ur-
sachen aufzuklären, heisst hier auch die Fehlerquellen aufzeigen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Das Mieterschutzgesetz ist eben ein Ueberbleibsel der Inflation. Wie alle Inflationserscheinungen war auch diese durch die gigantische Geldentwertung begründet und hatte die Mieter davor zu schützen, dass Löhne und Mietzinse in ein unerträgliches Missverhältnis geraten sollten. Wenn damit die Hausbesitzer auch am einseitigsten und schwersten betroffen wurden, so war das Gesetz aus rein menschlichen Gründen und auf die Dauer der Inflationszustände, insbesondere aber aus Gründen revolutionärer Befriedung, sozialpsychologisch durchaus zu verstehen. Vom Ende der typischen Inflation, also vom Moment wieder stabil gewordenen Währungs- und Wirtschaftsverhältnissen an, verdiente das Mieterschutzgesetz aber dann seinen Namen nicht mehr. Es entrechtete nur den Hausbesitzer, zugleich damit einen wesentlichen Teil der Volkswirtschaft brachlegend. Während für Angestellte und Arbeiter schon in den Inflationszeiten die gleitende Gehalts- und Lohnangleichung durch den Index geregelt wurde, gab es aus rein wahlpolitischen Gründen keinen solchen für die Wohnzinse. Das war die Beute des Parlamentarismus, die er seinen Wählermassen zur besseren Verdauung seiner Programme vorwarf.

Ein vernünftiger Abbau des Mietengesetzes erscheint daher volkswirtschaftlich unerlässlich und wird auch in der Zukunft noch in diversen Punkten durchgeführt werden müssen. Schliesslich kann Mieterschutz, konkret gesprochen, doch in erster Linie nur den Schutz des Mieters vor Kündigungen oder unmotivierten Zinssteigerungen bedeuten.

Die Formel des Zentralverbandes, den Abbau des Mietengesetzes nur von dem Gesichtspunkte aus zu behandeln, "ob er der Allgemeinheit nützt oder schadet", ist daher umso begrüssenswerter, als doch gerade dem Hausbesitzer soviel Schaden in der Nachkriegszeit widerfahren ist. Er hat damit soziale Einsicht bewiesen. Auch Vizekanzler Fürst Starhemberg hat jüngst betont, dass man in Fragen der Gesellschaft nicht genug links stehen könne.

In der Spannung von sozialpolitischen Erfordernissen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einerseits und in der begreiflichen, aus dem Gesetz von Anbot und Nachfrage bedingten, an sich nicht ungesunden Gegnerschaft von Mieter und Vermieter andererseits, müssen sich beide im Interesse einer gedeihlichen Lösung immer das alte, hier umso zutreffendere Sprichwort vor Augen halten: "Das Vaters Segen baut den Kindern Häuser, Der Mutter Fluch reisst sie wieder nieder".

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

385

Wien, am 18. Dezember 1934.

BUDGETBERICHT.

Sitzung vom 18. Dezember 1934.

Die Wiener Bürgerschaft begann heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz mit den Beratungen über den Voranschlag der Stadt Wien und die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1935, über den Rechnungsabschluss und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1933 und über die hiezu erstatteten Berichte des Oesterreichischen Rechnungshofes und des Kontrollamtes der Stadt Wien.

Bürgermeister Schmitz eröffnet um 17 Uhr 30 die Sitzung und teilt zunächst mit, dass der Rat der Stadt Wien Dr. Otto Kemptner zum Präsidenten der Finanzlandesdirektion Salzburg ernannt worden ist, mit 1. Dezember sein Amt angetreten und damit seine Funktion als Rat der Stadt Wien zurückgelegt hat. In einem an den Bürgermeister gerichteten Schreiben hat er mit Worten tiefster Dankbarkeit von der Stadt Wien Abschied genommen, in der er seine Jugend verlebt und für deren Befreiung aus fremden Fesseln er viel und hart gekämpft hat. "Ich darf", sagte der Bürgermeister, "hier an dieser Stelle unserem Freund und Kollegen für all die Hingebung und den Fleiss, die er als Rat der Stadt Wien jederzeit bewiesen hat, unseren herzlichsten Dank ausdrücken und ihm für seine weitere Laufbahn das Beste wünschen." (Lebhafter Beifall).

Vizebürgermeister Major a. D. Lahr übernimmt nun den Vorsitz und Bürgermeister Richard Schmitz leitet die Budgetverhandlungen mit folgender Rede ein:

"Da es heute zum erstenmal ist, dass die Wiener Bürgerschaft in öffentlicher Sitzung ihr wichtigsten ^{und} bedeutungsvollsten Recht auszuüben beginnt, das Budgetrecht, ist es wohl gerechtfertigt, wenn der Bürgermeister einen Rückblick darauf wirft, was seit der Neuordnung der politischen und staatsrechtlichen Verhältnisse in Oesterreich und in Wien sich ereignete, soweit es sich auf die Verwaltung der Stadt Wien auswirkt und daran einige Bemerkungen über den Voranschlag und die damit zusammenhängenden Aufgaben im Jahre 1935 knüpft. Als ich am 12. Februar vom verewigten Bundeskanzler Dr. Dollfuss mit Zustimmung der Bundesregierung zunächst zum Bundeskommissär der Stadt Wien bestellt wurde und zu diesem Behufe mit ungewöhnlichen Vollmachten ausgestattet wurde, musste ich in der ersten Stunde dieser Sendung mir klar darüber werden, welchen Gebrauch ich von diesen Vollmachten machen dürfe. Wenn ich heute zurückblicke, darf ich hoffen, mit der Feststellung keinen Widerspruch zu begegnen, dass der Gebrauch dieser Vollmachten besonnen und sparsam gewesen ist. Ich war immer der Meinung, dass bei grossen Reformen, sollen sie dauernde Lebenskraft haben, an das bestehende das lebensfähig ist, angeknüpft werden muss. Nicht der revolutionäre Weg, das Zusammenschlagen und der absolut ^{Neuaufbau,} sondern der evolutionistische Weg ist zu wählen, der benützt was, vorhanden ist, denn er führt schmerzloser,

RATHAUSKORRESPONDENZ

385 a

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

rascher zum Erfolg und verheisst dauernden Bestand. Daher war es auch meine wichtigste und dringendste Aufgabe so rasch als möglich eine städtische Vertretung wiederum zur Verwaltung heranzuziehen. Es ist sehr verlockend, mit ungewöhnlichen Vollmachten ausgestattet zu sein. Wer von der Vorsehung dazu ausersehen ist, muss sich hüten, dass er in den Fehler des Diktators verfällt, dem Machtrausch. Alle Macht hat ihre Grenzen, wer das nicht selbst sieht, wird es mit schmerzlicher Erfahrung erkennen müssen.

Die Freiheit und Selbstverwaltung einer so grossen Stadt erfordert, dass mit ihrem verantwortlichen Führer, dem Bürgermeister, eine Vertretung der Bevölkerung sich in die wichtigsten Anordnungen teilt. Darum musste so rasch als möglich, eine Vertretung der Bürgerschaft, ins Leben gerufen werden. Es dauerte nicht lange bis die erste Stadtordnung geschaffen war. Und nach diesem Tage dauerte es wiederum nicht lange und es wurden die Mitglieder der neuen Stadtvertretung der Wiener Bürgerschaft berufen. Das Bild, das die Wiener Bürgerschaft bot, ist seither den Oesterreichern vertraut geworden. Aber es darf uns ein wenig mit Freude erfüllen, dass die Stadt Wien, die solange der lebhaften Kritik unserer Bevölkerung ausgesetzt war, nun in kurzer Zeit - in aller Bescheidenheit sei es gesagt - vor den anderen ein Beispiel einer nach den neuen Grundsätzen geordneten Vertretung gefunden hat.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

385 b

Wien, am

In der Tat gibt die Wiener Bürgerschaft ein gutes Bild des gesellschaftlichen Gefüges der Wiener Bevölkerung.

Ich darf feststellen, dass nicht nur die grossen Zweige des gesellschaftlichen Lebens, die wir als kulturelle Gemeinschaften und Berufsstände anzusprechen uns gewohnt haben, aufscheinen, sondern dass ausserdem innerhalb dieser Berufsstände wiederum ein guter Ausgleich geschaffen wurde, so dass die sozialen Spannungen und Unterteilungen, die sich je nach bekannten Gesetzen immer wieder fortsetzen, bis zur innersten Zelle gesellschaftlichen Lebens, ^{hier} gleichfalls zur Geltung kommen. Die ^{Vertretung} der Unternehmer, das heisst der wirtschaftlichen Führer, ist ^{gut} so gesichert wie die der Arbeiter und Angestellten. und in einer stattlich ausgestatteten Gruppe haben wir die Vertretung der kulturellen Gemeinschaften versammelt. Heute, da wir die Versammlungen der anderen öffentlichen Vertretungen in Bund und Ländern überblicken können, erkennen wir mit Genugtuung, dass ^{sich} ¹ obwohl wir die ersten waren, ^{die} Verwandtschaft zu den anderen jüngeren Einrichtungen ^{deutlich} zeigt. Seit die Verfassung 1934 auch in der Stellung der Stadt Wien im Bunde in Kraft getreten ist, ergaben sich neue Aufgaben. So ist die Gesetzgebung anders geordnet. Sie liegt nicht mehr in der Hand des Bürgermeisters, sondern in der Hand der Bürgerschaft, die sich aber der Zustimmung des Bürgermeisters zu vergewissern hat. Auch das ist für uns keine Neuerung. Tatsächlich habe ich schon früher seit Bestand der Wiener Bürgerschaft alle Verordnungen der Wiener Bürgerschaft vorgelegt und auch in Fällen von Wünschen, die mir bekannt geworden sind und sachlich begründet waren, diese berücksichtigt. So vollzog sich bei uns in Wien der Uebergang von der jähen Zäsur des 12. Februar durch die Zeit, in der der Bundeskommissär allein alle Kompetenzen in seiner Person ^{vereinigt hatte,} in die nächste Epoche, in der der Bürgermeister der Bürgerschaft und ihren Ausschüssen ^{Pflicht} und ^{Verantwortung} teilte bis zum 1. November, wo die neue Verfassung des Bundesstaates sich vollständig auswirkte ^{ohne besondere Schwierigkeiten.} Vielleicht war dieser Umstand ^{geeignet,} den Mut und die Zuversicht, den neuen Aufbau rasch zu wagen, zu stärken. Erlauben Sie mir, dass ich von dieser Stelle aus gerne sage, die Erfahrungen, die in Wien mit dieser Neuordnung gemacht werden konnten, sind so gut, dass mir nur mehr übrig bleibt, meinen ergebensten Dank dafür zu sagen und meiner Freude Ausdruck zu geben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

385 c

Wien, am

Sodann schilderte der Bürgermeister die Neuordnung in der städtischen Verwaltung durch die der Instanzenzug in dem Sinne geregelt wird, dass nicht wie früher die erste und zweite Instanz in denselben Personen und Personenkreisen verschmolzen ist. Diese Neuerungen bedingen Vorkehrungen damit die Beamtenschaft selbst und auch die nichtbeamteten Funktionäre der städtischen Verwaltung sich in das neue Recht und die neue Ordnung hineinarbeiten können. Ich habe daher angeordnet, dass mit Beginn des neuen Jahres Kurse in der schon bestehenden Verwaltungsakademie geschaffen werden, die einführen sollen in die Ideen der Verfassung 1934, sowohl wie in die neue Ordnung der Wiener Stadtverwaltung und das neue Recht, das hier entstanden ist.

Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen über die Finanzen machen und einige grosse Linien hervorheben. Zunächst weist der Voranschlag wie schon seine Vorgänger, die Tendenz einer Verringerung des Umfanges aus. Die Ausgabesummen zeigen ein ständiges Zurückgehen. Die Schwächung der Einnahmen erkennt man aus der Tatsache, dass die Einnahmen im Jahre 1930 461 Millionen S betragen haben, während sie heuer nur 313 Millionen S betragen. Daraus erkennt man die ungeheure Veränderung, wie sie in keiner öffentlichen Verwaltung Oesterreichs auszuweisen ist. Die Verarmung ist zunächst die Folge der von uns allen beklagten geschichtlichen Ereignisse, des Zusammenbruches des alten Reiches, dann der Aenderung in der Zusammensetzung der Bevölkerung infolge Abwanderung wohlhabender Schichten, dann der Inflation, die alte, vermögende Schichten demoliert, die Wirtschaftskrise verheerend gewirkt. Nicht zuletzt aber hat die frühere Verwaltung der Stadt durch die Einseitigkeit ihrer Steuerpolitik diese Wirkungen noch verschärft. Wir erkennen die Steigerung dieser Verarmung in der einen Angabe, dass die Steuereinnahmen von 1930 allein den gesamten Aufwand des Voranschlages für 1935 samt dem Geldbedarf für das Investitionsprogramm decken würden. Jetzt aber ...

Ich will auch einige Bemerkungen machen zu einer Tatsache, die das öffentliche Leben unseres Staates vielfach beschäftigt hat und zu der manche Kreise keine richtige Einstellung haben: Das ist die Frage des Finanzausgleiches. Dazu ist grundsätzlich folgendes zu sagen: Der Finanzausgleich - das Wort ist 1931 geprägt worden, ansonsten sprachen wir von Abgabenteilung, aber es ist schon ein richtiger Ausdruck, da es sich um einen Ausgleich der Einnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden aus den Steuern handelt, zugleich um die Sicherung der Deckung der notwendi-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

385 d

Wien, am

gen Ausgaben- wurde 1922
auf einer vollkommen irrigen Einschätzung/der Entwicklung der einzelnen Steuergattungen,
so weit sie für Wien in Betracht kamen, ^{erstellt.}

„Nach der Stabilisierung der Krone, der die Einführung des Schillings folgte, zeigte sich ^{der} Irrtum/Die direkten Steuern erholten sich, während die indirekten lange nicht ^{der} ~~h~~älten, was man von ihnen erwartete.

So war es notwendig, dass der Bund eine Aere der Revision ^{der} Abgabenteilung anstrebte. Sow~~ant~~ es sich um die Richtigstellung ^{des} Irrtums handelte, hatte jeder Grund daran mitzuwirken. Beim Finanzausgleich vom Jahre 1931 wiederholte sich der Irrtum aber in umgekehrtem Sinne: Die frühere Wiener Verwaltung stimmte ^{in falscher Beurteilung der Lage} / Zugeständnissen zu, ^{schmerzlich sind.} deren Auswirkungen infolge der Wirtschaftskrise ^{überaus} / . Jetzt muss man sich auf den Standpunkt stellen, dass der Finanzausgleich einer Revision zugunsten Wiens bedarf. Dass dieser Standpunkt unter den gegebenen Verhältnissen ^{rasch und} nicht/leicht zu einem positiven Erfolg führen kann, ist ^{zu verstehen.} Ich will aber bei unserem ersten Voranschlag feststellen, dass dieser Standpunkt keinen Widerspruch zu unserer früheren Finanzpolitik bedeutet, sondern ihre logische Fortsetzung darstellt, wenn wir bestrebt sind, einen grösseren Anteil aus den in Wien gezahlten Abgaben zu ^{rückzuerhalten.}

Eine Stadt, deren Einnahmen ärmer geworden sind, kann sich vielerlei nicht gestatten. So mussten viele Begünstigungen, für die eine sachliche Notwendigkeit nicht vorlag, einer Revision unterzogen werden. Ich erinnere an das Freiwasser, das es nie früher gab, das es ausserhalb Wiens nirgends gibt, ich ^{ebenso} erinnere/an die ^{Gratis-}abfuhr des Kehrrechts und ^{ich erinnere an das Ver-} und schenken ohne Unterschied von Säuglingswäsche ^{Lehnmitteln.}

Das ist nicht mehr haltbar in einer Zeit, wo die Einnahmen knapper werden und wo man Schwierigkeiten hat, das Notwendige zu decken. Im Voranschlag ^{sich auch die} winkt/ ^{aus. Auch} heuer durchgeführte Steuerreform,

^{werden wieder} dass die städt. Unternehmungen/planmässig zur Beitragsleistung herangezogen. ^{Die} Summe, die unter diesem Titel im Voranschlag für 1935 steht, ^{relativ} entspricht/ungefähr dem, was die städt. Unternehmungen im letzten reinen Friedensjahre beigetragen haben, dass sind 7'5 Prozent, damals waren es 7'5 bis 8 Prozent. Dass die städt. Unternehmungen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

385 e

Wien, am.....

im Jahre 1935 22 Millionen S abzuliefern vermögen, ist eine wichtige und erfreuliche Post, denn sie zeigt, dass die Unternehmungen gut geleitet sind.

bei
Dass ~~im~~ einer knappen Bemessung der Ausgaben die Gefahr ~~nähm~~ einer Verengung der Investitionspolitik eintreten kann, liegt auf der Hand. Die Investitionstätigkeit der öffentlichen Körper-
erst recht
schaften ist aber eine Notwendigkeit, ~~wenn~~ die private Investitionstätigkeit infolge der Wirtschaftskrise ~~leidet~~. Die frühere Stadtverwaltung kannte nur ~~den~~ den Neubau von grossen
und deckte die Kosten
Massenwohnhausbauten aus den laufenden Einnahmen. Ein solches Vorgehen kann bei kleineren Investitionen vielleicht gerechtfertigt sein, bei grossen Investitionen und bei Verknappung der Einnahmen ist es sicher unzulässig. Für
Die Steuerkraft und die Krisenfestigkeit der Wiener Wirtschaft wäre es viel besser gewesen, wenn man sich der offenkundigen Erkenntnis nicht verschlossen hätte, dass man ~~grosse~~ und dauernde Investitionen grundsätzlich nicht einigen wenigen Jahrgängen von Steuerträgern auflasten kann, sondern dass richtiger ~~zu~~ zu erträglichen Bedingungen kurz- oder langfristige Anleihen, dem Zustand des Kapitalmarktes entsprechend, aufnimmt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

385 f

Die Stadt Wien ist dazu umso mehr berechtigt, als ja ihre Ver-
nicht schuldung gross ist. Die Summe aller derzeit noch aktiven Anlei-
hen beträgt 343 Mill. S., der Anleiheendienst erfordert 14'5 Mill. S., das sind
4'6 Prozent der Einnahmen. Jedermann wird zugeben, auch wenn er die strengste
Auffassung hat, dass bei solchen Verhältnissen der Weg der ^{gedeckten} anleihe~~lässig~~ /
Investitionen nicht nur gerechtfertigt ist, sondern sich geradezu aufdrängt,
weil es dadurch ohne besondere Belastung der Bevölkerung möglich erscheint,
amfassende ^{Arbeiten} vorzunehmen. Der richtig gestellte Abgang beträgt
13'5 Mill. S.; er wird aber in Wahrheit allerdings höher sein, falls es nicht
gelingt, entsprechende Bedeckungen zu erlangen. Der Bürgermeister verweist auf
die mit dem ^{Der Bundesminister für Finanzen} im Ganzen befindlichen Verhand-
lungen.

kerne

Einen sehr erheblichen Teil der Gesamtausgaben, nämlich 144
Mill. S. beträgt der Personalaufwand. Getreu den Grundsätzen, die von der Bun-
desregierung selbst und von der V. F. verkündet wurden, habe ich eine Politik
der Verfolgung des Personals, das früher ^{einer} nunmehr verbotenen Partei ange-
hörte, abgelehnt. Ich habe vielmehr angeordnet, dass niemand, der sich nichts
besonderes hatte zuschulden kommen lassen, das Verbleiben im öffentlichen
Dienst verwehrt werden soll, soweit er sich den geltenden allgemeinen Grund-
sätzen fügt und sich diese allmählich zu eigen macht. In der letzten Vorgan-
genheit hat sich eine gewisse Lockerung in der Auffassung der Standes-
ehre und der Standespflichten in und ausserhalb des Dienstes geltend ge-
macht. Wenn ich das feststelle, über ich keine Kritik an der Beamtenschaft,
sondern stelle nur eine Tatsache fest, die die Wirkung eines uns allen wohl-
bekannten Systems ^{war}. Der echte Beamte, ~~hat~~ ohne Unterschied seiner po-
litischen Einstellung, hat immer gewusst, dass das Festhalten an der Standes-
ehre eine der vornehmsten Voraussetzungen seiner eigenen gesellschaftlichen
Stellung ist. Das gilt auch für ^{seine} Freizeit. Der öffentliche Beamte ist immer
öffentlicher Beamter und der Lehrer ^{Lehrer} immer

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

385 g

Wien, am.....

infolgedessen muss die Einhaltung der Standesehre und des Ansehens im ganzen Leben der öffentlichen Beamten verlangt werden, sowohl im dienstlichen als auch im Privatleben. So muss auch die Personalpolitik gehandhabt werden. Wer die Standesehre verletzt, muss die Folgen tragen. Alles Nähere steht in der Dienstordnung. Aber auch für den Beamten müssen die Grundsätze einer im christlichen Geist ruhenden Ordnung gelten. Diese Grundsätze werden auch in dem Entwurf einer Stadt-gesetzvorlage enthalten sein. Missachtung der staatlichen Gesetze im Privatleben ist ein Dienstvergehen.

Wir haben aber auch ein anderes Problem zu lösen. Ein sehr dorniges, die Doppelverdienerfrage. Es ist ja bitter es sagen zu müssen, dass ein Mensch, der dem Mittelstand angehört und eine gewisse Lebenshaltung gewohnt ist, künftighin mit weniger wird auskommen müssen. Bitter, aber die Erfüllung einer Pflicht. Solange vor den Toren unserer Verwaltung tausende stellenlose junge Menschen und Familienväter auf eine Existenz warten ist es untragbar, dass in hunderten Fällen Mann und Frau gleichzeitig verdienen (lebhaft Zustimmung) obgleich die besonderen Verhältnisse dieser Familie es nicht rechtfertigen. Gewiss gibt es auch da Ausnahmen und man darf niemals bei Lösung dieser Frage ein eisernes Lineal anlegen. In der Schulverwaltung habe ich immer den Grundsatz getätigt für die jungen Lehrer und Lehrerinnen Platz zu machen. Wenn ein Ehepaar kinderlos ist und beide Teile verdienen, so dass nach Pensionierung der Frau ^{ihr Einkommen} 650 bis 700 Schilling beträgt, dann muss die Frau Platz machen, damit ein junger Mensch angestellt werden kann. (Lebhafter Beifall). Solche Grundsätze werden wir auch in der allgemeinen Verwaltung der Stadt Wien einhalten und ich bin überzeugt, dass Sie mir auch da zustimmen (Lebh. Beifall). Die Zahl der seit dem 12. Februar bei der Verwaltung Wiens eingelangten Arbeits- und Stellengesuche hat die Ziffer 44.000 bereits überschritten. Das heisst, man müsste fast alle Beamten, Lehrer und Arbeiter der Stadt Wien abbauen, wollte man alle Gesuche berücksichtigen. Das ist natürlich unmöglich. In dieser Frage muss man so handeln, wie man es sachlich und moralisch verantworten kann. Die Unterbringung aller dieser Stellenlosen in der öffentlichen Verwaltung allein ist ausgeschlossen, viele müssen eben trachten, in der Privatwirtschaft und im Privatberufen unterzukommen. Entgegen aller Kritik halte ich es bei Einhaltung strengster Objektivität für gerecht, jene Angehörigen der Wehrverbände, die in den Sturmtagen ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, ebenso wie den gedienten Soldaten des Bundesheeres ceteris paribus den Vorrang zu wahren (Lebhafte Zustimmung.)

Der Bürgermeister geht dann auf das Kapitel Kulturpolitik über und erklärt, dass hier das Hauptkapitel die 70 Millionen S Ausgaben für die Schulen sind.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

385 h

Wien, am

Eine beträchtliche Summe wurde für das Volksbildungswesen eingesetzt. Das ^{Wiener} Volksbildungswesen, das früher zum grössten Teil unter dem Einfluss eines freidenkerischen und nichtvaterländischen Geistes gestanden ist, in den Dienst der vaterländischen Gesinnung zu stellen, ist dieses Opfer wert. Sie finden auch Ausgaben für die Kunstförderung, Kredite für die Museen und Sammlungen ^{im} sowie einen Sonderkredit von 100.000 S. Wien ist eine Kunststadt, wie es kaum eine andere gibt, doch unsere Künstler leiden unter der ^{Not} der Zeit, daher ist eine solche Post gerechtfertigt. Ich habe mich entschlossen, einen Kunstbeirat der Verwaltung der Stadt Wien einzusetzen, dessen Vorsitzender der Bürgermeister, der ständige Vorsitzende - Stellvertreter Vizebürgermeister Lahr ist.

Eine weitere Post ist der Alimentierung der Arbeiterkurse ^{die} in Maria Theresienschlüssel in Döbling gewidmet, ^{die} den Zweck haben, junge Arbeiter aus ganz Oesterreich, natürlich auch ^{aus Wien, in} Jugend in Arbeit sowie Geist und ^{Recht} der neuen Ordnung einzuführen. Für Jugend in ^{Not,} ^{den} ^{ebenfalls} für Sport sind ^{grössere} Summen ausgesetzt. ^{relative} Der Anteil der Fürsorgeaufgaben an den gesamten Ausgaben ist von 1937 bis 1934 von 27 auf 34 Prozent gestiegen, so dass wenigstens für die dürftigste Existenz der Armen gesorgt werden kann. ^{Ich habe Erhebungen angeordnet, die ein klares} ^{sollen} Bild schaffen ^{, was aus privaten und was aus öffentlichen Mitteln} für die Fürsorge in Wien ^{tatsächlich geschieht,} welche Gebiete doppelt und dreifach befürsorgt sind und welche ganz durchfallen. Die Anerkennung privater Vereine wird dann ^{sein} davon abhängig zu machen, dass sie eine erforderliche und keine überflüssige Fürsorge ^{betreibt.} (Beifall).

Hinsichtlich der Wohnungsfrage muss ich feststellen, dass ^{all} zu optimistische Erwartungen für die Möglichkeit, eine Wohnung zu vergeben bestehen. Mitte Februar lagen 12.000 bereits bearbeitete Wohnungsgesuche ^{vor. Seit dem sind weitere 28.000 Wohnungsgesuche eingelangt.} Der Gesamtstand der Wohnungen, über die die Stadt Wien verfügt, ist rund 70.000. Es ist also ganz unmöglich, alle Wünsche zu befriedigen. Dabei gibt es mancherlei Missverständnisse. Es wird gerügt, dass die Belegung von Neubauten so lang auf sich warten lässt. Die Bauten sehen wohl von aussen fertig aus, aber die Innenarbeiten sind noch nicht fertig. Dass in einzelnen Fällen Wohnungen länger unbesetzt bleiben, kommt vor. In solchen Fällen bitte ich, mich oder das Wohnungsamt sofort zu verständigen. In vielen Fällen kann die Wohnung deshalb noch nicht weitervermietet werden, weil sie rechtlich noch einem anderen gehört. Daher müssen alle diese Fälle ^{untersucht} werden. Die Grundsätze für die Wohnungsvergabe sind derzeit in Neubearbeitung und

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

385 1

Wien, am _____

worden sehr bald dem Wohnungsamte mitgeteilt werden können. Im allgemeinen werden die Aufgaben des Wohnungsamtes sein müssen: 1. Soweit es möglich ist, für eine Berücksichtigung vaterländisch zuverlässiger Wohnungsbewerber zu sorgen. 2. Unter sonst gleichen Verhältnissen ist der sozial Bedürftigere vorzuziehen. Ich glaube, dass der ungeheure und unnatürliche Andrang der Bewerber um städtische Wohnungen eine Folge der zum grössten Teil ungesunden Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt in Wien ist. Mit Befriedigung und Anerkennung möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Abschnitt unseres Voranschlages lenken, der dem Bauamte zugedacht ist und feststellen, dass das Bauamt von Kürzungen seiner Aufgaben nicht betroffen ist und ihm im Rahmen des Sofortprogrammes grosse Möglichkeiten eröffnet sind. Allen Beamten des Stadtbauamtes, die im Sommer freiwillig auf ihren Urlaub verzichtet und mit aller Kraft gearbeitet haben um die Durchführung des Sofortprogrammes zu ermöglichen, möchte ich hier auch in Ihrem Namen Dank und Anerkennung aussprechen (Lobhafte Zustimmung).

Die Privatwirtschaft zu fördern ist ein Haupt- und Leitgedanke unserer Verwaltung, weil wir der Ueberzeugung sind, dass die Blüte der Privatwirtschaft der kürzeste Weg zu Arbeit und Wohlstand ist. Das Stadtrecht Wiens erwuchs aus dem Marktrecht. Das heisst, die Stadtverwaltung hat nicht nur das Recht aus dem Prozess der Versorgung der Bevölkerung mit allen Bedarfsmitteln Steuern zu ziehen, sondern hat auch die Pflicht, einerseits diese Versorgung gefördert und gesichert wird und dass andererseits diese Versorgung dem Käufer auch möglich sei. In der Entwicklung der Preise gilt der Grundsatz der Gerechtigkeit, wo dieser verletzt wird, muss die Krankheit den ganzen Organismus erfassen und alle unsere Arbeit umsonst. Daher hat die Stadtverwaltung die Verpflichtung, auch hier ein wachsames Auge zu haben und sich nicht unter dem Vorwand die Förderung der Wirtschaft erlaube es, auf eine passive Rolle zurückziehen. Der liberale Grundsatz, alles gehen und geschehen zu lassen, ist kein Grundsatz für das neugeordnete Oesterreich und Wien. Der Bürgermeister kommt sodann auf die Winterhilfe zu sprechen und teilt mit, dass die Zahl der von der Wiener Winterhilfe zu befürsorgenden 280.000 Menschen beträgt. Dieser Not zu steuern mit den Mitteln der ordentlichen Fürsorge, während des Winters mit den Mitteln der Winterhilfe, aber vor allem durch Förderung der Wirtschaft und Schaffung von Arbeitsgelegenheiten ist unsere Pflicht. (Lebh. Beifall) In diesem Sinne erläutert der Bürgermeister die für die Investitionen, für den Reparaturfonds und für die Erbauung von Asylen vorgesehenen Beträge. Es fehlt nicht an Arbeitsplänen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

385 j

Wien, am _____

in Wien, die vernünftig ^{und} notwendig ^{sind.} Ich erachte es als
meine Pflicht, dass die dringendsten noch nicht berücksichtigten Aufgaben
im nächsten Jahre ins Auge gefasst werden.

Der Bürgermeister schliesst seine Rede mit den Worten: Wir
wollen keine Demagogie treiben, wir wollen sachliche, ruhige Arbeit leisten.
Dem die unbezähmbare Liebe zu unserem ^{Vaterland} ^{Heimatstadt} und zu unserer
Mehrtens alle, Sie meine Frauen und Herren Räte, meine Mitarbeiter die Herren
Vizebürgermeister, die leitenden Beamten und mich selbst, die Liebe zu unse-
rem Volke, das Mitleid und das Erbarmen mit den Hunderttausenden in Wien,
die ^{bittere} Not leiden, die feste und starke Sehnsucht alles anzubieten, um
eine glücklichere Zukunft so rasch wie möglich herbeizuführen, - es führt uns
das Vertrauen und die Zuversicht, dass mit Gottes Hilfe es unseren vereinten
Kräften gelingt, im Verwaltungsjahre 1935 ein schönes Stück diesem Ziele
näher zu kommen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)
Der Vorsitzende Vizebgl. Lahr ^{spricht} im Namen der Wiener
Bürgerschaft dem Bürgermeister für seine warme und schöne Rede den innigsten
Dank aus.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

386

Wien, am.....

Sodann erstattete Senatsrat Dr. Neumayer den Bericht über die Gruppe "Finanzwesen". Nach allgemeinen Darlegungen über die Grundzüge von Voranschlag und Rechnungsabschluss führte der Referent aus:

Der Voranschlag für das Jahr 1935 zeigt unter Berücksichtigung der beantragten Aenderungen bedeutend geringere Umsatzziffern/Einschlüsse - als der Rechnungsabschluss 1933. -
lich der Wertdurchführungen beträgt das Gesamterfordernis der laufenden Gebahrung 313,087.710 Schilling, die Gesamteinnahmen wurden mit 299,652.470 Schilling eingeschätzt. Unter Ausscheidung der Wertdurchführungen in der Höhe von 26,650.530 Schilling werden kassenmässig wirksam präliminiert: Ausgaben in der Höhe von 286,437.180 Schilling und Einnahmen in der Höhe von 273,001.940 Schilling. Der vermutliche Abgang des Jahres 1935 wird sich daher zunächst auf 13,435.240 Schilling belaufen.

Schon der Rechnungsabschluss zeigt mit aller Deutlichkeit eine wesentliche Schwächung der Finanzen Wiens. Die hauptsächlichsten Ursachen hierfür sind in einer bedeutenden Schmälerung der Erträgnisse aus den gemeinschaftlichen Abgaben, in dem Rückgang der Landes- und Gemeindeabgaben und schliesslich auch in der seit 1. Juli 1933 erfolgten Entziehung der Einhebungsberechtigung Wiens für die Bundessteuern zu erblicken. Während im Jahr 1930 zum Beispiel die Erträgnisse aus den Landes- und Gemeindeabgaben noch 201,690.102 Schilling, die Ueberweisungen aus den mit dem Bund gemeinschaftlichen Abgaben 137,619.318 Schilling betragen haben, zeigt der Rechnungsabschluss 1933 nur mehr Abgabenerträgnisse in der Höhe von 151,507.175 Schilling und Ertragsanteile von 47,463.671 Schilling. Der Voranschlag für das Jahr 1935 sieht Einnahmen aus den eigenen Abgaben in der Höhe von bloss 102,270.000 Schilling, Ertragsanteile in der Höhe von 52'8 Millionen Schilling vor. Die verschiedenen Einnahmen aus dem Steuerwesen, die im Jahre 1930 noch 7,562.430 Schilling ergaben und für 1933 noch mit 5,418.960 Schilling veranschlagt waren, tatsächlich aber infolge des Entzuges der Einhebungsberechtigung der Bundessteuern bloss 2,787.626 Schilling einbrachten, können für 1935 nur mehr mit 285.000 Schilling veranschlagt werden.

Der weitere Rückgang bei den eigenen Abgaben, der im Voranschlag 1935 zum Ausdruck kommt, ist in verschiedenen Ursachen begründet. Zunächst hat die erste Steuerverordnung des Bürgermeisters bekanntlich die Wohnbausteuer zur Aufhebung und an ihrer Stelle die Mietaufwandsteuer zur Einführung gebracht. Während die Wohnbausteuer im Jahre 1933 noch ein Erträgnis von über 50'8 Millionen Schilling lieferte, können die Einnahmen aus der Mietaufwandsteuer bloss mehr mit 36 Millionen Schilling veranschlagt werden. Durch diese gewollte Erleichterung tritt die Besteuerung des Wohnungsaufwandes von ihrer führenden Rolle unter den Wiener Abgaben ab. Eine weitere Realabgabe, die eine beträchtliche Erleichterung für die Steuerträger mit sich bringt, ist die Bodenwertabgabe von unverbauten Grundflächen. Der Rechnungsabschluss 1933 zeigt eine Einnahme von mehr als 3 Millionen Schilling. Infolge der durch Verordnung des Bundeskommissärs für Wien vom 15. März d. J. geschaffenen vielfachen Steuererleichterungen kann das Erträgnis dieser Abgabe für 1935 nur mit 600.000 Schilling veranschlagt werden. Weitere Ermässigungen sind insbesondere seit der Handhabung der sogenannten Steuerkarte und der freiwilligen Weiterbelassung der seinerzeit durch eine Verordnung der Bundesregierung den Kinos gewährten Erleichterungen bei der Lustbarkeitsabgabe zu verzeichnen. Hat das Jahr 1933 noch 10 Millionen Schilling bei dieser Abgabe als Einnahme gebracht, so kann der Voranschlag nur mehr mit einem Betrag von 6 Millionen Schilling rechnen. Drei Abgaben, und zwar die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, die Hauspersonalabgabe und die Pferdeabgabe, die noch im Jahre 1933 Erträgnisse von mehr als 5'5 Millionen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

387

Schilling gebracht haben, fehlen im Voranschlag 1935 überhaupt, da, wie
erinnerlich, auf die Einhebung dieser drei Abgaben durch die erste Steuer-
verordnung bis auf weiteres verzichtet wurde. Ebenso fehlt im Voranschlag
1935 eine vierte Abgabe, die Bierverbrauchsabgabe, die im Jahre 1933 noch
ein Erträgnis von 7'6 Millionen Schilling einbrachte, mit Wirksamkeit vom
1. Juli 1934 aber zwecks Einbau in die Produktionssteuer des Bundes in-
kameriert und nunmehr zu einer gemeinschaftlichen Abgabe erklärt wurde.
Ausserdem weisen die Ansätze des Jahres 1935 aber auch bei mehreren anderen
Abgaben geringere Ziffern auf, als tatsächlich im Jahre 1933 noch ver-
einnahmt wurde. Hier ist an erster Stelle die Fürsorgeabgabe zu nennen. Hat
diese Abgabe im Jahre 1933 noch 47'4 Millionen Schilling eingebracht, so
kann sie für das Jahr 1935 bloss mit 41 Millionen Schilling veranschlagt
werden. Eine niedrigere Veranschlagung zeigen ferner die Fremdenzimmerab-
gabe, die im Jahre 1933 2 Millionen Schilling an Erträgnis gebracht hat,
für 1935 aber nur mehr mit 1'2 Millionen S veranschlagt wird; die Wertzu-
wachsabgabe, die 1933 fast 6 Millionen S als Erträgnis abwarf, infolge der
Einführung der Goldrechnung jedoch für 1935 bloss mit 1 Million S prä-
liminiert werden kann; die Plakat- und Inseratenabgabe, die 1933 zusammen
noch 2'6 Millionen S abwarfen, im Jahre 1935 aber nur mehr 1'6 Millionen S
ergeben dürften; die Feuerversicherungsbeiträge, die von einem Erträgnis
von 3'4 Millionen S auf 3'1 Millionen S herabgesetzt werden mussten; die
Feilbietungsabgabe, die statt mit 300.000 S im Jahre 1933 nur mehr mit
200.000 S eingesetzt werden konnte. Ebenso haben die Zuschläge zu den Immo-
biliargebühren im Jahre 1933 noch über 3'2 Millionen S eingebracht und
werden für 1935 nur mehr mit 2'7 Millionen S ermittelt. Ähnliches gilt
von den Zuschlägen zu den Wettgebühren, die gegenüber dem Erträgnis des
Jahres 1933 um 74.000 S niedriger für 1935 eingesetzt wurden. Verhältnis-
mässig kleinere Mindererträgnisse wurden für die Hundeabgabe, Konzessions-
abgabe, Wasserkraftabgabe und die Verwaltungsabgaben vorgesehen.

Die erhöhte Veranschlagung der Ertragsanteile an den gemein-
schaftlichen Abgaben für das Jahr 1935 erklärt sich damit, dass, wie er-
wähnt, nunmehr im Gegensatz zum Jahre 1933 in der zur Aufteilung gelan-
genden Summe auch die inkamerierten ehemaligen Landesbierabgaben enthalten
sind. Allerdings besteht gerade bei dieser Post auf Grund der Bestimmungen
des letzten Abgabenteilungsgesetzes eine gewisse Hoffnung auf eine grössere
Beteiligung. Das neue Abgabenteilungsgesetz sieht ja vor, dass für den Fall,
als in Wien die Erträgnisse der gemeinschaftlichen Abgaben, insbesondere
die direkten Steuern, eine Steigerung aufweisen sollten, auch die Beteiligung
Wiens über den im Gesetz zunächst vorgesehenen Schlüssel vom 31. Prozent
hinauswächst. Der Grundgedanke dieser Norm liegt darin, dass Wien an einer
Einnahmensteigerung des Bundes, die zweifellos zum grossen Teil auf die
weitreichende Arbeitsbeschaffung Wiens zurückzuführen ist, ebenfalls Teil
haben soll.

Verglichen mit der Gesamteinnahme ergibt sich, dass im Jahre
1933 die aus eigenen Abgaben, den Ertragsanteilen und den verschiedenen
Einnahmen aus dem Steuerwesen erzielten Beträge fast 55 Prozent der Gesamt-
einnahme betragen haben. Dieselbe Proportion für das Jahr 1935 angewendet,
zeigt, dass bloss 52 Prozent aus diesen Quellen bedeckt werden. Hier ist
ein Vergleich mit dem Jahre 1930 sehr aufschlussreich. In diesem Jahre haben
die Einnahmen aus dem Steuerwesen rund 350 Millionen S von 510 Millionen S
betragen, das sind 68 Prozent der Gesamteinnahmen. Mit anderen Worten gesagt:
Die blossen Steuereinnahmen des Jahres 1930 hätten das gesamte Budget des
Jahres 1935 einschliesslich des ausserordentlichen Investitionsprogrammes
unter Verzicht auf alle anderen Gebühren, Ersätze und Beiträge bestreiten

können.

Bevor ich zu der zweiten Gruppe der Haupteinnahmen Wiens, den Erträgnissen aus den Betrieben und betriebsmässig verrechneten Zweigen der Hoheitsverwaltung übergehe, erscheint es zweckmässig, einmal in der öffentlichen Sitzung der Wiener Bürgerschaft einen Vergleich darüber anzustellen, wie die Einwohner Wiens und wie die Einwohner einzelner anderer österreichischer Städte aus dem Titel von Landes- und Gemeindeabgaben belastet sind. Für den Vergleich wurde die vom Finanzministerium herausgegebene Zusammenstellung der Abgaben der einzelnen Länder nach den Voranschlägen des Jahres 1934 und weiters die Voranschläge der einzelnen Städte für 1934 benützt, da in diesem Zeitpunkt, als diese Studien angestellt wurden, naturgemäss die Voranschläge für das Jahr 1935 noch nicht zur Verfügung standen. Beim Vergleich muss weiters berücksichtigt werden, dass in der Zwischenzeit eine bereits erwähnte Aenderung, nämlich die Inkamerierung der Landesbiersteuern, sich vollzogen hat. Bei der Berechnung der Kopfquoten wurde daher auch aus den Voranschlägen der Länder für 1934 das dort ersichtliche Erträgnis der Bierverbrauchsabgaben ausgeschieden. Nach dieser Richtigstellung ergibt sich, dass nach dem Voranschlag 1935 die Kopfquote für Wien 54'81 S beträgt. In Wiener Neustadt entfallen auf den Kopf der Bevölkerung 81'47 S, in Klagenfurt 58'25 S, in Linz 78'44 S, in Salzburg 80'55 S, in Graz 82'67 S, in Innsbruck 101'47 S; relativ am nächsten kommt Wien noch St. Pölten mit 57'16 S. Dabei muss aber noch berücksichtigt werden, dass die errechneten Ziffern in Wirklichkeit eine starke Korrektur nach oben erfahren müssen. Denn die Länderkopfquoten konnten natürlich nicht anders als durch eine einfache Division der Gesamtsummen der Landesabgaben durch die Bevölkerungszahlen der Bundesländer gewonnen werden. Es versteht sich aber von selbst, dass die wirkliche Steuerleistung der städtischen Bevölkerung beträchtlich höher ist als die der ländlichen Bevölkerung. Könnte man eine genaue Rechnung anstellen, so würde sich daraus für die Einwohner der Provinzstädte zweifellos eine noch höhere Belastung als die vorhin angegebenen Ziffern ergeben. Die in Wien bedeutend geringere Kopfquote gegenüber der in den beispielsweise angeführten Städten zeigt sich aber auch in der verschiedentlichen Höhe einzelnen zur Einhebung gelangenden Landes- und Gemeindeabgaben. Am auffallendsten ist dieser Unterschied bei der Besteuerung des Wohnungsaufwandes, schon deshalb, weil diese Abgabe ausserhalb Wiens die Basis der mannigfaltigsten Zuschläge ist. So sind z. B. für eine Mittelstandswohnung mit einem Friedenszins von 1.200 Kronen in Wien 42 S jährlich an Mietaufwandsteuer zu entrichten. Die Wohnung mit dem gleichen Friedenszins unterliegt in Wiener Neustadt einer Steuerbelastung in der Höhe von 503'28 S, in St. Pölten von 462'24 S, in Linz 480 S, in Salzburg unter Aussecheidung der 9g-Abgabe für Gemeindeeinrichtungen 336'84 S, in Graz 360 S, in Innsbruck 132 S, in Klagenfurt 300 S. Der Inhaber einer Kleinwohnung, aus Zimmer und Küche bestehend, mit einem Friedenszins von 300 Kronen, hat in Wien an Mietaufwandsteuer 9 S im Jahr, in Wr. Neustadt 83'88 S, in St. Pölten 77'14 S, in Linz 66 S, in Salzburg (wieder unter Aussecheidung der neuen 9g-Abgabe) 42'21 S, in Graz 75 S, in Innsbruck 33 S, in Klagenfurt 30 S zu entrichten.

Aehnliche Unterschiede sind auch bei einer Reihe anderer Steuern festzustellen. So ist die Energieabgabe in vielen österr. Orten wesentlich höher als in Wien. Der Verbrauch von elektrischem Strom unterliegt in Wien einer Abgabe von 4 Prozent des Strompreises. In N. Oesterreich beträgt die Landesabgabe 10 Prozent; daneben sind die Gemeinden auf Grund eines Rahmengesetzes ermächtigt, eine Abgabe in der Höhe von 5 Prozent ein-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

389

zuheben, so dass die Gesamtbelastung 15 Prozent des Strompreises beträgt. In einzelnen Gemeinden ist auf Grund von Sondergesetzen die Gemeindeabgabe noch höher und geht bis zu 30 Prozent des Strompreises. In diesen Fällen hat allerdings das Land Niederösterreich die Landesabgabe auf 5 Prozent eingeschränkt. In Steiermark z. B. liegen die Verhältnisse so: in Graz beträgt die Energieabgabe 15, in Leoben und Knittelfeld sogar 20 Prozent. Der Gasverbrauch unterliegt in Wien einer Abgabe von 1,5 Prozent des Preises. In N. Oe. ist die Belastung eine gleichartige wie beim elektrischen Strom. In Linz und Graz beträgt sie 5 Prozent, in Steyr 15 Prozent, in Klagenfurt sogar 30 Prozent.

Die Ankündigungsabgabe ist in Wien derzeit mit 20 Prozent des Entgeltes festgesetzt. Dagegen ist sie z. B. in Graz 30 Prozent, in den Kärntner Gemeinden jedoch sogar 100 Prozent.

Was die Lustbarkeitsabgabe anlangt, so müssen die Kinos beispielsweise in Linz 30 Prozent, in Innsbruck 32 Prozent des Eintrittspreises bezahlen. In Wien sind gegenwärtig Verhandlungen mit den Kinobesitzern im Gange, die darauf abzielen, an Stelle der perzentuellen Abgabe die Steuerkarte einzuführen. Diese wird bis zu einem Eintrittspreis von 60 Groschen 2 Groschen betragen. Den Höchstsatz soll sie mit 50 Groschen erreichen; dieser Höchstsatz wird aber nur bei den vornehmen grossen Tonkinos zur Anwendung kommen, sofern der Eintrittspreis über 2,70 S beträgt.

Bei Theatervorstellungen, bei denen nach dem neuen Abgabenteilungsgesetz jede Gemeindevertretung berechtigt ist, durch blossen Gemeinderatsbeschluss eine Lustbarkeitsabgabe bis zu 15 Prozent vom Eintrittspreis einzuheben, hat die neue Stadtverwaltung das Ausmass der Lustbarkeitsabgabe auf ein tief daruntergehaltenes Mass herabgesetzt. Das Höchstaussmass der Steuerkarte in den Theatern beträgt 30 Groschen und dies erst bei einem Eintrittspreis von 8 S an.

Ausserdem darf aber auch nicht übersehen werden, dass es in vielen Städten noch andere Steuern gibt, die in Wien überhaupt nicht bestehen. So werden in Linz, Graz und Innsbruck Verzehrungssteuern auf zahlreiche Lebensmittel eingehoben, z. B. auf Fleisch, Wild, Fische, Geflügel, Fett, Käse, Obst, Eier u. a. m. Die Abgabe beträgt in Linz und Innsbruck je nach der Warengattung 1 bis 10 Prozent des Marktpreises, in Graz 1 bis 15 Prozent, in Tirol, Salzburg und Kärnten gibt es eine besondere Abgabe von Getreide und Mehl. Diese Abgabe beträgt in Tirol 3,8 Groschen vom Kilogramm Getreide und 4,5 Groschen vom Kilogramm Mehl; in Salzburg und Kärnten 4 Groschen vom Kilogramm Getreide und 6 Groschen vom Kilogramm Mehl. Zu den Erträgnissen der Betriebe, der zweiten Haupteinnahmequelle Wiens, folgendes:

Es gibt keine Stadt in Oesterreich und nicht nur nicht in Oesterreich, sondern auf der ganzen Welt, in der Wasserleitungswasser unentgeltlich abgegeben wird. In Wien wird ab 1. Jänner 1935 noch immer eine Wassermenge von 15 Liter pro Tag und Kopf der Bevölkerung ohne jede Gegenleistung verabfolgt, wobei zu betonen ist, dass auch in Wien in der Vorkriegszeit und in der Kriegszeit die Einrichtung des Freiwassers völlig unbekannt war. Errechnet man die Belastung, die durch die Reduktion der Freiwassermenge einen Einwohner dieser Stadt trifft, so ergibt sich folgendes Bild: Wenn man annimmt, dass der Verbrauch in einem Haus durchaus gleichbleibend sich verhält, so werden künftighin statt 1.050 Liter bloss 450 Liter bei der Rechnungslegung in Abzug gebracht. Mit anderen Worten gesagt, hat ein Einwohner um 600 Liter pro Monat mehr zu bezahlen. Das sind also, da tausend Liter 30 Groschen kosten, 18 Groschen. Was den Wasserpreis selbst anlangt, so kosten tausend Liter in Wr. Neustadt 40 Groschen, in St. Pölten 65 Groschen und, um andere Städte als früher anzuführen, in Stockerau 65 g

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

390

in Krems 35 g, in den Gemeinden des Triestingtales 87 g. Auch die Müllabfuhrgebühr, die bekannter Weise in Wien mit Wirksamkeit ab 1. September allgemein zur Vorschreibung gebracht wird, hält sich in bescheidenem Ausmass. Nach den bisherigen Erfahrungen, die im Laufe der Zeit vielleicht noch eine gewisse Korrektur nach unten erfahren werden, beträgt gegenwärtig die Coloniagebühr pro Familie im Durchschnitt 1'50 S pro Monat. Die Stadt Graz erhebt eine Coloniagebühr in der Höhe von 2 g pro Friedenskrone, wobei der Hausherr ausserdem die Hälfte des Anschaffungspreises der Kübel, das ist 24 S pro Kübel, aus eigenem zu tragen hat. In Linz hat jede Partei 12 S pro Jahr für die Beistellung der Kübel und ausserdem 16 S für die Abholung, zusammen also 28 S, zu begleichen. In dem unmittelbar vor den Toren Wiens liegenden Klosterneuburg wird die Coloniagebühr auf der Basis von 1'5 g pro Friedenskrone ermittelt. In Salzburg wird für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen, wozu natürlich auch die Hauskehrabfuhr gehört, eine Abgabe von 9 g pro Krone des Friedensmietzinses zur Einhebung gebracht.

Die dritte grosse Gruppe der Einnahmen sind gegenwärtig die Abfuhr der städtischen Unternehmungen. Ursprünglich hatten bloss die Gewista und das Brauhaus ihre Gewinne abzuführen. Die wesentliche Verschlechterung der Finanzlage nötigte aber bereits die frühere Stadtverwaltung im Jahre 1933 von den städtischen Gaswerken einen einmaligen Beitrag in der Höhe von 30 Millionen S zu begehren. Die neue Stadtverwaltung geht von von jenen Erwägungen aus, die seinerzeit Bürgermeister Dr. Lueger zu der Kommunalisierung bewogen haben: einerseits soll durch die Beherrschung der drei grossen Unternehmungen, Gaswerk, Elektrizitätswerk und Strassenbahn, einer leicht zu missbrauchenden privaten Monopolstellung vorgebaut werden, andererseits aber sollen diese Unternehmungen, soweit es ihre wirtschaftliche Kraft verträgt, auch Einnahmen für den Gemeindegeldbeutel bringen. Für das Jahr 1935 sind an solchen Abfuhr 22,255.000 S vorgesehen. Das sind nicht ganz 7'5 Prozent der Gesamteinnahmen. Damit nähert sich die neue Stadtverwaltung den Deckungsgrundsätzen der Vorkriegsjahre. Die Gesamteinnahmen des Jahres 1913 betragen 226,554.660 Kronen, von denen 18,372.300 Kronen von den städtischen Unternehmungen aufgebracht wurden. Damals haben also die städtischen Unternehmungen 8 Prozent der Gesamteinnahmen gedeckt.

Der Referent kommt nun zur Besprechung der Ausgaben und erklärt einleitend, dass, während im Jahre 1930 die Ausgaben ohne Wörtdurchführungen rund 461'8 Millionen S betragen haben, der Rechnungsabschluss 1933 nur mehr ^{Ausgaben} in der Höhe von rund 353'7 Millionen aufweist. Obwohl die Voranschlagsansätze für die Ausgaben im Jahre 1933 bereits unter Bedachtnahme auf die geschwächte Wirtschaftslage der Bevölkerung ermittelt worden waren, mussten dennoch weitere Sparmassnahmen verfügt werden. Vor allem wurde der Personalaufwand beträchtlich verringert und ab Juni 1933 die Ausgaben für den Wohnhausbau auf die Fertigstellung begonnener Bauten eingeschränkt. Der Voranschlag des Jahres 1935 sieht Ausgaben von 287,247.880 S vor, so dass die Ausgabenziffer gegenüber 1930 eine Herabsetzung um 37'8 Prozent erfahren hat.

Um auf einzelne Ausgabengruppen einzugehen, sei folgendes erwähnt: zunächst der Personalaufwand. Er betrug im Jahre 1930 noch 193,290.170 S. Der Rechnungsabschluss 1933 weist bereits nur mehr 166,835.620 S aus. Im Voranschlag 1935 sind hierfür 144,425.630 S vorgesehen. Gegenüber 1930 ergibt sich daher aus diesem Titel eine Verminderung der Ausgaben um 25'3 Prozent.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

397

Zun Personalaufwand für das Jahr 1935 sei noch insbesondere auf die ^{der Kosten} Verbilligung/der Stadtvertretung hingewiesen. Während der Rechnungsabschluss 1933 für die gewählten Funktionäre noch Ausgaben in der Höhe von insgesamt 786.830 S erforderte, sieht der Voranschlag 1935 lediglich Ausgabe von 349.400 S vor. Die Neugestaltung der Stadtvertretung bedeutet daher eine Ersparung von rund 440.000 S.

Von dem Gesamtpersonalaufwand per 144.425.630 S entfallen rund 100 Millionen S auf Aktivitätsbezüge, 41'3 Millionen S auf den Pensionsaufwand, der Rest auf Pensionslasten, welche die Stadt Wien auf Grund des Trennungsgesetzes vom Jahre 1921 zu tragen hat. Beim Magistrat belaufen sich die Aktivitätsbezüge auf rund 68'3 Millionen S, die Ruhe- und Versorgungsgenüsse auf 20'7 Millionen S, das sind rund 34'7 Prozent der reinen Hauptbezüge. Der Personalaufwand des gesamten Schulwesens beläuft sich auf 51'2 Millionen S. Rund 31 Millionen S entfallen auf Aktivbezüge, während die Ruhe- und Versorgungsgenüsse einschliesslich der aus den Fondseinnahmen bestrittenen Pensionen rund 20 Millionen S betragen. Die Pensionsbezüge betragen daher rund 66'9 Prozent der reinen Hauptbezüge des im Schulwesen verwendeten Personals. Der Personalaufwand des Kontrollamtes ist für 1935 mit insgesamt 322.000 S vorgesehen, während im Jahre 1933 noch 432.000 S erforderlich waren.

Auf das Wohlfahrtswesen entfielen im Jahre 1930 noch 118.961.330 S. Im Rechnungsabschluss 1933 liefen 103.332.000 S auf, das sind 27'1 Prozent der Gesamtausgaben. Im Voranschlag 1935 ist für diesen Zweck eine Ausgabe von 106.800.000 S vorgesehen, das sind 34 Prozent der laufenden Ausgaben. Die Steigerung gegenüber 1933 erklärt sich unter anderem aus der stärkeren Inanspruchnahme der offenen Fürsorge. So zeigt allein der Ansatz des Jahres 1935 für die sogenannten Erhaltungsbeiträge gegenüber der tatsächlich aufgelaufenen Gebühr im Jahre 1933 eine Steigerung um 1.000.000 S. Eine wesentliche Erhöhung gegenüber 1933 zeigt auf Grund der im Juli 1933 getroffenen Abmachungen die Post für die Verpflegskosten in öffentlichen Krankenanstalten. Während im Jahre 1933 hierfür noch mit nicht ganz 5.000.000 S das Auslangen gefunden wurde, obwohl diese Ziffer gegenüber dem Präliminare schon eine Verdoppelung gebracht hatte, zeigt der Voranschlag 1935 für diesen Zweck ein Erfordernis von 8'3 Millionen S. Von den Gesamtausgaben entfielen im Jahre 1933 auf unmittelbare und mittelbare Zuwendungen (Aushilfen, Erhaltungsbeiträge, Beiträge zur Arbeitslosenfürsorge und zum Kleinrentnerfonds, Förderung von Hilfsaktionen u. a. m.) 42.640.150 S, das sind 41'3 Prozent; von der Voranschlagsziffer sollen diesen Zwecken 45.025.300 S das sind 42'2 Prozent dienen. 30.002.570 S oder 29 Prozent des Jahres 1933 entfielen auf Sachausgaben (Anstaltspflege, Schülernausspeisung, Kindergärten, Gesundheitsfürsorge, Friedhöfe u. a. m.). Von den Voranschlagsziffern 1935 sind hierfür 33.627.060 S oder 31'5 Prozent vorgesehen. Auf den Personalaufwand entfielen im Jahre 1933 30.689.280 S oder 29'7 Prozent, für 1935 sind 28.167.340 S oder 26'3 Prozent vorgesehen. Die Anstaltspflege beanspruchte ohne Verpflegkosteneinhebungsdienst im Jahre 1933 38.984.150 S, für 1935 sind 41.169.890 S vorgesehen. Auf die eigenen Anstalten entfielen hievon im Jahre 1933 31.236.730 S, im Jahre 1935 sollen es 29.695.490 S sein. Für die Führung der Kindergärten und Horte wurden im Jahre 1933 5.115.350 S aufgewendet, 1935 sollen hierfür 4.388.900 S verausgabt werden. Die Schülernausspeisung hat im Jahre 1933 1.607.310 S erfordert. Wenn für 1935 bloss 1.394.300 S eingesetzt sind, so ist dies auf eine in der Zwischenzeit eingetretene Verbilligung der Portionenpreise zurückzuführen. Zur Förderung von Hilfsaktionen (Winterhilfe, Jugend in Not, Jugend in Arbeit, Aktion Lehrlinge aufs Land, Wifug) wurden im Jahre 1933 1.570.000 S aufgewendet, 1.810.000 S

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

392

sieht der Voranschlag für das Jahr 1935 einschliesslich eines Beitrages an den österreichischen Verband Familienschutz vor. Als neue im Voranschlag zum erstenmal vorgesehene Aktion ist auf die Betreuung kinderreicher Familien hinzuweisen. Ein eigenes Amt ist geschaffen worden, das durch Beratung und durch Unterstützung aller Art den sonst drohenden Verfall von Familien hintanzuhalten hat. Ein Kredit in der Höhe von 200.000 S steht für diesen Zweck zur Verfügung.

Die nächste, grössere Ausgabengruppe umfasst das Schulwesen. Einschliesslich der Schülerspeisung, der Schulhygiene und dergleichen wurden im Jahre 1933 hiefür 69,773.930 S, das sind 18'3 Prozent der Gesamtausgaben in Anspruch genommen. Im Jahre 1930 betrug diese Ausgabe 84,164.410 S, das sind 16 Prozent. Der Voranschlag rechnet mit 59,151.960 S, wovon 52,233.630 S auf das Personal und 6,918.330 S auf den Sachaufwand entfallen. Mit diesen Ziffern nimmt das Schulwesen 18'8 Prozent aller Ausgaben überhaupt in Anspruch. Für den Schulbau im 13. Bezirk, Veitingergasse, ist noch eine Restzahlung von 320.000 S erforderlich. Für Lernmittel, die nicht mehr allgemein, sondern bloss an die Kinder minderbemittelter Eltern unentgeltlich abgegeben werden, sind im Voranschlag 1935 520.000 S präliminiert. Im Jahr 1933, in dem die Lernmittel noch ganz allgemein zur unentgeltlichen Verteilung gelangten, ist für diesen Zweck ein Aufwand von 841.150 S erfolgt.

In früheren Jahren war die gesamte Haushaltungsführung geradezu charakterisiert durch die Aufwendungen für den Wohnhausbau. Die immer schwierigere Finanzlage hat allerdings die frühere Verwaltung im Jahre 1933 genötigt, ab 1. Juli 1933 den Wohnhausbau tatsächlich nur mehr auf die Fertigstellung begonnener Wohnhausbauten einzuschränken. Immerhin weist der Rechnungsabschluss 1933 noch Ausgaben in der Höhe von rund 22,000.000 S auf. Die Summe der in früheren Jahren für den Wohnhausbau aufgewendeten Mittel war bedeutend höher. So wurde z. B. 1926 für diesen Zweck allein ein Betrag von 117'25 Millionen S einseitig verausgabt. Der Voranschlag 1935 zeigt die völlig andere Einstellung der neuen Stadtverwaltung. Sie musste nur noch zur Fertigstellung der begonnenen Wohnhausbauten für Restzahlungen den Betrag von 800.000 S vorsehen. Für die Gewinnung von Wohnräumen in vorhandenen Bauten ist ein Betrag von 100.000 S veranschlagt. Für die Durchführung einer neuen Aktion, der Errichtung von sogenannten Familienasylen, die die Wiederaufrichtung von Familien fördern sollen, wurde bereits ein Projekt für die erste Anlage, die 217 solcher Wohnungen umfasst, fertiggestellt und mit deren Bau schon begonnen. Für 1935 sind an Fertigstellungskosten für diese Anlage 600.000 S eingesetzt. Auch die Errichtung von Stadtrandsiedlungen soll fortgesetzt werden. Geplant ist, dass der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds 2'8 Millionen S als Darlehen zur Verfügung stellt und die Stadt Wien selbst hiezu Kosten in der Höhe von 385.500 S aufwendet. Die Erhöhung der Post für Kleingartenförderung - es werden rund 100.000 S präliminiert - erklärt sich daraus, dass die Kleingartenstelle als Neuerung auch die Planung und Beratung bei Einrichtung und Haltung von Notstandsgärten besorgt.

Die technischen Verwaltungszweige, wie Strassenpflege und Müllabfuhr, Gartenwesen, Bäder, Strassenerhaltung und Strassenbau, Brücken und Wasserbauten, Wasserversorgungsbetrieb us. w. beanspruchten exklusive der zentralen Beschaffungsstellen im Jahre 1933 insgesamt 42,344.530 S. Für 1935 sind 42,715.980 S vorgesehen. Verstärkt werden die Leistungen, die das Stadtbauamt im Jahre 1935 zu erbringen haben wird, noch durch die Vorsorgen, dass das Sofortprogramm trifft. Sind doch für die Anlage der Höhenstrasse für

1935 ein weiterer Betrag von 4'3 Millionen S, für die neuzeitliche Ausgestaltung wichtiger Strassenzüge 13 Millionen S, für den Neubau der Rotundenbrücke 2'5 Millionen S, für die Ausgestaltung der Wasserleitungsanlagen 2,660.000 S, für die Anschaffungen des Fuhrwerksbetriebes 430.000 S und für die Verbesserungen der öffentlichen Strassenbeleuchtung 50.000 S, zusammen also 22,940.000 S vorgesehen.

Das Approvisionierungswesen erforderte im Jahre 1933 10,570.230 S bei Einnahmen von 10,265.530 S; für 1935 ist ein Aufwand von 9'5 Millionen S und ein Erträgnis von 10'6 Millionen S angenommen. Im Rechnungsabschluss des Jahres 1933 wurde im Gegensatz zu früheren Jahren erstmalig der sich ergebende Abgang der Lagerhäuser von rund 500.000 S nicht mehr auf neue Rechnung übertragen; beibehalten wurde damals allerdings noch die Verzinsungspflicht. Der Voranschlag 1935 bringt auch hier eine Neuerung. Die durchführungsweise Anlastung von Zinsen wurde aufgelassen und dadurch den Lagerhäusern, die ja in ihrer Tarifpolitik durch die zwischenstaatlichen Verhandlungen sehr beschränkt und durch die Konkurrenz der Nachbarstaaten sowie durch die Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen sind, die Möglichkeit gegeben, ein fast aktives Budget zu erstellen. Im Zusammenhang mit dem Approvisionierungswesen sei auf die allgemeine Einführung der Trichinenschau verwiesen, für die erstmalig im Budget für das Jahr 1935 ein Betrag von 100.000 S vorgesorgt wurde.

Für Kunstförderung wurde im Jahre 1933 insgesamt ein Betrag von 60.000 S aufgewendet. Auch hier soll der Voranschlag 1935 eine erweiterte Betätigung ermöglichen. Der Ansatz für 1935 wurde mit 100.000 S festgelegt. Nach wie vor ist es das Bestreben der Stadtverwaltung, die Schlagfertigkeit der Feuerwehr auf höchster Stufe zu erhalten. Im Jahre 1933 wurden hierfür 621.000 S an rein technischen Sachausgaben aufgewendet; da im Jahre 1935 von dem Bau neuer Geräte und von dem Ankauf von Ausrüstungsgegenständen abgesehen werden kann, dürfte mit 562.000 S das Auslangen gefunden werden.

Es erübrigt schliesslich noch, einiges über den Anlehensdienst zu sagen. Das Gesamtnominale der in den Jahren 1874 bis einschliesslich 1922 aufgenommenen und seither zur Gänze zur Rückzahlung fällig gewordenen Anlehen belief sich auf 1,624 000.000 Kronen und 125 Millionen Mark. Gegenwärtig haften alle diese Anleihen noch mit einem Betrag von rund 51.100 S aus. Das Nominale der heute noch laufenden Anleihen, deren älteste die Anleihe vom Jahre 1917 ist, beläuft sich auf zusammen 343,465.719 S. Dabei ist inbegriffen der bis 31. Dezember d. J. aufgenommene Ueberbrückungskredit; vernachlässigt wird allerdings der zur Deckung des Sofortprogrammes beschlossene Hypothekarkredit. Der Verschuldungs-Koeffizient Wiens muss als äusserst geringfügig bezeichnet werden. Dies drückt sich auch in den nettomässigen Aufwendungen für den Anlehensdienst aus. Wenn der Rechnungsabschluss des Jahres 1933 sogar eine Nettoeinnahme aufweist, so beruht dies darauf, dass Beiträge der städtischen Unternehmungen, zu denen diese auf Grund ihrer seinerzeitigen Beteiligung an dem Anlehenserlös verhalten wurden, zunächst nur in der durchlaufenden Verrechnung festgehalten wurden und erst im Jahre 1933 zur definitiven Verrechnung gelangten. Scheidet man diese Beträge in der Höhe von mehr als 3 Millionen S aus, so ergibt sich für den Rechnungsabschluss 1933 ein Nettoaufwand von 1,201.244 S. Das bedeutet insgesamt 0'34 Prozent der kassemässig wirksamen Ausgaben. Unter Berücksichtigung des Dienstes des Ueberbrückungskredites und des für die Teilausführung des Sofortprogrammes vorgesehenen Hypothekarkredites beträgt das nettomässige Gesamterfordernis im Voranschlag 1935 rund 14'5 Millionen S,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

394

das sind 4,62 Prozent der veranschlagten Gesamtausgaben.

Senatsrat Neumayer beschäftigt sich dann noch mit der Investitionstätigkeit. Der für das Jahr 1933 zusammengestellte Ausweis zeigt, dass für wertvermehrende bauliche und sonstige Herstellungen und Inventaranschaffungen in diesem Jahr 35,248.540 Schilling aufgewendet wurden. Bescheiden muss dagegen die Investitionstätigkeit anmuten, die die laufende Gebarung des Jahres 1935 ermöglicht. Der diesbezügliche Ausweis enthält eine Aufwendung von rund 5 Millionen S. Hier wird die Notwendigkeit des zusätzlichen Sofortprogrammes mit aller Deutlichkeit offenbar. Unter Hinzurechnung der für 1935 vorgesehenen Ausgabeziffern aus dem ausserordentlichen Investitionsprogramm ergibt sich eine Gesamtaufwendung von mehr als 39 Millionen S, also fast um 4 Millionen S mehr, als die frühere Stadtverwaltung trotz dem Wohnbauprogramm im Verwaltungsjahr 1933 der Wirtschaft zugeführt hat. Dabei muss aber neben der Vielseitigkeit des Programmes auch noch beachtet werden, dass die Dotierung des Assanierungsfonds noch beträchtliche private Mittel in Bewegung bringt.

Dazu kommt noch eine Fülle weiterer arbeitsschaffender Ausgaben im Zuge der laufenden Verwaltung. Hier sei auf die Kosten der Gebäude- und Mobilienerhaltung, die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und Materialien, die Löhne der Schneearbeiter, die laufenden Erhaltungsausgaben der technischen Betriebe und vieles andere hingewiesen. Rund 32,5 Millionen S sind für solche Ausgaben im Voranschlag 1935 enthalten.

Alle diese Beträge zusammengerechnet ergeben Ausgaben von 71,5 Millionen S, die allein aus der Stadtkasse zur Belebung der Wirtschaft, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stehen, ein Betrag, der zweifellos geeignet erscheint, wenn schon nicht eine vollständige Beseitigung, so doch eine gewisse Erleichterung der Wirtschafts- und Arbeitskrise herbeizuführen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

395

Wien, am.....

Nach dem Bericht des Finanzreferenten Senatsrat Dr. Neumayer
brach Vizebgm. Lehr die Verhandlungen abmit dem Bemerken, dass sie morgen,
Donnerstag, fortgeführt werden.

Hierauf begann nach einer kurzen Pause eine nichtöffent-
liche Sitzung der Wiener Bürgerschaft.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

396

Wien, am 19. Dezember 1934.

Der Josefstisch speist aus.

Die Wiener Kommunalredakteure besichtigten heute eine Reihe von Küchen und Abgabestellen der Josefstische.

Die Aktion "Josefstische", die auf Anregung der Frau Bürgermeisterin Josefine Schmitz ins Leben gerufen wurde, ist eine zusätzliche Aktion zur Wiener Winterhilfe und hat den Zweck, überall dort helfend einzugreifen, wo die öffentlichen Massnahmen nicht ausreichen; so kommt diese Aktion naturgemäss vor allem den kinderreichen Familien zugute.

Die Eintopfgerichte werden nach eigenen Rezepten hergestellt, wobei besonders darauf geachtet wird, dass trotz des geringen Volumens ein Höchstmass an Nährgehalt erreicht wird. Die Abgabe der Speisen erfolgt gegen Vorweisung von Speiseblocks, die in den Pfarren 14tägig ausgegeben werden. Aus sozialethischen Gründen wird in der Regel die Entrichtung eines Spesenbeitrages von 10 Groschen pro Portion verlangt.

Die Mittel werden durch Spenden und Erlöse von Veranstaltungen, Strassen- und Haussammlung aufgebracht. Um den Umfang der Josefstische anzudeuten, sei erwähnt, dass sich in Wien derzeit 53 Küchen und Abgabestellen befinden, in denen augenblicklich 14.000 Portionen pro Tag verteilt werden, eine Zahl, die sich im Laufe der nächsten Tage auf 20.000 steigern dürfte. Leider halten die Eingänge an Spenden mit der steigenden Zahl der Ansuchen von Bedürftigen nicht Schritt, obgleich zu erwarten ist, dass mit der zunehmenden Strenge des Winters auch die Zahl der Anmeldungen zum Josefstisch eine bedeutende Steigerung erfahren wird. Geldspenden sind daher auf das Konto A 9244 des Bankhauses Schellhammer & Schattera, Naturalspenden an die Wirtschaftszentrale im Neuen Rathaus (Rathausverwaltung) erbeten.

Die Aktion Josefstische ist nunmehr bezirksweise organisiert; die Leitung in den Bezirken haben die Bezirksvorsteher, die im Verein mit den Pfarrern die Aktion durchführen. Die Gesamtleitung führt das Caritas-Institut der Erzdiözese Wien.

Der städtische Kassen- und Rechnungsdienst von Weihnachten zu Neujahr.

Der Rechnungs- und Kassendienst der Bezirkshauptmannschaften und die Rechnungsabteilung II c bleiben wie alljährlich vom 24. bis einschliesslich 31. Dezember für den Parteienverkehr geschlossen, weil in dieser Zeit die Konten abgeschlossen werden. Für die Erledigung unabweislicher Fälle sowie für die Ausgabe von Postsparkassenerlagsscheinen wird während der allgemeinen Amtsstunden Vorsorge getroffen, so dass die Möglichkeit der Einzahlung von Abgaben keine Beschränkung erfährt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweite Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

397

Wien, am 19. Dezember 1934

Der Bürgermeister bei den Hernalsern.

Am vergangenen Sonntag veranstalteten die Hernalser katholischen Vereine und Organisationen für Bürgermeister Richard Schmitz im Klemens Hofbauer-Saal eine Huldigungsfeier, die einen überaus imposanten Verlauf nahm. Obwohl der grosse Saal von etwa 600 Personen besetzt war, waren auch die Gänge und das Stiegenhaus dicht gefüllt. Trotz des Regenwetters hatten sich auch auf der Strasse zahlreiche Hernalser versammelt, die den Bürgermeister stürmisch begrüßten.

Der Bürgermeister wurde am Tor von Rektor Wirth und Bezirksvorsteher Riedl ^{empfangen} und, flankiert von 10 Mann der städtischen Berufsfeuerwehr, die seit Jahren Mitglieder der christlichen Gewerkschaft sind, und 6 Mann des Frontsoldatenregiments der OSS., in den Saal geleitet. Eine Festfanfare von Schmetterer, vorgetragen vom Bläserchor Pflieger, leitete die Feier ein. Der Kirchenchor der Hernalser Redemptoristen entbot dem Bürgermeister, "dem echten Wiener Bürgermeister", wie es im Text heisst, den Willkomm, der von Bruno Hampl verfasst und von Karl Schmetterer vertont ist. Dann hiess P. Rektor Wirth den "irdischen Schirmherrn unserer Stadt" herzlich willkommen. Die Einleitung zum Höhepunkt der Feier, zur Rede des Bürgermeisters, bildete der grosse Sprechchor "Die Glocke von Wien", den der Verfasser Bruno Hampl dem Bürgermeister gewidmet hatte und der vom Katholischen Mädchenbund "Frohgemüt", der sich durch seine Sprechtechnik schon des besten Rufes erfreut, meisterhaft vorgetragen wurde. In diesem grossangelegten Chor wird die Geschichte der Stadt Wien in ihren markantesten Begebenheiten geschildert. Sprache und eingestreute Motive aus der Geschichte der Wiener Musik, die Untermalung der Kriegsszenen und der Notzeiten mit Paukenschlägen zeigen ganz neue Wege der Sprechchor-technik und Wirkungsmöglichkeit auf.

Nach diesem eindrucksvollen Vortrag ergriff Bürgermeister Schmitz, stürmisch bejubelt, das Wort. Er knüpfte an die begeisterten Worte des Chores an, der die Liebe des Wieners zu seiner Vaterstadt ausdrückt und in der Feststellung des christlichen Charakters unserer Stadt endet. Der Bürgermeister sagte unter anderem: "Wenn ich nach einer kürzeren oder längeren Reise in meine Vaterstadt zurückkomme und am Horizont des Stephansturm sehe, dann wird mir immer ganz eigentümlich zu Mute. Und so wie mir ergeht es ganz sicher jedem Wiener. Der Wiener liebt diese Stadt und ihre Eigenart und Schönheit und deshalb hat es uns allen so weh getan, dass in den letzten Jahren Wien sein Wesen zu verlieren in Gefahr kam. Deshalb aber freuen wir uns auch aus ganzem Herzen, dass Wien jetzt durch unsere gemeinsame Arbeit sein echtes schönes Gesicht wieder bekommt. Freilich gibt es in dieser Stadt noch genug Not und Kummer. Ich habe es als meine vornehmste Aufgabe betrachtet, nach besten Kräften überall zu helfen und zu verbessern. Dass dies nicht immer leicht ist, mögen Sie daraus ersehen, dass bei mir bis jetzt 44.000 Anstellungsgesuche eingelangt sind. Um alle diese Bewerber unterzubringen, müsste man vorher fast alle städtischen Beamten, Arbeiter und Lehrer abbauen. Trotzdem aber will ich helfen, wo es geht, und erst heute wieder habe ich die Anstellung zahlreicher Junglehrer und Junglehrerinnen verfügt. Allerdings müssen auch jene, die das Glück haben, im städtischen Dienst eine sichere Stelle gefunden zu haben, so wie die Bundesangestellten die christlichen Prinzipien achten.

Es bedrückt mich als Bürgermeister, der das Familienideal hochhält, zu wissen, dass in dieser Stadt noch immer einige hundert Familien obdachlos sind. Manche davon allerdings aus eigener Schuld. Ich gehe aber daran, hier gründlich Abhilfe zu schaffen und hoffe, dass in einem Jahr es in Wien

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

keine Familie mehr geben wird, die obdachlos ist, es sei denn aus eigener Schuld.

Wir alle, die wir selbst aus den ärmeren Schichten des Volkes stammen und eine Stellung im öffentlichen Leben uns errungen haben, heissen den ehrlichen Arbeiter, der am Aufbau unseres Landes mitwirken will, der so wie wir diese Stadt ehrlich liebt, in unseren Reihen willkommen. Willkommen, wer zu uns findet, wer sich zum christlichen Gedanken bekennt und für die Erhaltung der Unabhängigkeit unseres Vaterlandes mitarbeiten will. Wir wollen alles Trennende und allen Kampf, der uns entzweite, vergessen und für das Wohl unserer lieben Stadt Wien zusammenarbeiten und so mitwirken an dem Aufbau der glücklichen Zukunft unseres schönen Vaterlandes Oesterreich

Begeisterter und anhaltender Jubel folgte den Ausführungen des Bürgermeisters. Nun sprach Bezirksführer May vom Reichsbund das Treuegelöbnis der Katholischen Jugend und eine Kindergruppe drückte in künstlerischem Tanz nach den Klängen des Ave Maria von Gounod ihre Opferbereitschaft aus. Nach dem Versprechen der St. Georgspfadfinder stimmten die Anwesenden die Bundeshymne an.

Zur Huldigung für den Bürgermeister hatten sich unter anderem eingefunden Bezirkshauptmann Dr. Baumer, Bezirksvorsteher Redl, Stadthauptmann Hofrat v. Bäumen, Magistratsrat Dr. Breunlich, Kanonikus Rössler, die Pfarrer Bauer und Spitzl O.S.B., der Bezirksführer des F.S. Reg. d. 8. Stabswachtmeister Turbinsky, Kompagniekommandant Leutnant Richter, der Personalreferent der städtischen Berufsfeuerwehr und der Bezirksführer der 8. für den 9. Bezirk Walters.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

398

Dritte Ausgabe.

Wien, am 19. Dezember 1934.

WIENER BÜRGERSCHAFT

Sitzung vom 19. Dezember 1934.

Die Wiener Bürgerschaft hielt heute eine beschlussfassende Sitzung ab, in der 8 Gesetzesvorlagen, die bereits gestern in einer nicht-öffentlichen Sitzung verhandelt und begutachtet worden sind, beschlossen wurden. Es handelt sich um die Vorlagen betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Bauordnung und betreffend Befreiung von Anliegerbeiträgen. Referent war Obersenatsrat Dr. Horneck, der ausführte, dass beide Vorlagen der Förderung der privaten Wohnbautätigkeit dienen. Die Befreiung von Anliegerbeiträgen erstreckt sich auf solche Bauwerber, die einen Neubau mit Klein- und Mittelwohnungen aufzuführen. Ferner sieht die Vorlage vor, dass die Anliegerbeiträge gestrichen werden sollen, wenn die Aufschliessung eines im öffentlichen Interesse liegenden Baublocks erfolgt und der Bauherr die Eröffnung einer Strasse beantragt, während er sonst die Kosten einer Privatstrasse zur Gänze zu tragen hätte. Die Abänderung der Bauordnung besteht darin, dass die bisher aus 11 Mitgliedern zusammengesetzte Bauoberbehörde nunmehr aus 7 Mitgliedern mit dem Bürgermeister an der Spitze gebildet werden soll. Sie soll paritätisch aus Berufsbeamten des Magistrates und nicht-beamteten Fachleuten bestehen. Die drei Nichtbeamten sollen Baufachmänner sein, die der Bürgermeister beruft.

Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil referierte über die Vorlage betreffend Abänderung von Vorschriften über den Wiener Hausreparaturfonds. Die Frist zur Durchführung der Arbeiten ist von Ende November d. J. bis Ende Jänner 1935 erstreckt worden, um das günstige Wetter ausnützend, notwendige Hausreparaturarbeiten zu ermöglichen.

Senatsrat Dr. Neumayer berichtete sodann über die Vorlage betreffend die zeitliche Befreiung von der Mietaufwandsteuer aus dem Titel der Bauführung. Während früher die Befreiung von der Wohnbausteuer nur für private Neubauten und für ein Jahr zulässig war, wurde die bisherige Bedingung, dass die Bauten lediglich aus Privatmitteln aufgeführt werden, fallengelassen; auch gilt von nun an die Befreiung nicht für ein Jahr, sondern bis Ende 1938, das sind 4 Jahre.

Obermagistratsrat Dr. Schindler referierte sodann über die Vorlagen betreffend die Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen der allgemeinen Dienstordnung für die Angestellten der Stadt Wien, über die Abänderung des Lehrerdienstgesetzes, über die Abänderung der Bestimmungen betreffend die Aufnahme von Lehrpersonen zur aushilfsweisen Verwendung an öffentlichen Schulen in Wien und über die Verringerung der Zahl der Lehrpersonen an öffentlichen Volks- und Hauptschulen.

Alle Vorlagen wurden unverändert angenommen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

399

IV. Ausgabe

Wien, am 19. Dezember 1934.

BUDGETBERICHT

Sitzung vom 19. Dezember 1934.

Nach Beendigung der beschlussfassenden Sitzung setzte die Wiener Bürgerschaft unter Vorsitz des Vizebürgermeisters Lahr die Budgetberatungen fort.

Als erster Redner ergriff Rat Uebelhör das Wort und wies darauf hin, dass die hervorstechendste Eigenschaft der früheren Verwaltung **das Bestreben nach** Enteignung war. Dies drückte sich in den Abgaben deutlich aus. Für die heutige Verwaltung bildet die Grundlage der christliche Ständestaat. Sie kennt keine Verneinung des Privateigentumes und was sie bisher getan hat, zeigt, dass man auf dem rechten Wege geht. Man hat eine Reihe von wahnsinnigen Abgaben aufgehoben, eine Reihe anderer ermässigt. Man darf wohl bei dieser Gelegenheit auch der Hoffnung Ausdruck geben, dass die Stellung der Gemeinde Wien im Abgabenteilungsgesetz ^{künftig} eine günstige sein wird, dass unter diesem Titel ihre Einnahmen nicht ^{mehr} verkürzt werden. Der Redner gab seiner Befriedigung Ausdruck, dass die jetzige Gemeindeverwaltung es ablehnt, aus öffentlichen Mitteln Wohnhausbauten zu errichten und begrüsst die Förderung der privaten Bautätigkeit. Die Industrie erhoffe sich eine weitere Förderung der Interessen, die Vertreter der Industrie haben zu der heutigen Verwaltung von Wien volles Vertrauen und aus diesem Grunde werden wir dem Voranschlag und dem Rechnungsabschluss zustimmen.

Rat Frau Dr. Alma Motzko verweist auf die Verringerung der Einnahmen der Stadt seit 1930, der eine wachsende Not der Wiener Bevölkerung ausgedrückt in den Arbeitslosenziffern, und eine wachsende Not der Familie gegenübersteht. Während für 1930 die Gemeinde für Kinder die bei den Eltern leben in etwa 16.700 Fällen Pflege und Dauerfürsorgebeiträge geleistet hat, gab es im Frühjahr 1934 über 38.000 solche Kinder. Rednerin bringt die Tatsache zur Sprache, dass die Gemeinde infolge der Trennung Wiens von Niederösterreich an das Land ~~Niederösterreich~~ einen Betrag von 31 Millionen Schilling zu zahlen hat. Da ^{sich} das Verhältnis zwischen Wien und den anderen Ländern infolge der Neuordnung geändert hat, ist es wohl begründet, dass die Verpflichtung der Stadt Wien einer Revision unterzogen werde. Im Haushaltausschuss wurde der Beschluss gefasst, mit dem Land Niederösterreich Verhandlungen zur Herbeiführung einer ^{Herabsetzung dieser Lasten} einzuleiten.

Zur Einschränkung der Ausgaben für das Personalwesen hat die Stadtverwaltung gangbare Wege ergriffen. Ein Weg wäre allerdings nicht mehr gangbar und das wäre eine allgemeine Lohn- oder Gehaltskürzung. Der von der Stadtverwaltung beschrittene Weg, ^{unangemessene} reife Angestellte aus dem aktiven Dienst auszuschneiden, ist, wenn dies auch sehr schmerzlich ist, unabweislich und gerecht, um den jungen Menschen eine Existenz zu ermöglichen. In wenigen Fällen könnten im Interesse des Dienstes Ausnahmen statuiert werden.

Rednerin befasst sich sodann mit der Frage des Doppelverdienertum, richtiger Ueberverdienertums. Der Grundsatz, die materiell versorgte Frau der Familie zurückzugeben, ist gut und richtig, er muss nur mit den gerechten Mitteln durchgeführt werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

Die Verfügungen über Ueberschneidertum müssten auch für solche Fälle Geltung haben, in denen mehrere, sehr hohe Einkünfte in einer Hand vereinigt sind (Zustimmung). Ferner sollten Personen, die z. B. in einem Privatgeschäft eine ausreichende Existenz auch für ihre Familie innehaben, keinen öffentlichen Dienst übernehmen (Zustimmung).

Rednerin anerkennt, dass gerade die Stadt Wien sich auf diesem Gebiete von jedem Radikalismus ferngehalten und keinen Zwangsabbau durchgeführt hat und dass sie solche Berufszweige, die sich als spezielle Frauenberufe erweisen, als Frauenberufe wirklich schützt und erhält, wie z. B. Fürsorgefrauen, Lehrerinnen in Mädchenschulen und Kinderärztinnen. Unter den Junglehrern wurden auch Frauen aufgenommen.

Das städtische Wohlfahrtswesen ^{hat} sich von der früheren Tendenz überspitzten Kommunalisierung und übertriebenen Bürokratismus abgekehrt.

Während die frühere Stadtverwaltung insbesondere gegen die konfessionelle Fürsorge und besonders gegen die Caritas ausgesprochen feindselig eingestellt war, hat die neue Stadtverwaltung die freiwillige Fürsorge aller Richtungen zur Mitarbeit eingeladen und herangezogen; das bedeutet Ersparungen im gesunden Sinne, nämlich keine Verringerung der Leistungen, dafür aber bessere Organisation und Rationalisierung der Mittel. Damit das neueingeführte Fürsorgebuch ein gutes technisches Werkzeug der Fürsorge sein soll, müssen alle Fürsorgeorganisationen bereit sein, dieses Buch zu benutzen und eine Hilfe nur dann leisten, wenn sie es in das Buch eintragen können.

Rednerin wendet sich gegen die vielfach auswuchernden Hilfs- und Sammelaktionen, die verschiedentlich durch Nichtwürdige missbraucht werden und richtet an die Stadtverwaltung die Bitte, dass die Kompetenzen der Stadt Wien in Fürsorgesachen gewahrt bleiben sollen.

Alle diese Hilfsaktionen sollen in Fühlungnahme mit der Stadt Wien sein, Ordnungs- und Kontrollgewalt soll tatsächlich ausgeübt werden.

Rat Ing. Herrmann begrüsst die Vorsorge im Budget für eine Arbeitsbeschaffung und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, dass die Bürgerschaft auch für eine Erweiterung dieser Arbeitsbeschaffung eintreten werde. In Zeiten wirtschaftlicher Not bedeute jede Massnahme zu ihrer Linderung eine hervirragende patriotische Tat. Dafür müsse die Bürgerschaft eintreten, denn die Bevölkerung erwarte von ihr Taten und Redner hoffe und glaube, dass die Bürgerschaft diese Erwartung nicht enttäuschen werde.

Rat Kastl als Sprecher für die Kulturgemeinschaften der katholischen Kirche zitiert den an der Spitze der Stadtordnung stehenden Satz, wonach die Bürgerschaft berufen ist, die Ehre, das Ansehen, den christlichen Geist der Stadt Wien zu wahren, der allgemeinen Wohlfahrt zu dienen und die Interessen der Stadt zu schützen. Dieser Satz sei noch lange nicht das Entscheidende, es komme darauf an, dass er Lebendigkeit und Wirklichkeit werde. An die Worte des verewigten Bundeskanzlers Dr. Dollfuß über den Neuaufbau Oesterreichs erinnernd, bemerkt der Redner, für die nächste Zukunft hänge alles davon ab, ob es uns gelingen werde, nicht nur das Gleichgewicht im Haushalt Wiens zu erhalten, sondern auch den Geist des sozialen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Verständnisses in allen Kreisen der Bevölkerung zu vertiefen und dem Geist der christlichen Nächstenliebe zum Durchbruch zu verhelfen. Die Person des Bürgermeisters Schmitz, dessen Wirken schon so unendlich viel zu danken ist, erfülle alle mit grosser Zuversicht, dass es gelingen werde, diesen Geist im Volke fest zu verankern. Auf den Voranschlag zu sprechen kommend, bemerkt Redner, dass die Summe von 150 Millionen S die für Arbeitsbeschaffung vorgesehen ist unserer Stadt eine Aufwärtsentwicklung ermöglicht. Elend und Not werden gelindert werden können. Die Bürgerschaft hoffe, dass es mit Hilfe des Bundes gelingen werde, die Lage der Stadt in dieser Hinsicht zu erleichtern. Wenn Oesterreich wieder gesunden soll, müsse sein Herz Wien vor allem wieder gesunden.

Redner begrüsst insbesondere die Aktion Jugend in Not und weist darauf, dass im vergangenen Sommer 100 Tagesheimstätten geschaffen wurden, wo sich bis zu 8.000 Jugendliche versammeln konnten. Für viele waren Suppe und Brot, die sie dort erhielten, die einzige Nahrung. Von 30.000 Lehrlingen Wiens können heute 5000 keinen Lehrplatz finden. Man müsse mithelfen, diesem schweren Uebelstand im Interesse der Zukunft abzuwehren oder doch Erleichterung zu schaffen. Redner bittet den Bürgermeister dieses Problem durch die kompetenten Faktoren einer Lösung zuzuführen.

Frau Rat Wolfring dankt als Vertreterin für die Gruppe Familie und Erziehung dem Bürgermeister, dass er im Budget der Stadt Wien eine so familienfreundliche Haltung eingenommen hat. Die Schaffung des Familienamts ist keine Vermehrung der bestehenden Fürsorgeeinrichtungen, es wurde geschaffen um die Grundlagen zu studieren und um der Familie wieder einen gesunden Nährboden zu schaffen. Eine Grundlage die Wien als Bundeshauptstadt schaffen muss um die Urzelle des Staates zu erhalten. Der Begriff der Familie hätte nicht mehr jene Heiligkeit im Volke, die ihm zukommen muss. Wien ist die geburtenärmste Stadt von Europa. Eine Vergreisung ist eingetreten, die katastrophal ist. Zur Familienförderung gehört auch das Programm der Arbeitsbeschaffung. Es ist anzustreben, dass jeder Mann so viel verdient, dass er eine Familie erhalten kann.

Rednerin möchte aber feststellen, dass gerade jene Bezirke die kinderärmsten sind, wo die wirtschaftlich stärksten Kreise leben. Es muss also auch eine geistige Umstellung eintreten, die kommen wird durch das Beispiel von oben und Betonung einer familienfreundlichen Politik. Es muss ein Familienwohlfahrtsgesetz geschaffen werden. Besonders sei dem Bürgermeister zu danken, dass er eine Vereinfachung der Fürsorge durch Zusammenlegung der Fürsorgeämter mit den Jugendämtern angekündigt hat. Die Erziehung zum Elternberuf ist eine dringende Notwendigkeit, der Schutz der werdenden Mutter in materieller und geistiger Beziehung eine Forderung der Zeit. An die Seite der Fürsorge soll die Vorsorge treten.

Rat Dr. Strobl nimmt zu einigen Problemen Stellung. Die Stellung der Wiener Bürgerschaft ist im gegenwärtigen Stadium eine ziemlich schwierige. Leben wir doch nicht nur in der Zeit des Umbruchs der Verfassung, sondern es müssen auch die wirtschaftlichen Vertretungen neu organisiert werden. Handelt es sich doch darum, in ruhiger sachlicher Arbeit Wien als wirtschaftliche Metropole zu erhalten. Redner gibt der Meinung Ausdruck, dass der Staat in der jetzigen Zeit einen gewissen Einfluss auf die Entwicklung des Wirtschaftslebens nehmen muss, dass es aber wünschenswert wäre, wenn dieser Einfluss mit der allmählichen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sich möglichst gering gestalte. Das Wort Arbeitsbeschaffung bildet

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

4. Blatt

Wien, am

sicherlich das Hauptproblem. Redner halte es aber für bedenklich, auf diesem Gebiete in eine extreme Richtung zu verfallen. Es sei seine Meinung, dass die bestehenden Privatunternehmungen so zu entlasten wären, dass sie ihr Personal erhalten und ^{sogar} mehr Personal einstellen können. Das wesentliche soziale Problem sei die Sicherung der bestehenden Betriebe. Die Siedlungsfrage sei ebenfalls sehr umstritten, wenn man aber der Meinung ist, dass es sich bei der europäischen Krise, in der wir uns befinden, um eine Krise längerer Dauer handelt, muss man sich zur Siedlungsfrage positiv einstellen. Siedlungen kann man allerdings nur auf bestem Grund und Boden errichten, wo der nicht gewandte Siedler mit der Arbeit seiner Hände möglichst alles kultivieren kann, was er zu seinem Haushalt braucht.

Für die Siedlungsaktion ist Geld notwendig und eine vorherige Beratung und planvolle Leitung der Siedler. Das Siedlungskomitee in der Vaterländischen Front, in der Vizbgm. Dr. Winter vorbildlich Arbeit leistet, hat einen grosszügigen Plan ausgearbeitet, der in den nächsten Tagen dem Bundeskanzler überreicht wird.

Einer leidenschaftslosen Beurteilung bedarf das Problem der Einflussnahme der öffentlichen Hand auf die Wirtschaft durch geeignete Unternehmungen. Die Gemeinde muss die Möglichkeit haben auf die Versorgung der Bevölkerung und auf die Preisgestaltung Einfluss zu nehmen. Konsumenteninteressen können praktisch nur durch geeignete Organisationen vertreten werden, für die der grosse Bürgermeister Karl Lueger den richtigen Weg gezeigt hat. Redner verweist auf die Konsumgenossenschaftsbewegung und kommt auf die Arbeiterpolitik zu sprechen. Er stehe seit Februar an der Spitze der Arbeiterkonsumgenossenschaft (Grosseinkaufsstelle) und sei zur Ueberzeugung gekommen, dass eine Arbeiterpolitik in unserem Sinne gar nicht so schwierig sei, wenn man dem Arbeiter mit Gerechtigkeit und gleichem Mass begegnet. Es sei völlig falsch die Arbeiter damit gewinnen zu wollen, dass man etwa noch mehr soziale Errungenschaften verspricht als die Arbeiter bisher gehabt haben. Im Bewusstsein seiner Verantwortung erklärt der Redner, dass die beste Fürsorge für die Arbeiter die Sicherung der Betriebe ist in denen sie stehen. (Zustimmung). Eine gesunden sozialistischen Dogmatik ist mit christlicher und ständischer Dogmatik zu begegnen. Mit materiellen Mitteln allein kommt man an die Arbeiter nicht heran (Zustimmung). Redner richtet den Appell an die Räte der Stadt Wien auch in ihrem privaten Wirkungskreise diese Politik zu unterstützen und den Arbeitern mit dem gleichen Masse entgegenzukommen.

Rat Graber richtet, als Vertreter einer Berufsorganisation, die tausende Beamte umfasst, die Bitte an den Bürgermeister, er möge dem Bunde gegenüber in der Frage weiterer Leistungen der Stadt Wien Widerstand leisten.

Senatsrat Neumayer antwortet in seinem Schlusswort auf einige Bemerkungen der Redner. Er teilt mit, dass etwa 2000 Ansuchen um Pauschalierungen der Fürsorgeabgabe vorliegen, weshalb der Ansatz der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am.....

der Fürsorgeabgabe nicht höher als der für 1934 präliminierte Betrag
im ~~MM~~ Voranschlag vorgesehen wurde, welche Summe sie auch erreichen dürf-
te. Eine Erfüllung des Wunsches, den Frau Rat Dr. Motzko nach Schaffung einer
konstanten Basis zum Vergleich der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse
ausgesprochen hat, kann der Finanzreferent zusagen. (Zustimmung). Der
Bürgermeister wird in der nächsten Zeit Gelegenheits nehmen, mit dem Lande
Niederösterreich bezüglich einer Revision der Verpflichtungen Wiens dem
Land Niederösterreich gegenüber in Fühlung zu treten. Die Bemerkungen der
Räte Wolfring, Kastl und Herrmann werden die Beachtung des Bürgermeisters
finden. Der Finanzreferent gibt seiner aufrichtigen Freude und Genugtuung
über Ausdruck, dass die Ausführungen des Rates Dr. Strobl mit dem vom
Finanzreferenten gestern entwickelten Gedankengängen /
weithin
übereinstimmen. Die beste Fürsorge für die Wirtschaft ist die Erhaltung der
bestehenden Betriebe. Infolgedessen ist an das Abgabennamt die strenge Wei-
sung ergangen zwischen Zahlungsunwille die eine versteckte Konkurrenz
herstellt und wirklicher Zahlungsunfähigkeit genau zu unterscheiden. Zu den
Bemerkungen des Rates Graber erklärt der Berichterstatter, dass die Verhand-
lungen mit dem Bund noch nicht abgeschlossen seien. Die Bürgerschaft wird
in nächster Gelegenheit haben, sich mit einem Nachtragsbudget zu befassen.
Am Schlusse hebt der Berichterstatter hervor, dass für das Elaborat, dass
der Voranschlag der Stadt Wien darstellt, monatalange Arbeit erforderlich
war und anerkennt die hohe Stufe der Verhandlungen im Haushaltsausschuss
in der Bürgerschaft. Er schliesst mit dem Wunsche, dass diese Unsumme von
Arbeit mit ein Baustein ^{Zum} Aufbau unserer Heimatstadt und damit auch
den Aufbau unseres Vaterlandes Oesterreich werde.

Vizebgm. Lahr als Vorsitzender dankt im Namen der Bürger-
schaft für die unendliche Mühe des Berichterstatters, für sein Referat
für das Budget.

Nächster Sitzungsbericht morgen, Donnerstag.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

400

Wien, am ~~20. Dezember 1934.~~

Die magistratischen Dienststellen am 24. Dezember geschlossen.

Bürgermeister Richard Schmitz hat den Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien heuer den 24. Dezember, soweit es der Dienst zulässt, freigegeben. Ist am 24. Dezember bei magistratischen Dienststellen eine Arbeitsunterbrechung nicht möglich und muss der Dienst ganz oder teilweise (Journaldienst) aufrechterhalten werden, ist dem an diesem Tage zur Dienstleistung herangezogenen Personal an Stelle dieses Tages nach Dienstzulässigkeit ein anderer Tag frei zu geben.

Die Anmeldung von lustbarkeitsabgabepflichtigen Veranstaltungen.

Der Magistrat ersucht die Veranstalter von Einzelfesten in ihrem eigenen Interesse die für den 25. und 26. Dezember geplanten Feste bis längstens Samstag, den 22. Dezember, 12 Uhr, anzumelden. Am 24. Dezember besteht im Abgabensamt im Neuen Rathaus, II. Stock, Tür 11 und 13 von 8 Uhr bis 12 Uhr ein Journaldienst für unvorhergesehene Fälle.

Veranstaltungen, die im Sinne des Theatergesetzes für Wien anmeldepflichtig sind, sind bis längstens Samstag, den 22. Dezember, 12 Uhr, beim Besonderen Stadtamt II, Anmeldestelle im Neuen Rathaus, II. Stock, Tür 19, anzuzeigen. Für Ausnahmefälle ist auch hier ein Journaldienst in der Anmeldestelle am 24. Dezember von 8 Uhr bis 12 Uhr eingerichtet.

Ferner werden die Inhaber von Konzertlokalen darauf aufmerksam gemacht, dass eine Erhöhung des Eintrittspreises (Besucherkarte) oder eine sonstige Aenderung der Bemessungsgrundlage der Lustbarkeitsabgabe, beispielsweise bei den Silvesterveranstaltungen, rechtzeitig dem städtischen Abgabensamt wegen Neufestsetzung der Steuerkarte anzuzeigen sind.

Verbot der Benützung eines Geschichtsbuches.

Wie wir erfahren, wurde auf Grund einer fachlichen Ueberprüfung des Stadtschulrates gemäss einer Weisung seines Präsidenten, des Bürgermeisters Richard Schmitz die Zurückziehung des Geschichtsbuches für die erste bis vierte Klasse der Haupt- und Mittelschulen "Aus alter und neuer Zeit", 1. bis 4. Band, aus dem Schulgebrauch angeordnet. Der Inhalt dieses Buches stand mit der Neuordnung in Wien und Oesterreich teilweise in einem so grossen Widerspruch, dass die weitere Benützung untersagt werden musste.

Ehrung von Hebammen im Rathaus.

Am kommenden Samstag um 12 Uhr 30 findet im Neuen Rathaus die Ueberreichung der Ehrengeschenke an eine Reihe von Hebammen für vierzigjährige Berufstätigkeit statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

401

Zweite Ausgabe.

Wien, am 20. Dezember 1934.

BUDGETBERICHT vom 20. Dezember 1934.

In Fortsetzung der Budgetberatung in der Wiener Bürgerschaft/berichtete nunmehr Obermagistratsrat Dr. Schindler über das Kapitel "Personalangelegenheiten". Der Referent führt aus, dass der gesamte Personalaufwand für 1935 in der voraussichtlichen Höhe des Jahres 1934, also mit 144,425.630 S veranschlagt ist. Der gesamte Personalaufwand gliedert sich in die Aktivbezüge, die die Hauptbezüge und alle Nebenausgaben enthalten, und in die Pensionsbezüge; letztere umfassen die eigenen und die mit Niederösterreich noch gemeinsamen Pensionsparteien. Am 1. August 1934 waren im Dienst der Stadt Wien 22.027 Aktivangestellte; die Zahl der Pensionsparteien betrug 12.387. Gegenüber ~~am~~ 1. August 1933 ist der Stand der Aktiven um 1.988 gesunken, der der Pensionsparteien jedoch um 1.535 gestiegen. Die Verminderung bei den Aktivangestellten ist ausser auf Pensionierungen auf den Abbau der früheren Gemeindewache zurückzuführen. Das Personal der städtischen Unternehmungen ist in den angegebenen Personalständen nicht enthalten.

Dazu sprach Rat Rechberger, der zunächst auf das Doppelverdienertum und das Uebersverdienstwesen verwies und hinzufügte, es bedürfe noch ein dritter Misstand, nämlich das Nebenverdienstwesen dringend des Einschreitens der massgebenden Faktoren. Es sei kein Geheimnis, dass Bedienstete der städtischen Feuerwehr in ihrer freien Zeit sich als Taxichauffeure betätigen um auf diese Weise einen Zuschuss zu ihrem Haushalt zu erlangen. Vertreter des Gehilfenausschusses der Wiener Lohnfuhrwerker wandten sich ^{vergeblich} an den Branddirektor König mit dem Ersuchen um Abhilfe.

Die arbeitslosen Taxichauffeure aber auch die arbeitenden von denen viele kaum 12 S in der Woche bei 18 bis 20 stündiger Arbeitszeit verdienen, sind über diese Konkurrenz begreiflicherweise erbittert. Redner bittet den Bürgermeister dringend, alle Nebenbeschäftigungen von städt. Bediensteten und Angestellten überprüfen zu lassen und unter Berücksichtigung eines gerechten Standpunktes einzeln künftighin zu genehmigen oder abzulehnen. Schliesslich spricht der Redner den Wunsch aus, dass in solchen Fällen, in welchen Angestellte wegen sogenannter politischer Delikte unschuldigerweise in Strafe genommen wurden, so rasch wie möglich die Gutmachung eines solchen Falles durchgeführt werde.

Obermagistratsrat Schindler sagt in seinem Schlussworte, dass er bereits vom Herrn Bürgermeister den Auftrag erhalten habe, die vom Rate Rechberger angeführten Fälle genau zu untersuchen und dem Bürgermeister ^{ehestens} darüber/Bericht zu erstatten.

Sodann gelang das Kapitel "Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung" zur Verhandlung. Der Berichterstatter Obersenatsrat Hofer führt aus, dass das Wohlfahrtsbudget eine Bruttoausgabe von insgesamt 95'2 Millionen S aufweist, das sind mehr als 27 Prozent der Gesamtauslagen der Gemeinde. In der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien sind mehr als 10.000 Personen tätig; davon sind 6.500 Beamte und Angestellte, die übrigen sind ehrenamtliche Funktionäre. Für die Fürsorge für Erwachsene ausserhalb von Anstalten ist ein Betrag von 18'6 Millionen S vorgesehen, darunter für Erhaltungsbeiträge

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

allein 15'8 Millionen S. Ende September 1934 standen einschliesslich der Bürger 49100 Personen im Genusse von Erhaltungsbeiträgen. Vom 1. Jänner 1935 an wird das Erträgnis der Bürgerspitalsfonde wieder ausschliesslich vermögenden Bürgern zukommen. Für Pflegegelder, Pflegebeiträge und Aushilfen sind 8 Millionen S vorgesehen. Davon entfallen für Mutterschutz und Jugendpflege einschliesslich der allgemeinen Personal- und Sachauslagen 6'3 Millionen S. Der Referent berichtet sodann über die Voranschlagsansätze für das Gesundheitswesen, Arbeitslosenfürsorge und für die Förderung von Hilfsaktionen. Zur letzten Post führt Obersenatsrat Hofer aus, dass für die Winterhilfe ein Betrag von 1 Million S vorgesehen ist, für die Aktion Jugend in Not 350.000 S, um dieser Aktion auch den Weiterbetrieb nach Ablauf der Winterhilfsaktion zu ermöglichen. Neu ist die Beitragsleistung an den Oesterreichischen Verband für Familienschutz im Betrage von 10.000 S. Die Gemeindeverwaltung wird im Zukunft ihr besonderes Augenmerk dem Schutze der Familie und vor allem dem Schutze kinderreicher Familien zuwenden. Aus diesem Grunde hat Bürgermeister Schmitz im Rahmen des Wohlfahrtsamtes eine eigene Abteilung für Sozialpolitik geschaffen, zu deren wichtigster Aufgabe die Fürsorge für kinderreiche Familien gehört; hierfür ist im Budget ein Betrag von 200.000 S eingesetzt.

Die Wohlfahrtsanstalten der Stadt Wien verfügen ^{allein} über 21.000 Betten. Hievon entfallen 8.780 Betten auf die 6 Versorgungshäuser, 470 Betten auf das Dauerheim für Obdachlose, 2340 Betten auf das Obdachlosen-Asyl, 1.640 Betten auf 5 Jugendfürsorgeanstalten, 1.800 Betten auf 5 Krankenanstalten, 5.300 Betten auf die zwei bestehenden Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke und 670 Betten auf die städt. Tuberkulose-Heilanstalten.

Rat Dr. Ehrlich bittet um Nachsicht, wenn er den Rahmen der Debatte überschreiten werde, aber zum Abschnitt 3 wolle er Bemerkungen und Wünsche vorbringen, die einer gesetzlichen Begründung und grundsätzlicher Auseinandersetzung bedürfen. Der Bürgermeister hat in seiner ersten Rede in der Wr. Bürgerschaft auf den christlich-deutschen Charakter des Bundesstaates und der Bundeshauptstadt hingewiesen. Niemand kann bestreiten, dass die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung im Bundesstaat und in der Bundeshauptstadt christlich und deutsch ist, weshalb auch der Mehrheit nicht das Recht abgesprochen werden kann, das Verfassungsleben nach der christlichen deutschen Weltanschauung einzurichten, wenn sie es so für gut findet. Jede kulturelle Gemeinschaft, die nicht der christlich deutschen angehört, und so auch die jüdische Minderheit, wird sich in das neue Verfassungsleben in aufrichtiger Loyalität und williger Bereitschaft zur Mitarbeit eingliedern können, wenn man unter deutsch nicht jenen, nicht auf österreichischem Boden gewachsenen Rassendünkel versteht und wenn unter christlich, wie auf der ganzen Welt, wahres Christentum verstanden wird. Redner verweist auf den Schutz der Minderheiten der auch in unserer Verfassung verankert sei. Die Minderheit wird es sich versagen müssen, auf Gebieten des nationalen und religiösen Lebens der Mehrheit Belehrungen oder Vorschriften machen zu wollen. Was aber die Minderheit auch unter der Herrschaft des christlich deutschen Staatsgedankens beanspruchen kann, ist die uneingeschränkte Anerkennung ihrer bürgerlichen Gleichberechtigung, auch in der Stadtverwaltung, und die Respektierung und Förderung ihres eigenen kulturellen Lebens. Werden diese Grundsätze eingehalten, so ist die Voraussetzung zwar nicht für eine vollständige Vermischung gegeben die Redner weder für möglich noch für wünschenswert hält, wohl aber

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

3. Blatt

Wien, am.....

für ein friedliches und ruhiges Zusammenleben und Zusammenarbeiten an den Aufgaben des Staates und der Stadt Wien, die nur durch eine berufsmässige Hetze gestört werden kann, eine Mitarbeit, zu der jeder Bürger verpflichtet, aber auch berechtigt ist. Der Minderheit soll die Möglichkeit gegeben werden, nach ihrer eigenen Art zu leben und ihr eigenes religiöses Leben zu fördern. Die Minderheit ist verwiesen auf das Verständnis der Mehrheit und auf jene gesetzlichen Bestimmungen, die zum Schutze der Minderheiten bestehen. Redner verweist auf Artikel 181 der Bundesverfassung wonach den Minderheiten von den Beträgen die im Budget für öffentliche Erziehung und für Wohltätigkeitszwecke aufscheinen, ein angemessener Teil gesichert wird und nimmt von diesem Gesichtspunkt aus zum Voranschlag Stellung. Die Lage der Wiener Judenschaft ist derart, dass sie ausserstande ist, auf die Unterstützung zu verzichten, die ihr von Gesetzeswegen vom Bunde oder von der Stadt Wien zugebilligt werden kann. Der Bürgermeister hat in seiner Rede am Dienstag erwähnt, dass in Wien 280.000 Personen auf die Winterhilfe angewiesen sind. Nach der Kartei der Wiener Kultusgemeinde, die ~~MMM~~ eine sehr ausgedehnte Fürsorgetätigkeit entfaltet, sind im Jahre 1934 nicht weniger als 55.000 befürsorgte Fälle vorgekommen, bei einer Bevölkerungszahl von 180.000 bis 200.000. 65 Prozent der jüdischen Leichen mussten im letzten Jahre gänzlich oder zum Teile auf Kosten der jüdischen Kultusgemeinde bestattet werden. Durch diese Befürsorgung entlastet die Kultusgemeinde in sehr merklicher Weise den Haushalt der Stadt Wien und es ist nur ein Gebot der Gerechtigkeit, dass ihr ein Teil der Kosten rückerstattet werde. Redner verweist auch auf die missliche Lage des Spitals der israelitischen Kultusgemeinde, das nicht nur jüdischen Kranken Aufnahme gewährt, sondern auch christlichen, wobei er an das bekannte Beispiel des nationalsozialistischen Bauführers Frauenfeld unter allgemeiner Heiterkeit erinnert. Auch das jüdische Schulwerk, das im Aufbau begriffen ist, entbehre einer Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und müsse sich ganz selbst erhalten. Schliesslich verweist Redner darauf, dass in den Fondospitälern jungen jüdischen Ärzten die Ausbildung unmöglich gemacht werde und bittet den Bürgermeister er möge nicht gestatten, dass dieses System auch auf das Jubiläumsspital übergreife. Dort bestehe eine Liste von aspirierenden Hospitanten, die die Anwartschaft auf eine Sekundararztsstelle haben. Durch eine Verfügung sei veranlasst worden, dass alle jüdischen aspirierenden Hospitanten von dieser Liste gestrichen wurden. Das sei eine Ungerechtigkeit gegen jene, die schon ein bis zwei Jahre unentgeltlich Dienst im Jubiläumsspital gemacht haben. Der Redner bittet den Bürgermeister um Abhilfe.

Auf die Ausführungen des Rates Dr. Ehrlich gibt ^{der} Bürgermeister folgende amtliche Erklärung ab: Kurze Zeit nach Amtsantritt als Bundeskommissär von Wien erschien bei mir eine Abordnung der Wiener isr. Kultusgemeinde, die eine Reihe von Wünschen und Beschwerden vorbrachte. Ich ersuchte die Herren damals, dies schriftlich zu formulieren. Ich habe vor einiger Zeit bereits dieses schriftliche Memorandum erhalten und habe die Prüfung desselben vom amtlichen Standpunkte aus eingeleitet. Ich behalte mit vor, dem Herrn Rat ^{von der} Antwort ^{in Kenntnis zusetzen,} / sobald die Bearbeitung ^{des} Memorandums abgeschlossen ist. Es ist selbstverständlich, dass an dem Grundsatz der Gerechtigkeit und Billigkeit gegenüber den religiösen und nationalen Minderheiten unserer Stadt wie im ganzen österr. Vaterlande künftighin festgehalten wird. (Lebhafter Beifall).

KÄMHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt.

Wien, am

Bürgermeister Richard Schmitz erteilt hierauf Frau Rat Wolfring das Wort. Die Rednerin dankt dem Referenten für sein Verständnis, dass er in Fragen des Mutterschutzes und der Familienpflege das Möglichste an Leistungen bieten wolle. Es sei hoch an der Zeit,

dem Bürgermeister besonders zu danken, dass er im Voranschlage mehrmals hiefür Vorsorge getroffen hat. Wenn der Betrag von 6'3 Millionen S für Mutterschutz und Kinderpflege an den 48 Millionen S für Erwachsenenfürsorge gemessen klein ist, so ist er doch gross genug für den Anfang. Es sei durchaus recht, dass die Säuglingswäsche jetzt nur an bedürftige Mütter verabreicht wird, doch möge die Grenze für die Beteiligung nicht zu tief gezogen werden, das heisst nicht nur arbeitslose Mütter, sondern auch Mütter kinderreicher Familien mit kleinen Einkünften beteiligt werden. Rednerin ersucht den Bürgermeister es möge dahin wirken, dass in den Mutterberatungsstellen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit katholische Mütter von katholischen Aerzten und Aerztinnen beraten werden. Der Mangel eines Jugendberatungsgesetzes werde schwer empfunden. Ein Jugendwohlfahrtsgesetz im christlichen Sinne sei unerlässlich. Rednerin gibt nun verschiedene Anregungen, die dem Schutz der werdenden Mutter dienen sollen. Bei allen Aktionen dieser Art, sollen in erster Linie schwangere Frauen Berücksichtigung finden. Der Bürgermeister möge genehmigen, dass insbesondere den Kindergärten in volkreichen Bezirken eigene Gruppen angegliedert werden, wo die Betreuung von Kleinkindern tagsüber erfolgt. Das wäre die Wiederbelebung der früher bestandenen Krippen. Durch diese Einführung würde auch das Bettlerun^{wesen} eingeschränkt werden. In den Obdachloserheimen sollten werdende Mütter im 7. Monat der Schwangerschaft aus Gründen moralischer und pflegerischer Natur abgesondert werden, damit sie sich entsprechend für die Mutterschaft vorbereiten können. Vereine, die das Programm des Mutterschutzes fördern, wären zu unterstützen.

Rat Waldsam bespricht die Arbeitslosenfürsorge und begrüsst es, dass das städtische Arbeitsamt für ungelernete Hilfsarbeiter zu einem öffentlichen Arbeitsnachweis ausgestaltet wurde. Welche Bedeutung diesem Amt zukommt, beweist die Tatsache, dass von den 179.479 Arbeitslosen Wiens beim städtischen Arbeitsnachweis 60.000, also über ein Drittel der Arbeitslosen angemeldet sind. Dringend notwendig sei die Vereinheitlichung des öffentlichen Arbeitsnachweises ^{in Wien.} Die vielen privaten Arbeitsvermittlungstellen liegen weder im Interesse der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer, sie wären aufzulassen und der Bürgermeister werde gewiss einen Weg finden, diese Frage einer gedeihlichen Lösung zuzuführen.

Rat Hummel

täler zur
tige Patienten der städt. Spital-
verlangt ein schärferes Vorgehen zum Hereinbringen der Gebühren für auswärtige Begleichung nicht nur der in Behandlung gestandene, sondern nach dem bürgerlichen Gesetzbuch auch seine ganze Aszendentz und Deszendentz verpflichtet. Sodann wendet sich der Redner der Jugendfürsorge der Stadt Wien zu und betont, dass die Gemeinde Wien insgesamt 142,000.000 also die Hälfte ihrer Einnahmen für die Kinderfürsorge einschliesslich die Schule verwendet. Für das Wohl der Schulkinder wird die Gemeinde Wien noch durch die private Institution der Elternvereine unterstützt, die im November d. J. durch Bürgermeister Schmitz wieder ins Leben gerufen wurden und die, man kann sagen lückenlos zugesagt haben im Sinne des Bürgermeisters für die sittliche, religiöse und vaterländische Erziehung der Kinder Sorge zu tragen. Zum Schlusse spricht der Redner dem Bürgermeister den Dank für seine bis-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am.....

herigen Bemühungen aus und bittet ihn, das Elter^{verantworten} / auch in Zukunft zu unterstützen und weiter arbeiten zu lassen im Interesse unserer Vaterstadt Wien.

Rat Dr. Foglar-Deinhardstein behandelt die Frage der Bürgerfonde. Unter der früheren Stadtverwaltung ist das Vermögen dieser Fonds planmässig abgebröckelt worden. Die neue Verwaltung hat sich mit Erfolg bemüht, diese Fehler gut zu machen und heute könne die Frage der Bürgerfonds als gelöst betrachtet werden. Nun werden die Erträge ausschliesslich verarmten Bürgern zugeführt. Die Verschuldung des Bürgerspitalfonds ist durch die Massnahmen der neuen Verwaltung von 11 Millionen auf 5 Millionen S gesunken. Vom 1. Jänner 1935 an wird diese Schuld auch nicht mehr verzinst. Redner dankt dem Bürgermeister, dass er im Interesse der verarmten Bürger diese Regelung erzielte und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass eine endgültige Lösung durch gänzliche Tilgung der Schuld möglich sein werde. Die Rechtshilfestelle der Stadt Wien habe segensreich gewirkt, es wurden rund 12.000 Parteien beraten und 1000 Prozesse durch die Stelle geführt. Dieser Aufgabe unterziehen sich 32 Juristen vollkommen ehrenamtlich. Redner tritt für die Ausgestaltung der Rechtshilfestelle durch Errichtung von Zweigstellen, insbesondere in den Arbeiterbezirken Favoriten, Ottakring und Floridsdorf ein. Man dürfe den Arbeitern nicht allein mit schönen Worten kommen, sondern müsse ihnen auch soziale Taten zeigen.

Rat Stubenvoll bezeichnet die Bewilligung des Magistrates auf die Wiederbelegung der sogenannten stadttinneren Friedhöfe als bedenklich. Insbesondere beim Meidlinger Friedhof, der inmitten von Häusermassen liegt, ergeben sich dadurch verkehrstechnische Schwierigkeiten, die sich in oft 20minutenlangen Stockungen der Strassenbahn an der Philadelphiabrücke auswirken. Es wäre hoch an der Zeit, diese eingebauten Friedhöfe vollkommen aufzulassen, wie es schon im Plane des Bürgermeisters Lueger vorgezeichnet war. Dem Friedhofschutz wäre ein stärkeres Augenmerk zuzuwenden und nicht zuzulassen, dass, wie es jetzt geschieht, ein Teil eines grossen Friedhofes zu Jagdzwecken verpachtet wird.

Frau Rat Strohmayer bezeichnet als die wichtigste Förderung von Hilfsaktionen die Arbeitsbeschaffung. Die Zeit der Arbeitslosigkeit von jungen Burschen und Mädchen soll der Schulungs- und Erziehungsarbeit dienen. Nicht nur Fürsorge, sondern auch Vorsorge, die sich in der Jugendpflege der schulentlassenen Jugend ausdrücken soll, erscheint dringend notwendig. Schliesslich tritt Rednerin für die Vereinigung aller bestehenden Hilfsaktionen in einem Jugendschutzwerk ein. Hierzu wären alle Verbände und Gemeinschaften, die sich schon praktisch auf diesem Gebiete betätigen, heranzuziehen.

Rat Univ. Prof. Dr. Denk verweist auf die Feststellungen des Kontrollamtes und des Rechnungshofes, wonach das Strahlentherapeutische Institut in Lainz nur mangelhaft ausgehütet werde. Bei der grossen Bedeutung dieses Institutes könne man wohl an eine Auflassung nicht denken, doch wäre eine Reform in dem Sinne anzubahnen, dass Vertreter der Stadt Wien mit den entsprechenden Behörden darüber beraten, um das städtische Strahleninstitut auch Kranken anderer Spitäler, die nur wenig Radium haben, zugänglich zu machen. Weiter ersucht Redner um die Wiederbewilligung der Subvention von 1000 S an das Unterstützungsinstitut für weibliche Studierende. Die Kinderauspeiseaktion ist sehr wertvoll, aber es gibt eine grosse Anzahl armer und ärmster Kinder im Alter zwischen 2 und 4 Jahren, die davon nicht erfasst sind und die trotz des ungeheuren Ueberflusses an Vollmilch nur Magermilch erhalten. Die hohen Vollmilchpreise sind der Grund und es

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

6. Blatt

Wien, am.....

müsse bald Abhilfe geschaffen werden, um die Generation vor schweren Schäden vor einer Weiterverbreitung der Tuberkulose und Rachitis zu behüten (Lebh. Beifall).

Rat Begle führt Beschwerde über die Auswüchse des Bettlerunwesens und bittet den Bürgermeister dieser Plage ganz energisch an den Leib zu rücken.

In seinem Schlusswort erklärt der Referent Obersenatsrat Hofer, er werde alle Anregungen prüfen, sie würden nach Möglichkeit berücksichtigt, zum Teile sind sie es schon. Bezüglich der beabsichtigten Auflösung der kleineren Friedhöfe wird ^{nur} auf Wunsch der Bevölkerung noch ein zuwartender Standpunkt eingenommen. Wo Erweiterungsmöglichkeiten sind, hat die Stadt Wien die Absicht, angrenzende Gründe anzukaufen. Mit dem Wunsche nach Zusammenfassung der Jugendfürsorge und der Jugendpflege in einer Stelle bin ich einverstanden. Was das Strahleninstitut anlangt, bestand die Absicht, zumindest den Belagraum wegen der hohen Kosten aufzulassen, doch will die Gemeinde noch versuchen, mit Sparmassnahmen durchzukommen. Die Bettlerfrage bedarf einer dringenden Abhilfe. Wir haben uns mit dieser Frage beschäftigt und sind zu dem Schlusse gekommen, dass nur polizeiliche Massnahmen Abhilfe schaffen können. Der Fürsorgeapparat ist darauf vorbereitet, für den Fall eines energischen Einschreitens der Polizei entsprechend zu funktionieren. Die Strassen müssten von der Polizei mit Zuziehung von Fürsorgeorganen ständig durchforscht werden. Einzelne Razzien haben keinen Zweck (Beifall).

Nun erteilt Vizebürgermeister Dr. Kresse dem Senatarat Gschladt das Wort zum Referat über das Kapitel "Wohnungswesen". der Berichterstatter führt aus, dass die bisherige Wohnbautätigkeit der Stadt Wien ihr Ende gefunden hat. Das bedeutet aber nicht, dass die neue Verwaltung überhaupt darauf verzichtet, den Wohnungs-Neubau zu fördern. Es werden nur andere Wege gegangen, die einerseits zur Anregung und Förderung der privaten Bautätigkeit andererseits zur Berücksichtigung dringender sozial-fürsorgerischer Notwendigkeiten führen. Der erste Weg ist durch den Assanierungsfonds gekennzeichnet, der andere Weg durch die ganz neue Post von 600.000 Schilling für die Errichtung von Familien-Asylen. Nach der Absicht des Herrn Bürgermeisters sollen diese Wohnungen geschaffen werden, um kinderreichen Familien, die infolge Obdachlosigkeit jetzt getrennt wohnen müssen, die Wiederaufnahme eines geordneten Haushaltes und Familienlebens zu ermöglichen. In Aussicht genommen ist als erste Etappe der Bau von 217 solcher Wohnungen in der Adalbert Stiftergasse. Ueber die Wohnhäuserverwaltung berichtet Senatsrat Gschladt, dass im nächsten Jahre 69.410 Wohnungen und 3.915 Geschäftsalokale von der städtischen Wohnhäuserverwaltung verwaltet werden. Hievon sind 56.168 Wohnungen in städtischen Neubauten und 5.684 in Siedlungen; der Rest entfällt auf städtische Althäuser, Fonds- und Stiftungshäuser. Bezüglich der Kleingartenförderung führt der Berichterstatter aus, dass für Kleingärten 4'5 Millionen Geviertmeter städtischer Grund in Verwendung stehen, die von rund 20.000 Kleingärtnern betreut werden. Dabeiben gibt es auf 500.000 Geviertmeter sogenannte Notstandsgärten. Deren Ernteertrag betrug trotz der ungünstigen Bodenbeschaffenheit mehr als 1 Million Kilogramm Gemüse und Feldfrüchte. Die Stadtverwaltung wird die Notstandsgärten-Aktion auch im kommenden Jahr fortsetzen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

7. Blatt

Wien, am.....

Frau Rat Wolfring richtet an den Referenten für Wohnungswesen die Bitte, bei Zuweisung von Wohnungen vor allem kinderreichen Familien und bei Zuweisung an obdachlose Familien besonders solche mit Frauen die Kindersegen erwarten, zu berücksichtigen.

Rat Bauer verweist auf die in Arbeiterkreisen kolportierten Gerüchte, dass bei Neuvermietungen in Gemeindebauten höhere Mietzinse eingehoben werden sollen und ersucht den Referenten um Aufklärung.

Rat Walla begrüsst die Siedlungsbewegung, die zweifellos nicht nur eine Erleichterung der Wirtschaftskrise schafft, sondern auch die Arbeitslosigkeit eindämmt, doch dürfen in den Siedlern nicht falsche Hoffnungen erweckt werden die unerfüllbar sind. Die Bewegung dürfe nicht Selbstzweck werden und keine Schädigung der Berufsgärtner nach sich ziehen. Zu diesem Zwecke wäre es empfehlenswert, Fachleute heranzuziehen, die aufklärend wirken und verhüten, dass die Bewegung auf falsche Bahnen gelangt, dass irrige Anschauungen nicht Platz greifen.

Rat H. Holomek bespricht die Verhältnisse im Wohnungswesen und verweist auf noch immer vorherrschende Misstände, wie auf die Fortdauer der Ablösen auf die Weitervermietung grosser Wohnungen zum Nachteil des Hausbesitzers und tritt dafür ein, dass die Gemeinde Wien auf diesem Gebiete Ordnung schaffe. Auch im Schrebergartenwesen müsse eine Regelung eintreten, das Eindringen in den Wald- und Wiesengürtel eingedämmt werden.

Rat Grabner gibt der Anschauung Ausdruck, dass es empfehlenswert wäre, für Zwecke der Fortsetzung der karitativen Wohnungspflege durch eine kleine Reserve für die allerdringendsten Fälle Vorsorge zu treffen. Er bittet den Referenten Senatsrat Gschladt besonders berücksichtigungswerte Fälle, die ihm bekanntgegeben werden, möglichst rasch zu bereinigen.

Rat Engelbrecht bezeichnet es als notwendig, auch in die Struktur der Wohnparteien der Gemeindehäuser Remedur zu schaffen. Die städt. Notstandsbauten sollen nicht an Wohnungslose vermietet werden, sondern an jene Mieter in Gemeindehäusern, die es mit ihrer vaterländischen Gesinnung nicht genau nehmen. Zum Schluss ersucht Redner den Referenten, den Tauschgesuchen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Rat Rauch bemängelt, dass in Siedlergemeinschaften, die dort eingemieteten Geschäftsleute durch Zinssteigerungen förmlich ausgewuchert werden und wünscht, dass die Klampflbergstrasse auf dem Schafberg dem heutigen Verkehrs entsprechend ausgebaut würde.

Der Referent Senatsrat Gschladt betont in seinem Schlussworte, dass bei Besiedlung von Neubauten und Asylen selbstverständlich auf kinderreiche Familien und werdende Mütter Bedacht genommen wird. Ueber die Siedlungsbewegung sagt der Referent, dass die Stadtrandsiedlung den Zweck verfolgt, dem Siedler ^{teilweisen} zur Selbstversorgung zu verhelfen. Es ist vorgesehen, eine Beratungsstelle für Siedler und Kleingärtner im Kleingartenamte in nächster Zeit zu errichten. Was die Wohnungstausche in Wien anlangt, so ist das Wohnungsamt bestrebt, bei solchen, die auf die weite Entfernung vom Dienstorte zurückzuführen sind, dem Wunsche nach Möglichkeit nachzukommen. Bezüglich der hohen Zinse für Geschäftslokale in Siedlungen erklärt der Referent, dass solche Fälle in der Regel in dem Bereich der Siedlungsgenossenschaften liegen, die als Konzessionäre mit der Verpachtung vorgehen. Mit dem Dank an die Bürgerschaft, dass sie seinem schwierigen Referate wohlwollendes Verstehen entgegenbringe, schloss der Referent sein Schlusswort.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

8. Blatt

Wien, am _____

Den Bericht über das Kapitel "Technische Angelegenheiten" erstattet Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil. Der Berichterstatter hebt hervor, dass im Jahre 1935 ausser den im Voranschlag vorgesehenen Arbeiten noch weitere grosse Arbeiten zur Ausführung gelangen, deren Kosten aus der zweiten Rate des im heurigen Sommer genehmigten Sofortprogrammes bestritten werden. Hiedurch können auf wichtigen Gebieten der technischen Gruppe, wie beim Strassenbau, bei der Wasserversorgung, beim Fuhrwerksbetrieb und Gartenbetrieb bedeutende Verbesserungen an bestehenden technischen Einrichtungen vorgenommen, aber auch ganz neue Leistungen getätigt werden. Der Redner erwähnt, dass einzelne aus dem Sofortprogramm ermöglichte Arbeiten sich noch stärker arbeitsschaffend auswirken, als die damit verbundene Ausgabenziffer vermuten lässt. Ein gutes Beispiel hierfür bildet der Assanierungsfonds. Bei den durch ihn geförderten Bauten werden im nächsten Jahr noch ebenso hohe bis doppelt so hohe private Gelder in befruchtende Zirkulation gesetzt werden, als es die von dem Fonds verborgten Beträge sind. Stadtbaudirektor Musil bespricht sodann die Voranschlagsansätze für ^{städtische} Kirchen und Denkmäler, Gartenwesen, Häfen und Kanalisationswesen. Der grösste Betrieb der Hoheitsverwaltung ist der Fuhrwerksbetrieb, dem die Strassenpflege und die Müllabfuhr obliegen. Der hierfür vorgesehene Betrag ist für das Jahr 1935 mit 14¼ Millionen S veranschlagt. Abgesehen von dem Brennstofftransporten für den städt. Haushalt werden von nun an alle übrigen hiezu geeigneten Transporte Privaten zugewiesen. Die regulären Ausgaben für Strassen-erhaltung und Strassenbau sind mit 6'35 Millionen S veranschlagt. Erfreulichweise werden die dem städt. Strassenbau verfügbaren Mittel durch das Sofortprogramm bedeutend erhöht, das für die Jahre 1934 und 1935 dem Strassenbau 16'85 Millionen S zuweist. Neben der neuzeitlichen Ausgestaltung innerstädtischer Strassenzüge bringt das Sofortprogramm noch die Höhen- und Wientalstrasse. Die Strassenbauabteilung des Stadtbauamtes wird im nächsten Jahr mit Hochdruck arbeiten müssen. Auch den Teerungen der Gehwege in Parkanlagen und sonstigen Stadtteilen wird Augenmerk zugewendet; in den Hauptverkehrsstrassen soll ein Teil der mit Steinen gepflasterten Gehsteige durch Asphaltgehsteige ersetzt werden. Von den 5 Baulosen der Höhenstrasse des vom Kobenzl bis zum Leopoldsberg reichenden Abschnittes sind heuer bereits 3 in Angriff genommen worden. Die zu erbauende Teilstrecke Kobenzl-Neustift am Walde wird bei einer Gesamtlänge von 7'5 Kilometern 6 Baulose aufweisen. Stadtbaudirektor Dr. Musil betont, dass die Stadtverwaltung dem Strassenbau endlich jene Mittel bereitstellt, deren er bedarf, um das kommende Jahr zu einem Grosskampftag gegen die ausserordentliche Vernachlässigung auf diesem Gebiete werden zu lassen. Auch auf dem Gebiete des Brückenbaues werden 1935 längst fällige Schäden nachgeholt. Für die Instandsetzung der Marienbrücke, der Stubenbrücke über den Wienfluss und der Floridsdorfer Brücke über den Donaustrom sowie für Erhaltungsarbeiten an weiteren 21 über den Donaukanal, den Wienfluss und über Eisenbahnlinien führende Brücken und Stege werden im kommenden Jahr mehr als 800.000 S ausgegeben werden. Von den rund 1.200 Kilometer langen Strassen Wiens sind seit 1924 rund 900 Kilometer Strassen und Wege elektrisch beleuchtet worden. Die Bezirke 4, 5, 6, 7, 8, und 14 sind bereits zur Gänze elektrisch beleuchtet. Im kommenden Jahr werden weitere 50 Kilometer Strassen auf elektrische Beleuchtung umgestellt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

9. Blatt

Wien, am _____

Rat Stubenvoll erklärt, die Frage aufwerfen zu müssen, wieso es gekommen sei, dass in den Wohnhausbauten der Gemeinde Wien geheime Gänge Kasematten und dergleichen ~~...~~ angelegt worden sind. Mir liegt es ferne, daraus dem Stadtbauamte einen Vorwurf zu machen, aber es drängt sich die Frage auf, wer da ein Versäumnis begangen hat. Ich stelle an den Herrn Bürgermeister die Bitte, alles zu veranlassen, um diese Frage restlos zu klären. Der Redner führt ferner aus, dass es unter den städt. Kontrahenten ~~caso~~ soziale Unternehmer gibt, die den Kollektivvertrag mit den Arbeitern nicht einhalten, geringere Löhne zahlen und mit den Arbeitern in Unfrieden leben. Es gibt auch eine Firma, die den Arbeitern bis zu 14 Tagen den Lohn schuldig bleibt. Die Arbeiter mussten erst das Gewerbegericht anrufen, um zu ihrem Lohn zu kommen. Der Redner führt weiter Beschwerde gegen eine Firma, die mit Absicht den Arbeitern die Löhne zurückhält und die Beschwerden der Arbeiterschaft deswegen grob abfertigt. Es muss darauf gedrungen werden, dass Her-artige Unternehmer - es sind 6 Firmen - aus dem städt. Kontrahentenkreis entfernt werden, den solche U_nternehmer haben kein Anrecht auf öffentliche Arbeit.

Bürgermeister Schmitz erklärt hiezu : Wenn Herr Rat Stubenvoll von den vielen hunderten Firmen, an die städtischen Arbeiten vergeben werden, nur 6 angeführt hat, so darf ich wohl feststellen, dass ~~die~~ Verwaltung der Stadt Wien ihre sozialen Verpflichtungen eingehalten hat. Wenn solche Firmen konkret angeführt werden, werden wir daraus ~~...~~ die notwendigen Konsequenzen ziehen. Ueber die militärischen Armierungen in den städt. Wohnhausneubauten habe ich mich in den Sturmtagen des Februar persönlich überzeugt. ^{allerdings} Im Reumshof habe ich feststellen können, dass man zu der Einrichtung, die dort geschaffen wurde, ~~...~~ gebraucht hat und dass sie wahrscheinlich erst

im Laufe der Zeit heimlich aufgeführt worden sind.

Wenn aber jemand andere konkrete Angaben zu machen in der Lage wäre, ^{würde} ich selbstverständlich ~~...~~ Lage vieler mit aller Schärfe vorgehen. Tatsache ist, dass die ~~...~~ städtischer Neubauten strategische Gesichtspunkte vermüthen lässt.

Die Wahl der Bauplätze erfolgte ~~meines Wissens~~ durch nichtbeamtete Stellen der früheren Verwaltung.

Rat D^r. Heirman gibt die Anregung, in Wien den Bau von Betonstrassen erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, da sie über fast alle anderen Strassensysteme von praktischer und wirtschaftlicher Ueberlegenheit sind.

Rat Jirek dankt dem Bürgermeister für die schnelle und energische ^{Eindämmung} ~~...~~ des städt. Fuhrwerksbetriebes und bittet bei Vergebung von Fuhrwerken nicht einseitig, sondern in paritätischer Weise vorzugehen.

Nächster Budgetbericht, morgen, Freitag.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 402
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 21. Dezember 1934.

Ermässigte Hundemarken für 1935.

Auch im Jahre 1935 werden an bedürftige Hundebesitzer, die infolge ihrer Einkommensverhältnisse ausserstande sind, den vollen Abgabebetrag von 12 Schilling zu bezahlen, ermässigte Hundemarken zu 3 Schilling ausgegeben.

Die Gesuchsformulare sind in der Zeit vom 2. bis 9. Jänner beim Bezirksfürsorgeamt des Wohnbezirkes abzuholen und dem zuständigen Fürsorgerat nach wahrheitsgemässer Ausfüllung längstens bis 12. Jänner zu übergeben. Später einlangende Ansuchen können nicht berücksichtigt werden. Vor dem 2. und nach dem 9. Jänner werden keine Gesuchsformulare ausgegeben. Nachfragen wegen Erledigung der Gesuche bei den Amtsstellen sind zwecklos und nur geeignet, die Erledigung zu verzögern.

Die missbräuchliche Inanspruchnahme dieser Begünstigung wird geahndet.

Vergebung von städtischen Arbeiten.

Die Magistratsabteilung 31 b (15 b) vergibt die Zimmermannsarbeiten für den Bau des Familienasyls in der Adalbert Stiftergasse; Anbotsverhandlung 8. Jänner, 9 Uhr.

Eröffnung der Wärmestuben.

Die Wärmestuben Erdbergerstrasse 85, Nobilegasse 35, Seeböckgasse 18, Burghardtgassee 3 und Puchsbaumplatz 13 sind bereits geöffnet worden. Der Betrieb wird wie in den Vorjahren geführt; die Wärmestuben sind derzeit von 20 Uhr bis 6 Uhr offen. Die Wärmestube Puchsbaumplatz ist von 8 Uhr bis 17 Uhr offen; die Besucher dieser Wärmestube werden zur Nächtigung an das Obdachlosenheim der Stadt Wien gewiesen.

Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien.

An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, Brückengasse 3 und Petrusgasse 10, beginnen im Jänner folgende neue Kurse: Kurse für einfache, bürgerliche und feine Küche, Abendkurse für Weissnähen und Flicker, ein Servierkurs und Nachmittags- und Abendkurse für Kleidermachen. Anmeldungen täglich von 8 Uhr bis 14 Uhr; Prospekte in der Schulkanzlei, Fernruf B 25-4-19.

Entfallender Empfang bei Bürgermeister Schmitz.

In der nächsten Zeit findet bei Bürgermeister Richard Schmitz kein Empfang statt. Der nächste Empfangstag ist erst Anfangs Jänner.

BUDGETBERICHT

vom 21. Dezember 1934.

In Fortsetzung der Budgetverhandlungen nimmt in der Debatte über das Kapitel "Technische Angelegenheiten" Rat Ing. Petravic Stellung zu der Arbeitsbeschaffung, und sagt der Herr Bürgermeister habe den Grundsatz aufgestellt, dass der Leitstern der gegenwärtigen Verwaltung für die Arbeitsbeschaffung die Förderung der Privatwirtschaft sei. Nach ausführlicher Besprechung der Lage der Privatwirtschaft erklärt Redner, die Anregung zu geben ob es nicht auch eine Art von Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand wäre, den Betrieben durch Gewährung billiger Kredite zu helfen. Hierbei müssten diese Betriebskredite zu leichteren Bedingungen gewährt werden als von den statutarisch festgelegten Kreditinstituten. Man dürfte sich nicht an formalistischen Regeln halten, sondern die Kredite von dem Grad des Vertrauens abhängig machen müssen. Auch die Bewilligung von Export- und Investitionskrediten würden zweifellos zur Belebung der Industrieanlagen beitragen. Redner bittet diese Anregungen im kommenden Verwaltungsjahr zu erwägen.

Im Schlussworte kommt Stadtbauamtsdirektor Dr. Ing. Musil auf die Ausführungen des Rates Stubenvoll über die Vorfälle des 12. Februar in den Wr. Gemeindehäusern zu sprechen und erklärt, dass die genaue Untersuchung und Erhebungen der Polizei ergeben haben, dass Verschulden von Beamten nicht vorliegen. Wenn noch eine Person im Stadtbauamt wäre, der eine Schuld beigemessen werden könnte, so würde sie aus dem Amt entfernt werden. Wenn eine weitere Untersuchung um Schuldige zu finden für richtig erachtet werde, stehe das Stadtbauamt zur Verfügung. Zu den Ausführungen des Rates Herrmann über die Betonstrassen erklärt der Referent, dass auch er diese Strassen schätze und sie würden dort zur Verwendung kommen, wo sie möglich sind. Schon deshalb weil sie der österr. Industrie Arbeit schaffen. Grundsätzlich bestehe gegen ihre Verwendung keine Voreingenommenheit. Auf die Ausführungen des Rates Jirek bezüglich der städtischen Lastkraftwagen erklärt der Referent, dass die Wiener Fuhrwerker nach Möglichkeit zur Arbeit herangezogen werden.

Den Bericht über die Kapitel "Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten" und allgemeine Verwaltungsangelegenheiten erstattet Senatsrat Dr. Fenzl. Ueber die Rubrik "Märkte und Schlachthöfe" führt der Referent aus, dass als hauptsächliches Approvisionierungsobjekt für die Vermarktung von Fleisch- und Fleischwaren die Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, dient. An Schlachtanlagen besteht der Rinderschlachthof St. Marx, der Rinderschlachthof Meidling, die Wiener Kontumazanlage und der städt. Schweineschlachthof. An Viktualienmärkten bestehen in Wien neben dem

Naschmarkt noch weitere 36 offene Märkte, ferner 6 gedeckte Detailmarkthallen, der Zentralfischmarkt und als Spezialmärkte der Blumengrossmarkt und die Gemüsegrossmärkte Volkswehrplatz und Siebenbrunnengasse. Bezüglich der Lagerhäuser führt der Referent aus, dass diese bemüht waren, den durch die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse bedingten Verkehrsrückgang durch Anpassung an die Verkehrsnotwendigkeiten, Ausgestaltung ihrer Konservierungs-, Veredlungs- und Verarbeitungseinrichtungen nach bester Mög-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

2. Blatt

Wien, am _____

lichkeit entgegenzuwirken. Der Berichterstatter bespricht die Baustoffbeschaffung, die Aufgaben des Wirtschaftsamt, der Veterinärpolizei, die Erfordernisse im Schulwesen und erklärt abschliessend, dass der städtische Grundbesitz 7.309 Hektar, also 26 Prozent der Wiener Bodenfläche umfasst.

Auf die Gruppe "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten" eingehend, wendet sich Senatsrat Dr. Fenzl dem Sicherheitswesen, der Baupolizei und den Verkehrsangelegenheiten zu. Ueber die Feuerwehr sagt der Referent, dass diese im Jahr 1933 4.692 mal ausrückte. Die neue Stadtverwaltung setzt alles daran, um die Schlagfertigkeit der Wiener Feuerwehr stets auf der Höhe zu halten.

Rat Dr. Trautzi weist darauf hin, dass durch die Untätigkeit der früheren Verwaltung eine Art Vergreisung der Schulbauten eingetreten sei, die sich auch im Schulwesen selbst bemerkbar mache, da eine Reihe von Lehrpersonen weit über das Dienstalter hinaus aktiv geblieben sind. Die neue Verwaltung wende ihr besonderes Augenmerk der Volksbildung zu und auch der Kunstförderung durch Unterstützung notleidender Künstler.

Rat Dr. Herbert vergleicht den Bürgermeister und die Vizebürgermeister mit dem Armeeoberkommando, die Räte der Stadt Wien mit Frontoffiziere, die engere Fühlung mit allen Kreisen der Bevölkerung haben und daher auch in der Lage sind, auf Grund ihrer Wahrnehmungen manche nützliche Anregung zu geben, Härten aufzuzeigen und auf Schönheitsfehler der Verwaltung aufmerksam zu machen.

Rat Dr. Hengl dankt im Namen der Wiener Landwirte dem Bürgermeister für die ^{Zustimmung zur} Errichtung der Landwirtschaftskammer und bringt dann noch einige Wünsche zur Kenntnis die die unter anderem die Verpachtung von städtischen Grundstücken betreffen.

Rat Effenberger vertritt die Auffassung, dass der Betrieb der städtischen Bäckerei eingestellt werde, und spricht die Bitte aus, dass die Bezahlungen durch das Wirtschaftsamt möglichst rasch ermöglicht werden.

Frau Rat Kuster richtet an die Verwaltung die ^{in erster Linie die Produkte} Bitte, sie möge ^{der Wiener Landwirtschaft abnehmen. Sie fragt, ob es möglich wäre, Prämien} zu geben, damit die Wiener landwirtschaftlichen Arbeiter ^{statt} fremdzuständiger Arbeiter Beschäftigung finden

Rat Rauch spricht sich gegen den Hausiererhandel mit Lebensmitteln aus und verlangt, dass diesem Unwesen ein Ende bereitet werde. Es soll auch der Textilhandel auf den Märkten verboten werden. Bei städtischen Lieferungen möge das Wirtschaftsamt auf die kleineren Betriebe entsprechende Rücksicht nehmen.

Rat Begle warnt vor der Einstellung der städtischen Bäckerei, weil sie für die Stadt sehr nützlich sei, ^{keine Konkurrenz bereite und} den Kleinbetrieben ^{vor} aus sozialen Gründen, weil dadurch viele Arbeiter brotlos würden, die in anderen Betrieben keine Unterkunft finden würden, wie die Erfahrung in einem ähnlichen Falle bewiesen habe.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am _____

Rat Strobl wünscht eine Regelung der Verhältnisse auf dem Zentralviehmarkt in der Richtung der obligatorischen Preisbildung. In der Frage des Milchkonsums stellt sich Redner auf den Boden des Milchausgleichsfonds; er kritisiert, dass das Kilogramm Exportbutter nach London genau soviel kostet wie der Liter pasteurisierte Milch in Wien. Es wäre unter den heutigen Verhältnissen nicht angebracht, den Pasteurisierungszwang aufrecht zu erhalten, weil dadurch tausende Menschen vom Milchbezug ausgeschlossen werden. Es ist durchaus verfehlt, hier mit Preisvereinbarungen zu arbeiten.

In seinem Schlusswort kommt Senatarat Dr. Fenzl auf alle in der Debatte vorgebrachten Anregungen, Wünsche und Beschwerden zurück und stellt deren Prüfung und Erwägung in Aussicht.

Damit sind die Verhandlungen über die Hoheitsverwaltung beendet. Bürgermeister Richard Schmitz leitet nun die Abstimmung ein. Die Anträge des Haushaltausschusses betreffend den Voranschlag der Stadt Wien für 1935 und betreffend den Rechnungsabschluss der Stadt Wien für 1933 samt den dazu gehörigen Berichten des Oesterreichischen Rechnungshofes und des Kontrollamtes der Stadt Wien werden angenommen und zur Kenntnis genommen.

Die Wiener Bürgerschaft tritt nun in die Beratungen über die Wirtschaftspläne der städtischen U_nternehmungen für 1935 und die Bilanzen der städtischen U_nternehmungen für 1933 samt den dazu erstellten Berichten des österreichischen Rechnungshofes und des Kontrollamtes der Stadt Wien ein.

Zunächst berichtet Direktor Ing. Menzel über die städt. Gaswerke. Ueber das Geschäftsjahr 1933 führt der Berichterstatter aus, dass in diesem Jahr die verkaufte Gasmenge 285'5 Millionen Kubikmeter betrug gegenüber 299 Millionen Kubikmeter im Jahre 1932. Das Versorgungsgebiet der städt. Gaswerke umfasst ausser Wien 16 Gemeinden. Von dem verkauften Gas entfielen rund 70 Prozent auf den Verbrauch für Kochzwecke, rund 10 Prozent für Raumheizung, rund 16 Prozent für gewerbliche Zwecke und rund 4 Prozent auf Beleuchtung. Die Kokserzeugung betrug im Geschäftsjahr 1933 rund 531.500 Tonnen, die ~~Meer~~erzeugung rund 32.000 Tonnen, die Ammoniakherzeugung rund 2000 Tonnen und die Erzeugung von Benzol-Kohlenwasserstoffe rund 7000 Tonnen. Der bilanzmässig ausgewiesene Gebarungüberschuss für das Geschäftsjahr 1933 beträgt 3'31 Millionen Schilling. Ueber den Wirtschaftsplan für 1935 sagt Direktor Menzel, dass die Gaswerke für dieses Jahr mit einer Gaserzeugung von 278 Millionen Kubikmeter rechnen. An Neuherstellungen sind vorgesehen die Erneuerung der Kammerofenanlage im Gaswerk Simmering, Ausgestaltungen der Kohlen- und Koksförderungsanlagen und der Anlagen zur Verarbeitung von Nebenerzeugnissen im Werk Leopoldau, die Erweiterung des Rohrnetzes und die Beschaffung neuer Gasmesser. Der Geldbedarf für die Neuherstellungen und für noch in Ausführung befindlicher Anlagen des Jahres 1934 im Gesamtbetrag von 6'1 Millionen S wird aus den eigenen Mitteln des Unternehmens gedeckt. (Beifall).

Ueber die städt. Elektrizitätswerke führt Direktor Menzel aus, dass die verkaufte Strommenge im Jahre 1933 346'1 Millionen Kilowattstunden betrug gegenüber 361'2 Millionen im Jahre 1932. Die Hauptursache des Rückganges war wie bei den Gaswerken die andauernde Wirtschaftskrise. Trotz des Rückganges der verkauften Strommenge hat sich im Geschäftsjahr 1933 die Zahl der Anschlüsse um 8639 auf 668.393 erhöht. Der bilanzmässig ausgewiesene Gebarungüberschuss stellt sich infolge vorzeitiger Abschreibungen auf Grund des Investition-Begünstigungsgesetzes auf 3'85 Millionen Schilling. Im Wirtschaftsplan für 1935 ist ein Stromverkauf von 322 Millionen Kilowattstunde angenommen. Für Neuherstellungen ist ein Gesamtaufwand von 4'51 Millionen S veranschlagt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

4. Blatt

Wien, am.....

Die Bilanzen und die Wirtschaftspläne der beiden städtischen Unternehmungen werden ohne Debatte genehmigt.

Vorsitzender Vizebürgermeister Lahr erteilt nun dem Strassenbahndirektor Ingenieur Werner das Wort zur Berichterstattung über die Bilanz und den Wirtschaftsplan der städtischen Strassenbahnen. Der Referent führt aus, dass der Gebarungsabgang des Jahres 1933 rund 15'3 Millionen S beträgt. Gegenüber dem Voranschlag für das Berichtsjahr ist das tatsächliche Ergebnis um rund 9 Millionen S besser. Die Gesamtfrequenz der Strassenbahn und Stadtbahn einschliesslich der Arbeitslosenbeförderung betrug im Geschäftsjahr 1933 rund 469'6 Millionen Fahrgäste, um 54'3 Millionen weniger als im Jahre 1932. An den Mindereinnahmen ist auch der Autobusbetrieb beteiligt, der ebenfalls einen Frequenzrückgang aufweist. Die Ausgaben für das Personal einschliesslich der sozialen Ausgaben sowie der Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Schemaangestellten beanspruchten 83 Millionen S gegenüber 88'4 Millionen S im Jahre 1932; im Berichtsjahr verringerte sich der Personalstand von 15.052 auf 14.675. Für das Jahr 1935 wird ein Gebarungsabgang von rund 6'5 Millionen S angenommen. Die Einnahmen aus der Personenbeförderung sind mit rund 103'5 Millionen S veranschlagt, von denen 99'1 Millionen S auf den Strassenbahn- und Stadtbahnbetrieb entfallen. Die Fahrleistung für Strassenbahn und Stadtbahn wird mit insgesamt 125'6 Millionen Wagenkilometern vorgesehen. An Investitionen und Inventaranschaffungen ist für das Geschäftsjahr 1935 ein Gesamtbetrag von 8'6 Millionen S veranschlagt.

Rat Ing. Herrmann drückt die Meinung aus, dass eine Verbilligung der Strassenbahntarife wenn auch nicht das Defizit herabdrücken, so doch die Frequenz wesentlich erhöhen könnte. Und es wäre volkstümlicher, das Defizit damit zu motivieren, dass wir billig fahren.

Rat Holaubek sagt, es erübrige eigentlich über Personalangelegenheiten der Strassenbahner zu sprechen, da ja gestern die offizielle Personalvertretung der Strassenbahner gebildet worden ist. Damit sei ein langgehegter Wunsch der Strassenbahner in Erfüllung gegangen. Wenn durch die neuen Tarifmassnahmen eine Verbesserung in der finanziellen Lage der Strassenbahnen eintreten werde, dann möge man den Strassenbahnern von ihren sozialen Errungenschaften und den Löhnen nichts mehr wegnehmen.

Vorwurf illegaler Bestrebungen innerhalb der Strassenbahner betreffe, so seien es Dienstfremde oder abgebaute Personen, die diese Bestrebungen in die Betriebe hineintragen. Die Strassenbahner aber werden den neuen Weg gehen und alles was an illegalen Bestrebungen vorhanden ist, zunichte machen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

5 Blatt

Wien, am _____

Dr.
Rat Trautzi richtet an die Strassenbahndirektion die Bitte, die Stundeneinteilung für die Schüleranweisungen, die jetzt die Rückfahrt erst ab 1 Uhr nachmittags gestattet, darin zu ändern, dass bereits um 12 Uhr die Rückfahrt angetreten werden könne, da in den Gymnasien vielfach der Vormittagsunterricht schon um diese Stunde geschlossen wird. Redner sagt, es sei ihm ein Bedürfnis, hier zu erklären, dass im Vergleich zu früheren Zeiten das Verhalten der Strassenbahner ein so höfliches und taktvolles ist, dass man wohl kaum irgendeine Grosstadt finden wird in der die Einheimischen und Fremden mit soviel Zuvorkommenheit und Höflichkeit behandelt werden, wie in Wien.

Rat Gräf stellt der Erwägung anheim ob nicht durch eine Fahrpreiseremässigung eine geregelte Bilanz erzielt werden könnte. Vielleicht könnte die Strassenbahndirektion den Versuch mit der Einführung des Fahrpreises von 20 Groschen für weitere Strecken und vielleicht wäre auch bei der Ueberzahl des Personals eine Personalverschiebung möglich um dadurch den Strassenbahnbetrieb zu entlasten. Schliesslich könnte durch eine Verbilligung des Strompreises für die Strassenbahn Erleichterung geschaffen werden. Bei der Vergebung von städt. Arbeiten sollte nicht das billigste sondern das beste Offert berücksichtigt werden. Das Sofortprogramm des Bürgermeisters wäre in dem Sinne zu popularisieren, dass wie Redner sagt, jede Wienerin und jeder Wiener, jeder Oesterreich und jede Oesterreicherin ein Sofortprogramm erstellt, um dadurch die Privatwirtschaft zu beleben.

Rat Hofbauer warnt hinsichtlich der Anregungen des Rates Gräf vor Experimenten, weil diese oft ungünstig ausgehen können. Die Strassenbahn müsse den Bedürfnissen der Bevölkerung dienen und es sei auch notwendig, dass sie aus ihrem Arbeitsprogramm alles ausschaltet was nicht unbedingt zu ihren Betriebsbedürfnissen gehört, dann wird auch das Gewerbe, die Industrie und der Handel daraus Vorteile ziehen und für ihre Angestellten und Arbeiter mehr Beschäftigung haben.

Rat Ing. Frisch ergänzt diese Ausführungen durch den Wunsch, dass auch die anderen städt. Unternehmungen alle Arbeiten unterlassen, die von der Privatindustrie ausgeführt werden können. Nach dem Muster anderer Grosstädte könnten auch in Wien statt der Benzinautobusse Elektro-Oberleitungswagen eingeführt werden.

Rat Frumolt
bittet auch für Strecken unter zwei Kilometern Schülerkarten zu bewilligen. Weiter ersucht er um eine Verkürzung der Intervalle und um Verbilligung des Sonntagstarifes.

Rat Rechberger empfiehlt die Auflassung der Parallel-Linien von Kraftwagen zur Strassenbahn, weil die Erfahrung lehrt, dass eine von den beiden Linien zu kurz kommt. Eine derartige Massnahme wäre auch im Interesse des um seine Existenz schwer ringenden Privatfuhrwerks gelegen. Mit Rücksicht auf die grosse Ausdehnung von Ottakring, verlangt der Redner die Fortsetzung einer Strassenbahnlinie über den Ottakringer Friedhof hinaus.

Rat Jirku ersucht die Direktion um die Errichtung einer Strassenbahnhaltestelle bei den gewerblichen Fortbildungsschulen am Margareten-gürtel, da die jetzige Haltestelle zu weit von der Schule entfernt ist.

Rat Ing. Petravic bemerkt, es wären vielleicht durch die Rationalisierung der Diensteneinteilung bei den Strassenbahnen Ersparnisse zu erzielen und dadurch eine Erleichterung des Betriebes zu erwirken.

Die Behandlung dieser Frage müsste allerdings mit voller Objektivität erfolgen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

6. Blatt

Wien, am.....

Direktor Ing. Werner erwidert in seinem Schlussworte auf die Ausführungen der Redner, heute den Tarif abzubauen, halte er für ~~MMMMMM~~ unrichtig und glaube kaum, dass dadurch eine Märfrequenz erfolgen würde, die die Mindereinnahmen zu decken vermöchte. Ein Uebergang auf den Autobusbetrieb im grossen Umfange könne ebenfalls nicht in Frage kommen, weil die Betriebskosten nahezu doppelt so hoch sind wie die der Strassenbahn. Die Frage der Schüleranweisungen wird mit dem Stadtschulrate einvernehmlich geregelt werden. Auf die Ausführungen des Rates Ing. Hofbauer bemerkt der Referent, dass bei der Strassenbahndirektion selbstverständlich die Tendenz herrsche, dass alles, was nicht unbedingt im Betriebe selbst erzeugt werden muss, der Privatindustrie zukomme. Der Wirtschaftsplan und das Investitionsprogramm der Strassenbahnen für das kommende Jahr enthalte 14,7 Millionen, die der Privatwirtschaft zufließen. ~~.....~~ Autobuslinien, die nicht parallel zur Strassenbahn laufen haben sich nicht bewährt und mussten daher wieder eingestellt werden.

Voranschlag und Bilanz der städt. Strassenbahn werden genehmigt. Bürgermeister Schmitz erteilt sodann dem Direktor Stanka das Wort zum Bericht über das Brauhaus der Stadt Wien. Der Referent erklärt, dass das Geschäftsjahr 1933 einen Gebarungüberschuss von 200.000 Schilling ergeben hat. Infolge der allgemeinen ungünstigen Wirtschaftslage konnten im Betriebjahr 1933 bloss 175.775 Hektoliter Bier verkauft werden, nur 78 Prozent der mit 225.600 Hektoliter angenommenen Bierverkaufsmenge. Für das Jahr 1935 wird mit einem Gebarungüberschuss von 50.000 Schilling gerechnet. Die Biererzeugung ist mit 160.000 Hektolitern, der Verkauf mit 150.400 Hektolitern vorgesehen.

Direktor Raschendorfer berichtet sodann über die städtische Leichenbestattung. Im Jahre 1933 hat diese Unternehmung von 24.820 in Wien Verstorbenen 11.450 allein und 8.170 mit anderen Unternehmungen bestattet. Für das Jahr 1935 ist ein Ueberschuss von 130.000 S veranschlagt.

Hierauf referiert Direktor Pikolon über die städtische Ankündigungsunternehmung. Der Referent betont, dass die Ereignisse des Februar und Juli auf das Wiener Reklamegeschäft sehr nachteilig gewirkt haben, doch hat die Kaufmannschaft später wieder Vertrauen gewonnen und es zeigt sich nunmehr wieder eine merkliche Besserung. Als Gebarungüberschuss für 1935 ist der Betrag von 75.000 S veranschlagt.

Die Bilanzen für 1933 und die Wirtschaftspläne für 1935 diese drei städtischen Unternehmungen, sowie die Berichte des Oesterreichischen Rechnungshofes und des Kontrollamtes der Stadt Wien über die Bilanzen der städtischen Unternehmungen werden genehmigt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

7. Blatt

Wien, am

Bürgermeister Richard Schmitz hält nun die Schlussrede. Der Bürgermeister führt aus: Es drängt mich unwillkürlich jetzt, bevor ich die Abschiedsworte spreche, einem Bedürfnis meines Herzens Genüge zu tun und allen meinen Mitarbeitern in der Verwaltung Wiens den aufrichtigsten Dank zu sagen. Dank vor allem den Herren Vizebürgermeistern, die mich in kameradschaftlicher und stets dienstbereiter Weise unterstützt haben. Ich sage auch Dank den Schriftführern des Hauses und allen Frauen und Herren Räten der Stadt Wien und wiederhole mit grosser Befriedigung, dass der Gang der Verhandlungen in der ersten Budgetdebatte der Wiener Bürgerschaft auf einer achtenswerten Höhe und auf einem der hohen Körperschaft zur Ehre gereichenden Niveau geführt wurde. Besonderen Dank muss ich dem Herren Magistratsdirektor, dem Kontrollamtsdirektor und allen leitenden Beamten und Direktoren zollen, die mit Opferwilligkeit alles getan haben, um die ungeheuren Arbeiten, die seit dem 12. Februar vollbracht werden mussten, durchzuführen. Ich danke auch für ihre hervorragende Mitarbeit dem Präsidialbüro, den Bezirksvorstehern, Bezirksräten und Fürsorgeräten, die in diesen harten Zeiten bei der Winterhilfe verdienstlich mitwirken. Auch allen Beamten, Angestellten, Lehrern und Arbeitern der Stadt Wien gilt meine Anerkennung, mein Dank und Weihnachtsgruss. Wir sind alle miteinander durch den heissen Wunsch verbunden, es möge die Zeit der schweren Prüfungen für unsere Stadt Wien, unser liebes Volk und unser Vaterland Oesterreich zu Ende gehen. Es mögen wieder Friede und Wohlstand in unsere Stadt und unser Vaterland Einzug halten. Das ist unser Gebet, unser heissester Herzenswunsch in dieser Stunde, da wir zum letztenmal in diesem Jahre beisammen sind. Bis dieser Wohlstand eingekehrt sein wird und die Menschen aus eigener Kraft wieder ihr Leben zimmern, müssen wir aber bereit sein, allen unglücklichen Brüdern und Schwestern die schwere Last der Not, die ihnen das Schicksal aufgebürdet hat, tragen zu helfen. Der Bürgermeister schloss seine Ansprache mit den besten Weihnachts- und Neujahrswünschen (Beifall).

Vizebürgermeister Dr. Kresse und Rat Dr. Schwarz sprachen namens der Vizebürgermeister und der Wiener Bürgerschaft dem Bürgermeister Dank und höchste Anerkennung für seine grosse Arbeitsleistung aus und entboten ihm die herzlichsten Weihnachts- und Neujahrswünsche.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

403

Wien, am 22. Dezember 1934

Die Neuordnung der Kahlenberg A.G.

Am 31. Dezember findet die 61. ordentliche Generalversammlung der Kahlenberg A.G. statt, auf deren Tagesordnung die endgültige Neuordnung dieses Unternehmens steht. Unter der früheren Verwaltung sind starke Abgänge entstanden; es ist auch nichts zur Herrstellung der Ordnung geschehen. Nun soll auch hier das Versäumte nachgeholt und diese für die künftige Entwicklung des Kahlenberges ^{so} bedeutsame Gesellschaft auf eine gesunde Basis gestellt werden. Zunächst ist beabsichtigt, das Aktienkapital durch eine kräftige Zusammenlegung herabzusetzen und dann mit frischen Mitteln auf 1'6 Millionen Schilling aufzufüllen. Auf diese Weise wird die Gesellschaft die ihr zufallenden Aufgaben im Interesse der Wiederbelebung des Kahlenberges erfüllen können. In erster Linie ist hier der Umbau des alten fast schon baufälligen Hotels anzuführen, das in ein den neuzeitlichen Erfordernissen genügendes Restaurant volkstümlichen Charakters umgewandelt wird. Der Neubau wird bei völliger Wahrung des landschaftlichen und architektonischen Gesamtbilder erfolgen und jeder gewaltsamen Aenderung vertrauter Eindrücke aus dem Wege gehen. Allerdings muss auch die ehemalige Braun-Stammfest-Villa, die bekanntlich der Stadt Wien gehört, von der früheren Verwaltung aber dem Verfall überlassen wurde, niedergerissen werden, wodurch ein herrlicher, allen Besuchern des Kahlenberges freistehender Aussichtspunkt gewonnen und auch der Blick auf die die Anhöhe beherrschende Kamaldulenserkirche aufgeschlossen wird. Sodann soll eine neue Waldgaststätte bei den neugeschaffenen Skisportwiesen, auf denen schon im heurigen Winter-günstige Schneeverhältnisse vorausgesetzt-Skikurse abgehalten werden sollen, entstehen.

Ausser dem Hotel und der angrenzenden Villa werden noch einige andere abbruchreife Objekte demoliert, die das Gesamtbild des Berggipfels verunzieren, darunter die ehemalige Waldschänke sowie das Maschinenhaus der Zahnradbahn. Die Endstation, die gegenwärtig bekanntlich als Wohnstätte für den auf dem Kahlenberg beschäftigten freiwilligen Arbeitsdienst benützt wird, bleibt vorläufig.

Unabhängig davon schreiten die von der Stadt Wien selbst betriebenen Arbeiten rüstig vorwärts. Bis zum Frühjahr wird der Bau der Strasse auf das Plateau des Kahlenberges zur Gänze fertiggestellt sein. Auch das letzte, die Strecke vom Kahlenberg zum Leopoldberg führende Bauos wird demnächst vergeben. Hand in Hand damit gehen die Erichtung des grossen Wagenstandplatzes auf der Kahlenberghöhe, durch dessen Schaffung einem dringenden Wunsche der Kraftfahrer Rechnung getragen wird, und der teilweise Umbau der alten Strasse nach Nussdorf. Die störendsten Engpässe werden soweit verbreitert werden, dass auch diese Strasse zur Abfahrt benützt werden kann. Die Heranziehung des Freiwilligen Arbeitsdienstes für die Rodungsarbeiten hat sich glänzend bewährt. Die ausgehobenen Wurzelstöcke wurden der Wiener Winterhilfe zugewiesen.

Die Anschlussarbeiten an die Hochquellenwasserleitung sind abgeschlossen. Das elektrische Licht ist auf dem Kahlenberg bereits seit geraumer Zeit eingeleitet.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweites Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

Die Gemüsegrossmärkte am 24. Dezember.

Zu der in mehreren Wiener Tageszeitungen erschienenen Notiz über die Gärtnermärkte am 24. Dezember wird zur Vermeidung von Missverständnissen amtlich verlautbart: Die Gemüsegrossmärkte im 2. und 5. Bezirk werden am 24. Dezember in der normalen Zeit abgehalten. Es hat jedoch ein Teil der Gärtner erklärt, diese Märkte an diesem Tag nicht zu beschicken.

Entfallende Sprechstunde.

Die Sprechstunde bei Vizebürgermeister Dr. Winter entfällt bis auf weiteres. Der nächste Sprechtag ist erst am 9. Jänner.

Die städtischen Bäder am 24. Dezember.

Am 24. Dezember sind die städtischen Dampf-, Wannen- und Brausebäder von 8 Uhr bis 17 Uhr und die Schwimmhallen im Amalienbad und im Jörgerbad von 8 Uhr bis 18 Uhr offen.

Der Strassenbahnfahrpreis zu Weihnachten.

Am 25. und 26. Dezember gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, 20 Groschen-Teilstreckenfahrtscheine sowie der Kleinzonentarif auf den Versuchsstrecken haben keine Gültigkeit. Hingegen gelten die Sonn- und Feiertagsfahrtscheine zu 64 Groschen im Tarifgebiet I während der ganzen Betriebsdauer, nur muss die erste Fahrt bis 17 Uhr angetreten werden. Die kombinierten Sonn- und Feiertags-Rückfahrtscheine für Strassenbahn und Bundesbahnen gelten während der ganzen Betriebszeit.

Der Autobusbetrieb ist an beiden Feiertagen eingestellt. Von Hietzing über Stephansplatz zum Praterstern wird in den Nachmittagsstunden die Autobuslinie S1 geführt.

Die Hin- und Rückfahrtscheine sowie die Wochenkarten gelten am 24. Dezember für die Rückfahrt schon von 11 Uhr an.

Bürgermeister Schmitz bewirgt 900 Waisenkinder.

Nach vielen Jahren hat hauer wieder zum erstenmal der Wiener Bürgermeister Wiener Waisenkinder anlässlich des Weihnachtsfestes zur Bescherung ins Rathaus geladen, um sie dort, von seiner Familie unterstützt, mit einer Weihnachtsjause zu bewirten. Im strahlenden Glanze eines riesigen Christbaumes versammelten sich heute nachmittags 900 Doppelwaisen aus allen Bezirken Wiens in der Volkshalle. Bürgermeister Schmitz richtete an die Kinder herzliche Worte der Begrüssung und wünschte ihnen gesegnete Feiertage und ein glückliches neues Jahr. Nach der Jause teilte Frau Bürgermeister Josefine Schmitz an jedes Kind ein Weihnachtspaket aus. Sodann führten die Kinder unter der Leitung von Waisenhausdirektor Strohschneider ein Weihnachtsfestspiel auf.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

404

Wien, am 21. Dezember 1934

Wiederverleihung der Salvatormedaillen.

In alter Zeit erhielten in Wien bei festlichen Anlässen, insbesondere zum Jahreswechsel, Bürgermeister und Angehörige des Rates eine Spende aus dem Erträgnis des Stadtgerichtes, die aus Bargeld und Naturalspenden bestand. Aus Ersparungsrücksichten trat dafür seit 1575 ein goldener, mit dem Stadtwappen geschmückter Pfennig. Dieser Vorläufer der Salvatormedaille zeigte auf der einen Seite zwei zierliche Wappenschilder mit der Aufschrift "Manus rei publicae Vienesis" (Geschenk der Stadtgemeinde Wien) und auf der andren Seite zwei weibliche allegorische Figuren: Constantis und Fides (Standhaftigkeit und Treue). 1581 trat an die Stelle der Allegorie das Christusbild (Salvator, der Heiland) und von dieser Zeit an gibt es also die eigentlichen Salvatormedaillen. Seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurde auf die zweite Seite eine Ansicht der Stadt Wien gesetzt. Diese Typus blieb in den nächsten Jahrhunderten gleich, wenn auch in der Ausführung durch **mehrere Stempelschneider** Medaillen von verschiedener Ausführung und verschiedenen künstlerischen Werten entstanden.

Diese Salvatormedaille wurde nicht bloss an städtische Funktionäre verliehen, sondern auch als Ehrengabe an Personen, die sich um die Stadt Verdienste erworben hatten, darunter Geistlichen, Schriftstellern, Künstlern, Gelehrten, Offizieren, Beamten des Hofes, der Regierung und der Stadt. Die Medaillen hatten nach Verdienst und Rang verschiedenes Gewicht.

Von 1749 an wurde auf Grund einer Resolution der Kaiserin Maria Theresia die Verteilung an Funktionäre der Stadt nur mehr alle zehn Jahre vorgenommen. Im Jahre 1783 beschloss der Gemeinderat, die Medaille nur mehr als Ehrung an alte verdienstvolle Bürger zu verleihen. 1811 wurde als Grundsatz angenommen, dass zur Erlangung der Salvatormedaille nicht nur getreue Erfüllung der Bürgerpflicht durch ein halbes Jahrhundert, sondern auch Verdienste um das Gemeindewohl erforderlich sind. Dadurch erhielt die Salvatormedaille völlig den Charakter einer Auszeichnung. In diesem Sinne wurde sie seither auch verliehen.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts war die von Konrad Lange hergestellte Medaille in Gebrauch. Da sie schon veraltet war und die harte Kriegszeit des Weltkrieges auch eine Erneuerung notwendig machte, beschloss der Gemeinderat am 11. Juli 1916, eine neue Salvatormedaille in Eisen als Auszeichnung für verdienstvolles Wirken auf dem Gebiete der Fürsorge in Wien herauszugeben. Diese neue Salvatormedaille wurde von Josef Tautenhayn im Jahre 1917 modelliert.

Nach fast zwanzigjähriger Unterbrechung lebt nun die alte traditionelle Salvatormedaille wieder auf. Die Wiener Bürgerschaft beschloss unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richard Schmitz für besondere Verdienste um die Stadt Wien oder deren Bevölkerung oder für eine hervorragende Wirksamkeit im Dienste der Stadt Wien wie in früheren Jahren als Auszeichnung die **Verleihung der Salvatormedaille**. Ueber die Zuerkennung beschliesst die Wiener Bürgerschaft im einzelnen Falle.

In der Sitzung der Wiener Bürgerschaft vom 20. Dezember wurde nun die Goldene Salvatormedaille verliehen an den Leiter des Fürsorgeamtes Landstrasse Max Bölzl, an den Leiter des Fürsorgeamtes Mariahilf Josef Hofstetter, an den Leiter des Fürsorgeamtes Simmering Johann Tropalka, an den Leiter des Fürsorgeamtes Meidling Karl Brassler, an den Leiter des Fürsorgeamtes Ottakring Otto Hötzl, an den Leiter des Fürsorgeamtes Döbling Theodor Eder, an den Leiter des Fürsorgeamtes Floridsdorf Josef Seichter und an den Insp. d. B. B. i. R., den ehemaligen Bezirksvorsteher-Stellvertreter von der Leopoldstadt, Ignaz Ludikowsky.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Zweites Blatt

Wien, am 24. Dezember 1934

Ausgabe der Speiseanweisungen der Wiener Winterhilfe für Jänner.

Vom 27. bis einschliesslich 29. Dezember werden in den Fürsorgeämtern die Speiseanweisungen der Wiener Winterhilfe für Jänner 1935 ausgegeben. Bewerben können sich nur jene Personen, die ein Fürsorgeblatt der Kategorien A oder B haben. Personen, die sich um diese Speiseanweisungen bewerben wollen, haben sich nach den Anfangsbuchstaben ihres Familiennamens an den nachstehenden Tagen im Fürsorgeamt ihres Wohnbezirkes während der Parteienstunden einzufinden: A-H Donnerstag, I-R Freitag und S-Z Samstag. Mitzubringen sind das Fürsorgebuch, ein Personaldokument und der polizeiliche Meldeausweis.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

405

Wien, am 27. Dezember 1931.

Die Kinos im Dienste der Winterhilfe.

Die Verbände der Wiener Lichtspieltheater und Filmleihanstalten haben sich trotz der grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in hochherziger und dankenswerter Weise bereit erklärt, zugunsten der Winterhilfe auf die Einnahmen einer Kinovorstellung am 28. Dezember zu verzichten.

Frau Bürgermeister Josefine Schmitz richtet an alle Bevölkerungskreise die herzliche Bitte, dieses Werk der Barmherzigkeit zu fördern und morgen, Freitag, die zwischen 7 Uhr und 9 Uhr abends stattfindenden Kinovorstellungen zu besuchen. Allen, die mithelfen, die Not der bedrängten Mitmenschen zu lindern, sei im Voraus herzlicher Dank gesagt.

Ehrung von acht Hebammen.

Am letzten Samstag beglückwünschte in Vertretung des Bürgermeisters Obersenatsrat Dr. Horneck im Saale der Wiener Bürgerschaft acht Hebammen anlässlich der Vollendung des 40. Jahres ihrer beruflichen Tätigkeit und überreichte jeder Jubilarin ein Ehrengeschenk der Stadt Wien. Es sind dies die Hebammen Katharina Hirschberger, Rosa Koller, Marie Meixner, Katharina Pabst, Marie Schneider, Barbara Schwach, Johanna Stephany und Marie Svolba.

Angelobung von 150 Junglehrern im Rathaus.

Auf Anordnung des Bürgermeisters sind im Juni dieses Jahres 70 Junglehrer und Junglehrerinnen in den städtischen Schuldienst eingestellt worden. Am 3. November haben weitere 150 Junglehrer und Junglehrerinnen ihren Dienst angetreten. Heute sind wiederum 150 Junglehrer und Junglehrerinnen angelobt worden, so dass nunmehr 245 Junglehrer und 125 Junglehrerinnen, zusammen also 370 jugendliche Lehrpersonen, im städtischen Schuldienst stehen werden.

Die feierliche Angelobung der 150 neuen Junglehrer und Junglehrerinnen fand im Kleinen Saal des Wiener Rathauses in Anwesenheit der Vertreter des Wiener Stadtschulrates, Hofrat Dr. Brommer, Landeschulinspektor Dr. Simonie, Obermagistratsrat Dr. Telatko, der Bezirksschulinspektoren und Fachinspektoren sowie des Vorstandes des Präsidialbüros Senatsrates Jiresch statt. Bürgermeister Richard Schmitz bezeichnete in einer Ansprache als Grundideen der Erziehungsarbeit Religion, Sittlichkeit, Heimat- und Vaterlandsliebe. Die neuen Lehrer haben als Treuhänder gegenüber den Eltern, dem Vaterlande und dem Herrgott die heilige Pflicht, in diesem Sinne ihre Erziehungsarbeit an der heranwachsenden Jugend zu leisten. Hierauf leistete jeder Junglehrer und jede Junglehrerin vor dem Kruzifix mit den Worten "Ich gelobe, so wahr mir Gott helfe!" und mit Handschlag das Gelöbnis. Eine Junglehrerin dankte sodann dem Bürgermeister für die Berufung in den Dienst der Stadt Wien und legte im Namen der jungen Lehrer ein Treuegelöbnis ab.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

406

Wien, am 28. Dezember 1934.

Vergebung von Lieferungen für die Stadt Wien.

Die Magistratsabteilung 26 (30) vergibt die Lieferung von 4.000 Stück feuerverzinkten Bodenstützen aus Blech für die Reparatur von Colonia-Kehrichttonnen; Anbotsverhandlung 10. Jänner 1935. Die hierfür in Betracht kommenden amtlichen Zeichnungen und Muster können während der gewöhnlichen Amtsstunden besichtigt werden; ebenso können die amtlichen Anbotmuster und die allgemeinen Bedingnisse zum Preise von 2 Schilling, die Zeichnungen zum Preise von 50 Groschen bezogen werden. Die Anbote sind unter Verwendung des amtlichen Formulars zu überreichen. Die Vergebung erfolgt nur an solche Anbotsteller, die über die erforderlichen Einrichtungen verfügen und die Gewähr bieten, dass die Liefergegenstände in jeder Hinsicht entsprechen. Alle Auskünfte in der genannten Abteilung.

Schülerfahrten zu den Tirolerfeiern am Sonntag.

Die Schüler und Schülerinnen der Volks- und Hauptschulen, die am kommenden Sonntag an den Tirolerfeiern im Rathaus, in den Sophien- und Weigl-Sälen teilnehmen, können an diesem Tage ausnahmsweise die Schüleranweisungen gegen Lösung eines Schülerfahrtscheines und die Schülerfreikarten, auch wenn sie den Aufdruck "An Sonn- und Feiertagen ungültig" tragen, zur Fahrt auf der vorgeschriebenen Strecke benützen; die Fahrt muss jedoch bis 14 Uhr 30 angetreten werden.

Freie Arztstelle.

An der 1. medizinischen Abteilung des Versorgungsheimes Lainz ist die Stelle eines Anstaltsoberarztes zu besetzen. Diese Abteilung ist vorwiegend für tuberkulose Kranke bestimmt. Der Monatsbezug eines Anstaltsoberarztes beträgt 356'25 Schilling und erhöht sich einmal nach den ersten zwei Dienstjahren um 10'45 Schilling. Hiezu kommt ein Wohnungsgeldzuschuss von monatlich 33 Schilling, der jedoch bei Einräumung einer Dienstwohnung entfällt. Gesuche um diese Stelle sind mit der Geschäftszahl M.D.P. 4048/34 zu versehen und mit den Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen zu belegen. Die Gesuche sind mit einem Bundesstempel von 1 Schilling, die Beilagen, sofern sie nicht schon gestempelt sind, mit einem solchen von 20 Groschen zu versehen. Die Gesuche sind bis spätestens 15. Jänner in der Personalgruppe der Magistratsdirektion im Neuen Rathaus einzubringen.

Ein Kinderklub des Wiener Bildungswerkes.

Kürzlich wurde im Gemeindebau Lindenhof in der Paulinengasse in Gegenwart des Kardinals Dr. Innitzer, des Ministerialrates Witt und des Sektionsrates Dr. Wolf vom Unterrichtsministerium, des Oberpolizeirates Hauke von der Polizeidirektion und des Stadthauptmannes Dr. Kleiner der neue Kinderlesesaal der Kinderbücherei Währing eröffnet. Zur Eröffnung waren 200 Kinder erschienen. Ansprachen hielten der Volksbildungsreferent Professor Dr. Lugmayer und Frau Dr. Hedwig Bolterauer. Der Kinderklub verlangt keine Eintrittsgebühren; nur für die Entlehnung von Büchern wird ein geringfügiger Betrag eingehoben. Kinderlesesaal und Bücherei sind Montag, Mittwoch und Freitag nachmittags geöffnet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweite Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

407

Wien, am 28. Dezember 1934

Umbenennung von Verkehrsflächen.

Bürgermeister Richard Schmitz hat die Umbenennung nachstehender Strassen und Plätze angeordnet: Der Bebelplatz wird nach dem österreichischen Lyriker Ottokar Kernstock (1848-1928) in Kernstockplatz umbenannt, der Engelsplatz nach dem Männerapostel Wiens Pater Heinrich Abel (1843-1926) in Pater Abel-Platz, die Hochschulstrasse nach dem Vererbungsforscher und Augustinerabt Gregor Mendel (1822-1884) in Gregor Mendel-**Strasse**, die Jean Jauresgasse nach dem österreichischen Generalmajor Heinrich Lustig-Prean (1865-1932) in Lustig-Prean-Gasse, die Lassallestrasse in Reichsbrückenstrasse, die Liebknechtgasse nach dem Pfarrer zu St. Stephan zur Zeit der Einweihung der Kirche 1147 Eberhart in Eberhart-Gasse, die Luxemburggasse nach dem österreichischen katholischen Volksschriftsteller Karl Domanig (1851-1913) in Domanig-Gasse, der Matteottiplatz nach dem schwäbisch-österreichischen Barockmaler Anton Franz Maulpertsch (1724-1796) in Maulpertsch-Platz, die Paul Hockstrasse nach dem Altphilologen Johann Hauler (1829-1888) in Hauler-Strasse, der Revolutionsplatz nach der dortigen graphischen Sammlung in Albertina-Platz, die Schlingerstrasse nach dem österreichischen Schriftsteller Hermann Bahr (1863-1934) in Hermann Bahr-Strasse, der Volkswehrplatz nach dem Sieger von Aspern Erzherzog Karl (1771-1847) in Erzherzog Karl-Platz, die Winarskystrasse nach dem Begründer der Gesellenvereine Adolf Kolping (1813-1865) in Kolping-Strasse und der Weimarerplatz nach dem österreichischen Dichterphilosophen Richard Kralik (1852-1934) in Richard Kralik-Platz. Es ist dies der erste Teil einer umfangreichen Umbenennungsaktion, dem weitere Umbenennungen von Verkehrsflächen und städtischen Wohnhausbauten folgen werden.

Der Strassenhandel in der Silvesternacht.

Das Besondere Stadtamt III hat für den Strassenhandel in der Silvesternacht folgende Geschäftsstunden festgesetzt: Für Feilbieten von heissen und kalten Wurstwaren mit und ohne Zutaten (Senf, Kren oder Paprika), von kalten Fleischwaren, Speck, Brot, Gebäck, Käse, Butterbrot, Fischkonserven und Eiern, von konservierten Gurken, Obst, Schokolade und Zuckerwaren von 21 Uhr bis 6 Uhr; für Feilbieten frisch gerösteter Kastanien bis 5 Uhr; für Feilbieten von Obst durch Strassenhändler, deren Gewerbeberechtigung nicht auf Nachtstunden beschränkt ist, bis 5 Uhr und für den Strassenhandel mit Neujahrsartikeln (Glücksschweinchen, kleinen Rauchfangkehrern, Glücksklee, Glücksschwämmen, Hufeisen und dergleichen) ebenfalls bis 5 Uhr.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

408

Wien, am 29. Dezember 1934.

Die städtischen Bäder zu Silvester.

Am 31. Dezember sind die städtischen Dampf-, Wannen- und Brausebäder von 8 Uhr bis 19 Uhr und die Schwimmhallen im Amalienbad und im Jörgerbad von 12 Uhr bis 19 Uhr offen.

Schliessung einer Abteilung im Historischen Museum.

Die vierte Abteilung (Waffensaal) im Historischen Museum der Stadt Wien wird ab 2. Jänner bis auf weiteres geschlossen.

Strassenbahnfahrpreis am Neujahrstag.

Am 1. Jänner gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Zwanzig Groschen-Teilstreckenfahrtscheine sowie der Kleinzonentarif auf den Versuchsstrecken sind daher ungültig. Hingegen gelten die Sonn- und Feiertagsfahrtscheine zu 64 Groschen im Tarifgebiet I während der ganzen Betriebsdauer, nur muss die erste Fahrt bis 17 Uhr angetreten werden; ebenso gelten die kombinierten Sonn- und Feiertags-Rückfahrtscheine für Strassenbahn und Bundesbahn während der ganzen Betriebsdauer. Der Autobusbetrieb ist am Neujahrstag eingestellt. Es verkehrt **am Neujahrstag bloss in den** Nachmittagsstunden die Autobuslinie S1 Hietzing-Stefansplatz-Praterstern.

Freie Arztstelle.

Im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz ist die Stelle eines Assistenzarztes der 1. medizinischen Abteilung zu besetzen. Der Monatsbezug eines Assistenzarztes beträgt 356'25 Schilling und erhöht sich einmal nach den ersten zwei Dienstjahren um 10'45 Schilling. Hiezu kommt ein Wohnungsgeldzuschuss von monatlich 33 Schilling, der jedoch bei Einräumung einer Dienstwohnung entfällt. Gesuche um diese Stelle sind mit der Geschäftszahl M.D.P. 4033/34 zu versehen und mit den Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen zu belegen. Die Gesuche sind mit einem Bundesstempel von 1 Schilling, die Beilagen, sofern sie nicht schon gestempelt sind, mit einem solchen von 20 Groschen zu versehen. Die Gesuche sind bis spätestens 15. Jänner in der Personalgruppe der Magistratsdirektion im Neuen Rathaus einzubringen.

Mitterschule der Stadt Wien.

An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, Brückengasse 3, beginnt am 10. Jänner ein neuer Säuglingskurs mit anschliessendem Praktikum in einem Säuglingsheim. Anmeldung in der Schulkanzlei, Fernruf B 25-4-19.

Versicherung von Manuskripten.

Wie die Mitteilungen der städtischen Versicherungsanstalt berichten, übernimmt seit kurzem die grösste englische Versicherungsanstalt Lloyds die Versicherung von Manuskripten. Gegen eine geringe Prämienleistung trägt sie das Risiko des Verlustes von mindestens halbfertigen Manuskripten, und zwar bei Diebstahl, Feuer, Liegenlassen und so weiter. Die Versicherten haben nur die Pflicht, jede Woche der Gesellschaft über den Stand der Arbeit zu berichten. Sobald das Manuskript fertig und kopiert ist, erlischt die Versicherung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 409
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 31. Dezember 1934.

Der 24. Ball der Stadt Wien.

In der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 19. Februar 1889 beantragte der damalige Gemeinderat Vetter, anlässlich der feierlichen Eröffnung des Festsaales im neuen Rathaus alle Vorbereitungen zur Veranstaltung eines christlich-patriotischen Bürgerfestes zu treffen. Dieser Antrag war der Anlass zur Abhaltung des ersten Balles der Stadt Wien am 12. Februar 1890, der ein Reinerträgnis von mehr als 18.000 Gulden abwarf, die den Armen der Stadt Wien zufielen. Bis 1914, in welchem Jahre der letzte Repräsentationsball der Stadt Wien abgehalten wurde, fand der Ball der Stadt Wien mit Ausnahme des Jahres 1913 alle Jahre statt. Nach einer Pause von 21 Jahren wird nunmehr der 24. Ball der Stadt Wien im kommenden Fasching wieder in allen Festräumen des Neuen Wiener Rathauses abgehalten.

Die Vorbereitungen und die schon eingelaufenen Anmeldungen lassen vermuten, dass der Ball der Stadt Wien das Ereignis der Saison werden dürfte. Entgegen anders lautenden Meldungen wird festgestellt, dass der Ball der Stadt Wien am 7. Februar 1935 stattfindet. Das Reinerträgnis wird den Armen der Stadt Wien zugewendet.

Stiftungen für Wiener Waisenkinder.

Der Magistrat teilt mit, dass acht Stiftungsplätze zu je 580 Schilling an vier Wiener Waisenknaben und vier Wiener Waisenmädchen verliehen werden, und zwar je zwei an katholische, je einer an evangelische (A.B. und H.B.) und je einer an israelitische Waisenkinder. Zur Bewerbung um diese Adolf und Ignaz Julie Marzeline Mautner von Markhof'schen Stiftungen sind arme Waisenknaben im Alter von 12 bis 16 Jahren und arme Waisenmädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren, die in Wien heimatberechtigt sind, berufen. Die vom gesetzlichen Vertreter bis 20. Jänner 1935 bei der Magistratsabteilung 13 einzubringenden Gesuche sind das Mittellosigkeitszeugnis, Tauf (Geburts-)schein, der Nachweis der Zuständigkeit und der Verwaisung, letztes Schulzeugnis und Vormundschaftsdekret beizuschliessen. Die Stiftplätze werden am 6. Februar 1935 verliehen.

Millionen-Polizzen.

Die Mitteilungen der städtischen Versicherungsanstalt berichten, dass nach dem "Spectator" in Amerika 267 Personen eine Lebensversicherung auf mehr als je 1 Million Dollar abgeschlossen haben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

410

Zweite Ausgabe

Wien, am 31. Dezember 1934

Die Steuerkarte auch in den Wiener Kinos.

Die Einhebung der Lustbarkeitsabgabe mittels Steuerkarte, die bereits seit längerer Zeit bei verschiedenen Veranstaltungsarten gehandhabt wird, kommt, wie der Magistrat heute mitteilt, nunmehr ab 1. Jänner 1935 auch bei den Wiener Kinos zur Anwendung. Die Sätze sind so erstellt, dass gegenüber der bisherigen Kinosteuer durchgehends eine Ermässigung eintritt. Die Steuerkarte hält sich in einem Ausmass von 20 bis 50 Groschen. Der Steuersatz von 50 Groschen kommt nur bei Eintrittspreisen von mehr als 2'70 Schilling zur Anwendung. Derartige Preise gibt es nur in den ganz grossen vornehmen Tonkinos. Für Eintrittspreise unter 60 Groschen, die in den Vorstadtkinos und bei Kindervorstellungen einen breiteren Raum einnehmen, beträgt die Steuerkarte einheitlich nur 2 Groschen.

Die Steuer ist auch von den Freikartenbesuchern zu entrichten. Diese Vorschrift hat aber keine sonderliche Bedeutung, da die Ausgabe von Freikarten in den Kinos keinen nennenswerten Umfang hat.

.....

